DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

147 13. JAHRGANG Dezember '96 8,00 DM

WAS HAT DIE JUGENDUMWELTBEWEGUNG ZU SAGEN?

Impulse und Werte

Ach, was hatte man früher doch hehre Ideale und Vorstellungen... Können/konnten wir uns daran orientieren oder werden wir doch unaufhaltsam zu denen, die wir nie sein wollten? Ist das der Engagierten Schicksal? Klar ist, daß das Leben unabdingbar Stempel auf Idealismus und Träume drückt. Entscheidend ist nur dabei: Werden diese notgedrungen zerquetscht, zerstört – oder vielmehr fortentwickelt übertragen und angewendet auf neue Lebenssituationen?

Die Wagenburg in Freiburg: Keimzelle für »Anders Leben« und Jugendumweltprojekte Foto: Armin Torbecke

Von Armin Torbecke, Redaktion JugendUmwelt ● Diese oder ähnliche Fragen kennt fast jede/jeder. In der aktuellen Jugendumweltbewegung in Deutschland ist die Auseinandersetzung über die fundamentalen Werten und Grundmotivationen des Engagements besonders für jene bedeutsam, die an der Schwelle stehen, das Feld der Jugendumweltarbeit hinter sich zu lassen oder bereits herausgetreten sind. Vieles wird bei einem solchen Schritt zurückgelassen. Aber was »taugt« fürs weitere Leben und kann »mitgenommen« werden in andere Betätigungsfelder?

Erkennbar ist, daß viele der Ansprüche an Leben und Engagement, die von den Aktiven in der konkreten Jugendumweltarbeit entwickelt bzw. dort ausgestaltet wurden, keineswegs hierauf beschränkt sind. Die Wertvorstellungen und Orientierungspunkte sind vielfach sehr grundsätzlich und auf zahlreiche gesellschaftspolitische Bereiche übertragbar. Auf vielerlei Ebenen *gilt es, sie einzufordern.*

Damit verbunden wird eine grundsätzliche Herausforderung deutlich: Elementar ist, daß Menschen in Phasen des Wandels von Lebens- und Aktivitätsumfeldern *nicht* (beim Erreichten) stehengeblieben sind. Eine Gefahr des Erstarrens besteht immer – keineswegs nur hinsichtlich der Jugendumweltbewegung – wenn mit einem gewissen (neuen) Status quo ein zurückliegender überwunden wurde. Tendenzen können eintreten, sich auf Erreichtem zur Ruhe zu setzen. Damit wird nicht nur ein Prozeß, welcher immer nur relativ, also begrenzt und zeitlich dimensioniert fortschrittlich sein kann, unterbrochen. Gleichzeitig geschieht es leicht, daß Werte, Umgangsformen und letztlich Strukturen schleichend wieder in alte Muster zurücksinken. Für diejenigen Personen, die in den letzten Jahren die Jugendumweltbewegung mitgeprägt haben, nun aber schon rein altersbedingt aus diesem Aktionsfeld herausgewachsen sind, besteht damit eine nicht zu unterschätzende Herausforderung: Es gilt, auf der Basis bestehender Wertvorstellungen, diese zum einen fortzuentwickeln, und zum anderen für die Ansprüche an Zusammenleben und -arbeiten etc. in den sich verändernden Lebens-und Aktivitätsfeldern neue Ausdrucksformen zu entwickeln, so z.B. im Bereich des Erwerbslebens, der Lebensgemeinschaft oder der sozialen und ökologischen Arbeit im Erwachsenenbereich. Das heißt: den sicheren und warmen »Heimvorteil« der Jugendszene aufgeben und damit Abhängigkeit von ihren Strukturen überwinden. Erforderlich wird dazu sein, weiter neugierig auf Situationen zuzugehen, bereit zu sein, sich selbst zu verändern, und den dynamisch sich wandelnden gesellschaftspolitischen Kontext ständig aufs neue wahrzunehmen ohne Angst vor Kritik. Sicherheiten fließen (in natürlicher Weise) dahin... Und es ist vor allem der Gesamtcharakter eigenständiger Persönlichkeiten, der in Anbetracht der Wellenlinien im Leben eine ruhige Basis darstellen kann. Gerade die Unbedarftheit, vielleicht sogar Naivität als Grundlage innerer Dynamik ist ein entscheidender Punkt der Jugendengagement so sympathisch macht und die so wichtige Flexibilität ermöglicht. Sie auch weiterhin in Form innerer Offenheit aufrechtzuerhalten, ist schwer in einer Gesellschaft, in der mit dem Ende des StudentInnendaseins allerspätestens das letzte Quentchen akzeptierter Selbstfindung per Zertifikat und Diplom abgegeben wird. Dies bedeutet, daß das gesellschaftliche Reibungsmoment nicht abnehmen wird, wenn Mann oder Frau auch mit 38 Jahren noch trampend an der Straße steht, und: »Jugendlichkeit« (als Charakteristikum) ist keine Frage des Alters. Hierzu fähig zu sein, ist eine große Herausforderung. Die Frage, inwieweit die Jugendumweltbewegung in der Lage war, Menschen in ihrer eigenständigen Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen, die dann nötigenfalls auch »drei Tage an einer lausigen Raststätte verbringen«, um ihren Weg zu finden, wird akut.●

Kraft der Kreativität Foto: Armin Torbecke

Schwerpunktthema Seite 8/9

AUS DEM INHALT:

VERSPÄTUNG

Später als beabsichtigt erreicht Euch diese Ausgabe. Verspätungen bei CONTRASTE werden oft durch permanente Finanznot verursacht. Näheres dazu, verknüpft mit der Bitte um Spenden auf Seite 2.

ASPIRINA D7

Auch 1997 wollen die 7 Aspirierenden wieder eine Summe von 150.000 DM aus einem Erbe in Form von Krediten und in kleinerem Umfang als Spenden vergeben. Näheres auf Seite 3.

EUROPÄISCHER MARSCH

Im kommenden Sommer sollen auf einem europäischen Regierungsgipfel in Amsterdam die Maastricht-Verträge verabschiedet werden. Ende September trafen sich in Paris 80 Teilnehmende aus europäischen Ländern, um für den nächsten Sommer einen europäischen Marsch gegen Arbeitslosigkeit und Armut vorzubereiten. Näheres zur Vorbereitung, dem Aufruf, Adressen und den nächsten Terminen auf Seite 11.

TISCHLERINNEN

Zum siebten Mal trafen sich achtzig Tischlerinnen zu ihrer selbstorganisierten und praxisorientierten Fortbildung. Ein Bericht von Fiona Dancy auf Seite 3.

TURMPROZESS

21. Juni 1990: Ein Bohrturm am Erkundungsbergwerk für ein atomares Endlager in Gorleben wurde für 24 Stunden besetzt. 1996: Auf 126.901,10 DM lautet die Schadensersatzklage. Diese Summe verlangt die Bundesrepublik von vierzehn BesetzerInnen, weil für 24 Stunden die Arbeiten behindert worden sein sollen. Seite 6

LEBEN IM BAUWAGEN

»Tanz aus der Wohnhaft –Leben in Bauwägen« heißt ein im Packpapier-Verlag erschienes Buch. Seite 7

VERNETZUNGSPROJEKTE

Im Oktober trafen sich VAKgroep (Niederlande), RGW (Berlin) und das Westerwälder Betriebenetz zu dem nun schon zum dritten Mal stattfindenden Treffen regionaler Vernetzungsprojekte. »Ein subjektiver Versuch über Kollektivität«: ein Beitrag zum Treffen von Elisabeth Voß auf Seite 10.

GENOSSENSCHAFTEN

Eine Vorreiterrolle für soziale Brennpunkte könnte ein bisher einmaliges Experiment in Freiburg bekommen: MieterInnen wollen dort ein sanierungsbedürftiges Hochhaus in eigener Regie übernehmen. Seite 13

D 8008
001
153
01.3651
Heinz Weinhausen
Helenenwallstr. 20a
D-50679 Köln

VON DER VEREINNAHMUNG ZUR KONFRONTATION?

Selbstverwaltungs-Buy-Out in Nürnberg

Eine vollständige Verhärtung durchläuft derzeit der schwelende Konflikt um die Zukunft der Nürnberger Alternativ- und Selbstverwaltungsszene. Seit der letzten Kommunalwahl gibt dort die CSU im Chor einer »Bürgerkoaliton« mit Republikanern den Ton an. Die einstige »Wiege der Soziokultur« droht zum Schlachtfeld künftiger gewalttätiger Auseinandersetzungen zu werden...

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Es war einmal in den siebziger Jahren. Damals entdeckten fränkische '68'er-Scouts der SPD auf »ihrem meilenweiten Gang zum Sozialismus« (so ihr damaliges Wahlwerbungsplakat) mit ihrem Mentor Hermann Glaser die »Soziokultur«. Nach ihrem »langen Marsch« zur Macht förderten sie einige Zentren und Projekte. Dann hatte ihr Wahlvolk angesichts sozialer Misere eher Hoffnung in die CSU mit ihrem Draht nach München und wählte sie ab.

Aus Machthabern wurden plötzlich Schuldirektoren und auch andere Karrieren hatten einen argen Knick. Hermann Glaser genoß schon längst seine wohlverdiente Pension und einzig das grüne Alter Ego Klaus-Peter Murawski konnte seinen Aufstieg zum 3. Stadtbürgermeister als Verwaltungsbürgermeister von Stuttgart fortsetzen. Soweit das Märchen. (...und wenn sie nicht...)

Nun zu der Geschichte in der Geschichte. In Nürnberg stehen die Zeichen auf Sturm. Noch im Frühsommer nach dem Erdrutschsieg der CSU schien die bunte Welt Nürnberger Alternativkultur sehr heil, rein äußerlich, versteht sich.

Das KOMM hatte ein Bürgerbegehren zu seinem Erhalt durchgedrückt und eine beachtliche Anzahl von Unterschriften gesammelt (wir berichteten). Die Projekte machten ihre gewohnte jährliche PR und hatten wohlwollende Berichterstattung in der Presse in Hinblick auf kommende Haushaltsentscheidungen.

Doch dann war plötzlich alles vorbei. Die Fronten verrutschten im Spätsommer jählings zum CSU-Standpunkt. Seinen Ausgangspunkt hatte das Rollback ausgerechnet in der progressiven Nürnberger Kulturverwaltung, die während des Sommerlochs eine neue KOMM-Verfassung mit den Items der CSU ausarbeitete (siehe CONTRASTE Sommerausgabe) und diese als »notwendigen Kompromiß zur Rettung der Selbstverwaltung im KOMM« vertrat.

Dies hatte zur Folge, daß sich sämtliche Stadtratsparteien und die Lokalpresse darum bemühten, den durch das eigentlich erfolgreiche Bürgerbegehren erzwungenen Wahlgang um den Erhalt des KOMM abzublasen. Das Arrangement mit den CSU-Positionen vermeide einen 600.000,- DM teuren Bürgerentscheid, hieß es plötzlich. Als die KOMM-VV dem am 17.9. mit knapper Mehrheit nicht folgen wollte, mobilisierten Lokalpresse, Parteien, Gewerkschaften und Verbände zur nächsten VV am 1.10., um den Bürgerentscheid zu stoppen und so »das KOMM zu retten«. Dies »gelang«.

Jetzt war am 26.11. wieder KOMM-VV und sämtliche Ausführungsbestimmungen zum »KOMMpromiß« wurden wiederum mit großer Mehrheit abgelehnt. Was heißt, daß inzwischen immer mehr AkteurInnen im und um das KOMM die Selbstverwaltung am Ende und die Zukunft als stinknormale städtische Dienststelle sehen. Das Bündnis für den Erhalt des KOMM gibt es nicht mehr – Stellungnahmen hierzu von den diversen Fraktionen (pro und kontra KOMMpromiß) auf Seite 4

Aber auch für die vielen anderen öffentlich geförderten Projekte in Nürnberg gab es ein Erwachen, als jetzt Kasse gemacht wurde. Der Ausgang der Haushaltsberatungen wurde zu weitaus mehr als der erwarteten mittelschweren Katastrophe. Mehr über das »Bürgerbündnis« zur Abwicklung von Projekten auf Seite 5

Derweilen herrscht in Nürnberger KOMM-Nähe eine überaus nervöse Stimmung. Ständige Polizeikontrollen zur Säuberung des Bahnhofsbereichs von mißliebigen alkoholisierten und narkotisierten Menschen hatten unlängst bereits ein Todesopfer, als eine offensichtlich überforderte Polizistin einen jungen Griechen auf der Flucht erschoß.

Die Nürnberger Förderpläne für Alternativen und ihre Projekte sind am Ende. Kommt jetzt die totale Konfrontation?●

AUFRUF IN EIGENER SACHE:

Erspart CONTRASTE die Zinsen!

Ca. 1.500 DM zahlt CONTRASTE in diesem Jahr an Bankzinsen für die entstandene Finanzierungslücke. Leider gibt es immer noch nicht die gewünschte Zahl von AbonenntInnen oder Fördervereinsmitglieder, um die relativ teure Infrastruktur einer bundesweit erscheinenden Zeitung zu finanzieren. Ungefähr 20% unserer Einnahmen fließen an Unternehmen wie die Deutsche Post AG und an Telekom. Und ersteres Unternehmen schlägt ab Januar 1997 schon wieder kräftig zu.

Von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Um überhaupt am immer schlechter funktionierenden Vertriebsnetz der Post teilnehmen zu können, muß selbst ein kleines Zeitungsprojekt wie CONTRASTE mittlerweile 1.000 DM an jährlicher Grundgebühr bezahlen. Damit ist aber noch keine einzige Zeitung verschickt. Dafür will das Monopolunternehmen Post dann Monat für Monat nochmals ca. 1.000 DM. ...

Die vielen anderen Kostenpunkte wie Druck etc. rund um das Zeitungsprojekt CONTRASTE ersparen wir uns hier noch näher auszuführen. Trotz sparsamen Wirtschaftens und ehrenamtlichen Engagements fressen die Kosten das ehrenamtliche Projekt auf...

Die Produktion der Zeitung führt aufgrund des fehlenden finanziellen Polsters zu ständigem Streß: Der Laserdrucker, der wegen einer Bildtrommel, oder der Fixier- und Entwicklungseinheit plötzlich aussteigt, stellt das Produktionsteam vor die Frage, woher soll für dieses Ersatzteil schon wieder das Geld kommen? Vergangenen Monat hatten wir doch auch schon das Problem mit dem implodierten Bildschirm und dem Ausfall unseres Kopiergerätes... Wegen ein paar fehlender Hunderter muß der Drucktermin schon wieder geschoben werden, bis das Geld aufgetrieben ist.

Auch ist die technische Ausstattung nicht mehr die neueste und der Bildschirm, auf dem das Layout erstellt wird, stellt eine ganze Zeitungsseite im A5-Format dar. Die Augen der so Arbeitenden leiden unter diesen Jahr für Jahr anhaltenden Arbeitsbedingungen... Ein neuer, größerer Bildschirm muß angeschafft werden, doch der funktioniert nur in Zusammenhang mit einem neuen Rechner. Für die neue Technik benötigen wir weitere 15.000 DM. Bei diesem Finanzloch ist diese drängende Neuanschaffung jedoch in weite Ferne gerückt.

Die entstandene Deckungslücke ist nichts neues bei CONTRASTE. Mit verschiedenen Finanzierungsformen haben wir es in der nun dreizehnjährigen Geschichte des Projektes immer wieder geschafft, CONTRASTE zu entschulden: Kleinkredite und Tilgungsgemeinschaften einiger UnterstützerInnen, denen wir an dieser Stelle nochmals danken wollen und ein »negatives« Zeilenhonorar für die im Impressum vertretenen Redaktionsmitglieder. Die ehrenamtlichen Redaktionen zahlen also auch noch für ihre Arbeit und finanzieren die regelmäßig stattfindenden Redaktionsplenen selbst. Wer weiß, was eine Fahrkarte von Rügen, Berlin oder Nürnberg nach Heidelberg kostet, dem wird klar, wie teuer es ist, aktive CONTRASTE-Redaktion zu sein.

Wir benötigen Eure Unterstützung...

Die kann in Form von (auch kleinen) Spenden erfolgen, in Form von Geschenkabos oder auch durch Werbung für das Zeitungsprojekt CONTRASTE und die BUNTEN SEITEN. Vielleicht entschließt Ihr Euch für einen Beitritt in den CONTRASTE-Verein (siehe untenstehenden Coupon). Mit Eurer Mitgliedschaft unterstützt Ihr die Idee und Weiterentwicklung von CONTRASTE, die nicht nur Sprachrohr sein möchte, sondern auch ein aktives Netzwerk der alternativen Bewegungen.●

Spendenkonto: CONTRASTE e.V., Kto-Nr. 153508, BLZ 500 901 00, Ökobank e.G.

NEUE BROSCHÜREN

»DIE DOse-JEans-PAPier-STORY« ist da!!!

49 Seiten Informationen zu Umwelt & Entwicklung; beispielhaft dargestellt an den Themen Jeans (Baumwolle), Coladose (Aluminium) und Papier, in lockerer Sprache geschrieben, bieten extra für Jugendliche einen Einstieg in den genaueren Durchblick über globale Zusammenhänge. Dabei muß es jedoch nicht bleiben, denn genügend Tips zum intensiveren Arbeiten durch Vorschläge, Kontaktadressen und weitere Literatur sind vorhanden. So können sich auch durchaus Erwachsene über die Verflechtung zwischen Umwelt & Entwicklung, Überfluß im Norden und Armut im Süden informieren.
Zu beziehen ist diese Broschüre für 5 DM (plus Porto) bei der Projektwerkstatt Umwelt & Entwicklung, Hausmannstr. 9-10, D-30159 Hannover, Tel. (05 11) 164 03 40, Fax: 164 03 91.

»Min nan lamin – Hand in Hand«, Begegnung mit Haiti

Ob man nun schon Haiti-AktivistIn ist oder erst mal »nur« seine Neugierde befriedigen will: Auf 90 Seiten findet der/die LeserIn politische Informationen zu Haiti, welche an den Themen Zucker, Frauen und Kultur aufgearbeitet werden und in der es auch Vorschläge für Gruppenarbeit – egal welcher Altersstufe – gibt.
Zu beziehen ist diese Broschüre für 9 DM (Plus Porto) bei o.a. Anschrift.

1. LINKE LITERATURMESSE IN NÜRNBERG

»Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche«

Die 1. Linke Literaturmesse im Nürnberger Kultur- und Kommunikationszentrum KOMM im Oktober 1996 wird von den teilnehmenden Verlagen, dem Publikum und den Veranstaltenden als voller Erfolg eingeschätzt. Mehr als 60 Verlage aus der ganzen Bundesrepublik stellten ihr Programm an eigenen Ständen vor, weitere 40 waren an Sammelständen vertreten. Mehr als 1.800 BesucherInnen aus Nürnberg, aus der näheren und weiteren Umgebung und der gesamten Bundesrepublik nutzten an diesem Wochenende die bisher einmalige Gelegenheit, sich einen Überblick über das aktuelle Angebot linker, gesellschaftskritischer Literatur zu verschaffen und sie auch zu erwerben. Veranstaltet wurde die Bücherschau von der Gruppe »Archiv und Bibliothek METROPROLETAN im KOMM und der LIBRESSO Buchhandlung.

Von Elke Mahlert aus Nürnberg ● »Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche« – Che Guevaras Satz charakterisiert die Umsetzung der am Biertisch geborenen Idee, mit einer mehrtägigen Veranstaltung die linke Literaturproduktion in den Mittelpunkt zu stellen und nicht nur als Beiwerk am Rande politischer Großveranstaltungen zu präsentieren, denn im süddeutschen Raum, besonders in Bayern, ist linke Literatur noch weniger als andernorts zu finden. Die kommunale Rechtswende in Nürnberg, Fürth und Erlangen und der Kampf um die Erhaltung des KOMM (zum Konflikt um das KOMM siehe näheres auf den Seiten 4/5) waren Ansporn zur Verwirklichung des Projekts. Die Skepsis aller Beteiligten, ob sich die Kraftanstrengung lohnen würde, hat der Verlauf widerlegt. Auch die begleitenden Veranstaltungen, zum Beispiel zum Thema Zensur, zum Lübecker Brandanschlag, zur Solidarität mit Mumia Abu Jamal waren gut besucht. Über die mit den betreffenden Verlagen im voraus geplanten Veranstaltungen hinaus entwickelten sich spontan kleine und größere Lesungen und Diskussionen. Die Kino-Gruppe im KOMM bot ein Begleitprogramm. Die Verkaufsausstellung mit Bildern kurdisch-syrischer Künstler konnte wegen der räumlichen Bedingungen leider nicht angemessen attraktiv präsentiert werden.

Die vor der Messe vor allem von der Presse gestellte Frage, was denn »links« sei, klärte sich in der Praxis durch das Selbstverständnis der Verlage. Es gab keine Ausgrenzungen durch die Veranstaltenden; auch kritische Diskussionen während der Messe verliefen in einem solidarischen Rahmen. Vom Publikum vermißt wurde ein größeres Angebot an Belletristik und an Frauenliteratur, wobei letztere bei vielen Verlagen mit vertreten war. Offen blieb aber die Frage nach feministischen Verlagen, von denen es auch im Vorlauf auch keine Reaktionen gegeben hatte.

Eine gründliche Auswertung der Messe wurde in einem Gespräch mit den Ausstellenden begonnen, dessen Fazit der Wunsch nach Wiederholung der Messe im ein- oder zweijährigen Turnus war. Und zwar der Wunsch nach einer wiederum explizit l i n k e n Buchmesse – nicht nach bunter Unverbindlichkeit. Das Nürnberger KOMM in seiner bestehenden Form wurde als idealer Veranstaltungsort eingeschätzt, trotz der gegenwärtigen räumlichen Beschränkungen durch die Renovierungsarbeiten. Die Ausstellenden wünschten sich mehr Möglichkeiten zur Kommunikation untereinander. Viele von ihnen hatten sich in Nürnberg seit Jahren zum ersten Mal wieder getroffen. Hierfür wurde eine abendliche Kulturveranstaltung vorgeschlagen. Das Messekollektiv denkt derzeit über die Wünsche und Vorschläge nach – nicht nur am Biertisch!●

HAMBURG: EIN JAHR NACH BRAND IM STADTTEILZENTRUM

Die Rote Flora lebt wieder

Das Provisorische, das Übergangslösungen in der Regel anhaftet, ist dem »Archiv der Sozialen Bewegungen« im Hamburger Schanzenviertel kaum noch anzusehen. Zeitschriften, Broschüren und Flugblätter sind wieder gesammelt und systematisiert. Ein Jahr nach dem Brand des Stadtteilzentrums »Rote Flora« können die ArchivarInnen wieder sagen: »Wir sind arbeitsfähig«.

Lichterloh brannte die Rote Flora in der Nacht vom 27. zum 28. November 1995. Das Dach brannte weg, der erste Stock nahezu vollständig aus. Auch Erdgeschoß und Keller zeigten traurige Spuren: die Decke einsturzgefährdet, der Boden und das Gemäuer mit Löschwasser durchtränkt. Das Feuer sei im Raum des »Archivs der sozialen Bewegungen« ausgebrochen, hieß es damals schnell. Endgültig geklärt werden konnte die Brandursache nicht. Im Archiv waren die Folgen gravierend: Nur etwa fünf bis zehn Prozent des seit 1989 gesammelten Materials konnte geborgen und ausgelagert werden. Ein Großteil davon mußte wegen Beschädigungen noch im nachhinein aussortiert werden.

Durch Spenden aus privaten Sammlungen und aus anderen Archiven ist die Geschichte sozialer Bewegungen seit 1945 heute wieder weitgehend dokumentiert. Im Frühjahr kommenden Jahres sollen die Kisten wieder gepackt und erneut in die Rote Flora umgesiedelt werden, die langsam wieder zum Leben erwacht. Das Dach ist gedeckt. Der erste Stock ist noch nicht wieder nutzbar, doch im Erdgeschoß treffen sich schon regelmäßig Gruppen.

Dennoch liegen dem Stadtteiltreiben noch einige Stolpersteine im Weg. Von den Mitteln der Feuerkasse zur Wiederinstandsetzung des Gebäudes sind erst 57.000 Mark für Sofortmaßnahmen geflossen. 400.000 Mark, das bestätigt Frank-Rainer Behr vom Liegenschaftsamt Altona, liegen bereit. Bevor die fließen, soll der Verein Flora e. V. ein Nutzungskonzept für das Stadtteilzentrum vorlegen, das mit dem Bezirk Altona und dem Senat abgesprochen werden muß. Genau das fordert der Senat seit der Besetzung der Flora im Jahr 1988. Das Stadtteilzentrum mußte damals gegen den Musicalproduzenten Fritz Kurz durchgesetzt werden, der in dem ehemaligen Varietétheater ein kommerzielles Musical etablieren wollte. Auch nach der Besetzung konnten die FloristInnen sämtliche »Alternativvorschläge« des Senats, wie etwa eine Kitagruppe, als Einmischung in ihre Selbstverwaltung abwehren.●

Elke Spanner, Hamburg

Aus: junge Welt, 28.11.96

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ANTIFA
ARBEITSLOSE
AUSBILDUNG
BERATUNG
BILDUNG
DRITTE WELT
ENERGIE
FAHRRAD
FRAUENPROJEKTE
HANDWERK
HANF
INFOLADEN
INITIATIVEN
JUGENDUMWELT
KOMMUNEN
MEDIEN/VERLAGE
NATURKOST
ÖKOLOGIE
SANFTES REISEN
SOZIALES
TAGUNGSHÄUSER
TAUSCHRINGE
FAIRSICHERUNGEN
u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für politisch & ökologisch handelnde Projekte und Betriebe

Das einzige Adreßverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit 11.000 Adressen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen. 240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm ISBN 3-92400085-03-X

Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten (in Briefmarken, V-Scheck, Schein). Bei: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

GESELLIGKEIT IM GOLDENEN HERBST: 7. BUNDESWEITES TISCHLERINNEN-TREFFEN

Zwischen Professionalisierung und Autonomie

Selbstorganisierte, praxisorientierte Fortbildung: sowas gibt es doch! Zum siebten Mal trafen sich die Tischlerinnen, um die 80 an der Zahl, diesmal wieder zum sogenannten »Tag der deutschen Einheit« in Haus Einschlingen in Bielefeld. Das »Feiertagswochenende« ermöglichte eine frühe Anreise und erlaubte es uns, beim Anfangsplenum die mittlerweile eher selten gewordenen Sonnenstrahlen zu genießen.

Von Fiona Dancy, Redaktion Handwerk ● Viele Frauen (ca. ein Viertel) waren zum ersten Mal dabei. Es waren aber durchaus nicht nur neue Auszubildende, sondern auch Gesellinnen mit langjähriger Berufserfahrung, die aus Fachzeitschriften oder von KollegInnen vom Treffen erfahren haben. Die Zusammensetzung der »Neuzugänge« ist Ausdruck einer zunehmenden Qualifizierung des Projektes »Tischlerinnentreffen«. Wurden die ersten Treffen von der Situation der Berufsanfängerinnen und ihrer Unsicherheit in Bezug auf einem «Männerberuf« geprägt, kommt jetzt verstärkt das Bedürfnis nach berufsbezogener Fortbildung, nach Perspektiven in der Selbständigkeit und nach Unterstützung während und nach der Ausbildung zur Tischlermeisterin hoch.

Die derzeitige Struktur des Treffens – mehr Zeit für informelle Gespräche zwischendurch durch den zusätzlichen Tag, eingeladene Referentinnen zu verschiedenen Themen, Platz für spontane Arbeitsgruppen – wird den gewachsenen Ansprüchen gerecht. Auffällig diesmal im Unterschied zu früheren Treffen war jedoch die geringe Anzahl von selbstorganisierten Arbeitsgruppen. Lag es an der schlechten »Freiluftakustik« und am gelegentlichen Kastanienhagel beim Anfangsplenum, daß die Information, spontane AGs seien erwünscht, unterging? Versäumte es die Vorbereitungsgruppe, diesen Teil des Treffens in den Vordergrund zu rücken und einen organisatorischen Rahmen zu geben, oder wächst, wie vor zwei Jahren befürchtet (siehe Bericht vom 5. bundesweiten Tischlerinnentreffen in der CONTRASTE 12/94), bei zunehmender Professionalisierung der Bildungsangebote tatsächlich eine Konsumhaltung?

Es wurden sieben Themen über zwei Tage verteilt angeboten. Vom letzten bzw. vorletzten Mal wieder aufgenommen wurden die Rückenschule und Referate zum Thema Baubiologie und biologische Oberflächenbehandlung. Letzteres ergab nicht nur einen interessanten Einblick in die Theorie des Ölens und Wachsens, sondern auch noch praktische Hinweise für die Anwendung in »Problemfällen«. Daß die Frage der »richtigen« Anwendung oft umstritten ist, und die Erfahrungen sehr unterschiedlich sind, führte zu einer äußerst lebhaften Diskussion, die noch andauerte, lange nachdem die Referentin zum Bahnhof geeilt war.

Ganz neu waren die Arbeitsgruppe »Verbale Selbstverteidigungsstrategien«, die mehrmals als zweiteilige Kurs angeboten wurde, das Angebot, erste Erfahrungen mit Korbflechten zu sammeln (das Flechten von Sitzmöbeln scheiterte an der Schwierigkeit, eine größere Menge an Stühlen mit der Bahn durch die Bundesrepublik zu bewegen), der Vortrag über boreale (sprich: nördliche) Wälder. Der Workshop zum Thema Marketing gab den Teilnehmerinnen (Selbständigen oder angehenden Selbständigen) die Möglichkeit, ihre persönlichen und fachlichen Stärken zusammen mit den Vorteilen ihres betrieblichen Umfelds in Bezug zu ihrem erwünschten KundInnenkreis zu setzen und in Kleingruppenarbeit Werbemöglichkeiten auszuarbeiten.

Die Arbeitsgruppe zum Thema »Was ihr schon immer über Kollektive wissen wolltet aber nie zu fragen wagtet!« entstand aus einer Situation, aus der deutlich wurde, daß für mehrere Frauen der Begriff »Kollektiv« fremd oder inhaltslos, aber irgendwie auch interessant ist. Als dann zwei Frauen etwas zur Theorie der Selbstverwaltung erzählten und aus ihrer eigenen Erfahrung mit Arbeit in einem Kollektiv berichteten, war die Begeisterung, aber auch die Skepsis groß. Prinzipiell würden alle gern so oder ähnlich arbeiten, aber als Berufsanfängerin sei es sicherlich eine völlige Überforderung. Das Fortbildungsangebot für kollektives Arbeiten vom Netz NRW dürfte trotz heftiger Kritik einiger Tischlerinnen (die unter anderem die Gefahr der Ausbeutung als billige Arbeitskraft sahen) in dem Fall recht attraktiv sein!

Bei so viel Theorie und Praxis durfte das Vergnügen natürlich nicht zu kurz kommen. Die »One-Night-Stand-Band« aus Hamburg machte den Auftakt. Am Freitag Abend brach dann Spielfieber aus, wohl als Einstimmung zur Tombola, auf der wieder dieses Jahr tolle, aber auch nicht so tolle Preise zu gewinnen waren (es ist tatsächlich hart, sich berechtigte Hoffnungen auf einen ELU-Excenterschleifer zu machen und dann doch nur BIOFA-Kosmetik zu gewinnen!). Am Samstagabend versammelten sich alle, um der Geburtsstunde der neuen Orgagruppe beizuwohnen; es war eine langwierige, aber letztendlich doppelt erfolgreiche Angelegenheit: für 1997 sind es einige Berlinerinnen, und 1998 voraussichtlich Tischlerinnen aus Aachen und Umgebung.

Zum Plenum am Sonntag blieben gut die Hälfte der Frauen, erfreulich angesichts der Tatsache, daß es der einzige Programmpunkt an dem Vormittag war. Was wollen wir nächstes Jahr machen? Angebotszeichnen, Treppenbau, Kleinmaschinenreperatur? Gestaltung am Computer, Zeitmanagement, Logo- bzw. Visitenkartenentwurf? Fast zwanzig Wünsche an Arbeitsgruppen für nächstes Jahr werden die Vorbereiterinnen vor die Qual der Wahl stellen, zumal die Zuschüsse an einen »losen Haufen« namens Tischlerinnentreffen nicht so reichlich fließen wie an einen Verein oder Verband... ! Eine perspektivische Vereinsgründung wurde kurz angesprochen und schnell abgebügelt: das sind wir (noch?) nicht, und es wäre meiner Meinung nach reichlich absurd, einen eigenen Verein zu gründen, solange wir noch die Möglichkeit (dieses Jahr nicht genutzt) einer Zusammenarbeit mit Baufachfrau e.V. haben. Auch könnte dem Wunsch nach Öffentlichkeitsarbeit und nach einer größeren politischen Außenwirkung des Treffens durchaus im Rahmen von Baufachfrau entsprochen werden. Viele Anregungen für die neue Vorbereitungsgruppe und viel Anerkennung für die Arbeit der Tischlerinnen aus Bremen und Hannover, die das diesjährige Treffen veranstaltet haben. Auch das Haus Einschlingen und vor allem das Essen wurde von den Anwesenden gelobt. Trotzdem wollen einige nicht »einheimisch« werden, und so halten wir Ausschau nach einem großen, eher billigen Tagungshaus, vielleicht irgendwo »im Osten«?●

Kontaktadresse für das Tischlerinnentreffen 1997: Silja Hüffmaier, Jessner Str. 41, 10247 Berlin.

BEHÖRDEN- UND UNTERNEHMERUNFREUNDLICH
telegraph
Ostberlin 4 DM

Der "telegraph" ist das letzte, noch existierende DDR-Oppositionsblatt.
Mit zum Teil einzigartigen Recherchen, geprägt sowohl von antistalistischen wie auch antikapitalistischen Anschauungen, haben wir den Übergang vom einen zum anderen System kritisch begleitet. In den Heften waren und sind unsere Schwerpunkt-Themen unter anderem: Antifa, Rassismus, Kriegsdienstverweigerung, Stasi, Häuserkampf, Internationalismus, Osteuropa, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen und (alten) "Herren" im Lande. Dies alles betrachtet durch die "linke" Ost-Lupe und gemacht von unverbesserlichen Querulanten, die schon zu DDR-Zeiten Reißzwecken im Magen der Herrschenden waren.
Redaktion telegraph, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin

CARSHARING-FACHTAGUNG IN DRESDEN:

Kommunevertreter im Stau steckengeblieben...!?

Vor sieben Herbsten als Kohl noch Honecker hieß und das Auto noch Trabant, war im Osten vieles anders. Auch auf den Straßen! Die führten zwar nicht überall hin, waren dafür aber meistens leer. Die Werktätigen rumpelten in der Straßenbahn zur Arbeit, Wartburgs und Trabis waren Mangelware. Dann kam erst die Wende, kurz darauf die D-Mark und schließlich (alles wird »gut«!) – das Auto.

teil-Auto am Standplatz Kulturzentrum Karlstorbahnhof Foto: Dieter Poschen

Von Katrin Fiedler, Redaktion Dresden ● Vectras wurden geleast, alte Golfs auf Pump gekauft. Hauptsache mobil und was Schickes vor der Tür. Doch dort wurde es auch schnell enger: Parkplatzprobleme, die man bis dahin nur aus Schnitzlers schwarzem Märchenkanal kannte, wurden in den Plattenbau-Vierteln zur täglichen Realität. Staus und verstopfte Straßen begannen die Dresdner, Leipziger und Rostocker zu nerven. Wie im Westen eben. Und wie im Westen dämmerte schließlich einigen: Soviel Auto braucht kein Mensch. Das »CarSharing Ost « war geboren.

Das war vor über zwei Jahren. Mittlerweile gibt es CarSharing-Initiativen in Magdeburg, Jena, Rostock, Arnstadt, Erfurt, Freiberg, Halle, Potsdam, Schwerin und Dresden. Ein Teil von ihnen befindet sich noch in der Aufbauphase. Da kam es gerade recht, daß das sächsische Bildungswerk »Weiterdenken e.V.« eine Fachtagung zum Thema CarSharing im Oktober 1996 ansetzte. In Dresden trafen sich deshalb Vertreter der verschiedenen CarSharing-Initiativen, um Informationen auszutauschen, Vernetzungspläne auszuhecken. Alltagsprobleme kamen bei der Diskussion nicht zu kurz: »Wie macht Ihr das mit der Versicherung?« – »Was nehmt Ihr so für den Kilometer?« Und so weiter. Ein Fazit der zweitägigen Versammlung: Gegen das CarSharing gibt es gerade im Osten noch viele Vorbehalte. Autofahrer, die nach 15 Jahren Warterei endlich ein eigenes Fahrzeug besitzen, wollen es nicht gleich wieder teilen. Viele Kommunen tun sich noch schwer, den CarSharing-Vereinen, -Genossenschaften oder -GmbHs verkehrsgünstig gelegene Stellplätze (möglichst kostenfrei und in der Nähe der Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs) zur Verfügung zu stellen. Hoffnung macht aber, daß inzwischen etliche Ost-Kommunalverwaltungen und CarSharing-Initiativen über gemeinsame Aktivitäten nachdenken. In Rostock gar wird CarSharing auf Initiative und mit maßgeblicher Unterstützung des dortigen Umweltamtes betrieben.

Die CarSharing-Befürworter wollen in Zukunft noch mehr auf Aufklärung setzen. Nackte Zahlen kommen auf den Tisch, und die sprechen für sich. Bundesweit wird das private Auto gerade mal eine Stunde pro Tag genutzt. Und wenn es mal fährt, dann sitzen (statistisch gesehen) gerade mal 1,6 Personen drin. Effizient ist das nicht. Eher schon ein teurer Spaß.

Mit Aktionstagen, Flugblättern und Info-Offensiven in den heimischen Tageszeitungen wollen die Tagungs-Teilnehmer jetzt aggressiver für ihre Idee werben. Angesprochen werden sollen vor allem diejenigen, für die sich ein eigenes Auto nicht lohnt, die aber trotzdem nicht ganz auf den praktischen Untersatz verzichten wollen (oder können). Die Familie zum Beispiel, die zwar mit Bus und Fahrrad zur Arbeit fährt, für den Großeinkauf oder die Fahrt zu Tante Irmi aber (auto)mobil sein will. Für rund tausend Mark Kaution (damit werden die Autos gekauft und die Verwaltung finanziert) und Stundenpreise um die 3,50 Mark (zzgl. Spritgeld) sichern sie sich das Nutzungsrecht an einem Wagen, den sie sich mit zehn bis 15 Leuten teilen. Rechtzeitiges Anmelden sichert das Auto zur gewünschten Zeit.

Allen guten Argumenten zum Trotz hält sich die Akzeptanz für CarSharing im Osten in Grenzen – und das nicht nur beim privaten Autofahrer, sondern auch bei den Verantwortlichen in den Stadtverwaltungen. Schade: Nur wenige der zur Dresdner Tagung eingeladenen Kommunen schickten einen Vertreter. Vielleicht waren die anderen im Stau steckengeblieben...!?

Für diese Säumigen und für Freunde des CarSharings wurden die Ergebnisse der Dresdner Fachtagung, insbesondere Fragen zu bestehenden oder zukünftigen Möglichkeiten von Kooperation zwischen kommunalen Verwaltungen, Trägern des Öffentlichen Personennahverkehrs und CarSharing-Betreibern, bereits gebündelt. Ab Januar 1997 gibt's dazu eine Broschüre, zu bestellen unter folgender Adresse: Bildungswerk »Weiterdenken e.V.«, Schützengasse 18, D-01067 Dresden, Stichwort »CarSharing-Broschüre«.●

KOMM-INTERN KONTROVERS – DOKUMENTATION:

Ruhe und Ordnung am Königstor?

Wie ja sicher alle mitbekommen haben, fand am 01.10.96 eine außerordentliche Mitgliederversammlung des KOMM e.V. statt. Da die Darstellungen in der Lokalpresse aber wenig objektiv waren, hier für alle die nicht anwesend waren, unsere Sicht der Dinge: Zweck dieser Versammlung war, den von der Selbstverwaltung am 17.09.96 gefällten Beschluß, in den Bürgerentscheid für das KOMM in Selbstverwaltung zu gehen, ins Gegenteil zu verkehren. Eine große Koalition aus CSU-Stadtverwaltung-SPD-FDP-GRÜNE-FW-GUTE, Teilen der Republikaner und städtische Sk's propagierten im Vorfeld der MV, gestützt auf die Nürnberger Lokalpresse, einen von Mitarbeitern des KuF mit der CSU ausgehandelten, sogenannten Kompromiß. Angesichts dieser großen Koalition – an die 150 KoalitionärInnen ließen sich auch auf die Mitgliederversammlung mobilisieren – wundert es eigentlich kaum, daß der Bürgerentscheid nun abgesagt wurde. Auf der Mitgliederversammlung, die inhaltlich eindeutig von den BefürworterInnen des Bürgerentscheids dominiert wurde -außer dem Rechtsreferenten, dem Kulturreferenten sowie einigen ParteivertreterInnen und Leuten aus dem KuF, fanden sich aus dem KOMM-Mitarbeiterbereich lediglich die städtischen Sekretäre und ein Bildungsbereichsmitarbeiter (Schlipsträger!), um für den Kompromiß zu argumentieren. Mit 235 zu 115 Stimmen wurde dem KOMM also ein Kompromiß aufgezwungen, der von der Mehrheit seiner Aktiven und BesucherInnen bis heute abgelehnt wird. Daß dies natürlich Folgen für den normalen KOMM-Alltag hat ist klar! Die Stimmung gegenüber jenen, die mit Hilfe von Parteien, Stadtverwaltung, Presse und angekarrten Stimmvieh (das alleine nicht mal die Toilette fand)dem KOMM und seiner Selbstverwaltung großen Schaden zugefügt haben, ist aufgebracht.

Es ist also gelaufen. Die Chance, das selbstverwaltete KOMM in seiner bisherigen Form zu erhalten, wurde durch das Vorgehen der KompromißlerInnen vertan. Es bleibt jedoch festzuhalten und jenen gegenüber immer wieder zu betonen, die nun in völlige Resignation verfallen: Es lohnt sich zu kämpfen! Das Dreckloch, wie es die CSU nennt, wird zumindest nicht geschlossen. Auch beherbergt das KOMM nach wie vor linke und antifaschistische Gruppen, Undergroundkultur und ist immer noch die einzige Zufluchtsstätte für soziale Randgruppen in der Nürnberger Innenstadt. Wir wollen hier nix beschönigen, der von außen diktierte »Kompromiß« schränkt die Selbstverwaltung des KOMM ein, degradiert sie in Teilen zur Farce. Doch Papier ist geduldig, erst die weitere Praxis muß beweisen, ob es der Stadt durch die hinzugekommenen Machtmittel gelingt, aus einem lebendigen, unangepaßten sozial offenen, linken Haus ein Vorzeigeprojekt für eine angepaßte Kulturszene zu machen.

Daß dies so ist, weiß auch die CSU. Deshalb verkündete sie unmittelbar nach Verabschiedung des sogenannten Kompromisses in der Nürnberger Lokalpresse: »Es (der »Kompromiß«) ist für uns ein wichtiger Schritt... doch die starke Zahl der Gegner zeige auch, daß die Probleme noch nicht ausgestanden seien.« So wundert es auch keine/n, daß die Nürnberger Polizei ihrer harten Linie am Königstor bis heute treu bleibt. Daran ändern selbst die skandalösen Todesschüsse einer Polizistin, denen ein sechsundzwanzigjähriger Grieche zum Opfer fiel nichts. Was ist schon ein Toter, zumal Ausländer und in Kontakt mit Drogen, wenn Einsatzleitung und polizeilich Verantwortliche sich der Unterstützung der Politik gewiß sein können. So forderte der bayerische Innenminister G. Beckstein bereits vor den Todesschüssen, in einem Schreiben an das Polizeipräsidium Mitte, das der Stadtzeitung Plärrer vorliegt: Die »Schließung des KOMM«. Jener Brief endet mit der Aufforderung , »...bei Sicherheitsstörungen jeglicher Art eine niedrige Einschreitschwelle anzusetzen, alle rechtlichen Möglichkeiten sind extensiv auszuschöpfen.«!!!!

Auch ein weiterer erfolgloser Kontrollgang, den Vertreter der Stadt in Begleitung eines Polizeibeamten, anläßlich der im KOMM stattfindenden 1. LINKEN LITERATURMESSE durchführten, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Dies sollte eigentlich auch dem letzten vor Augen führen, was es mit dem Gerede von einer »modernisierten konservativen Generation von CSU Strategen« mit der mensch prima auskommen kann, auf sich hat. Nichts !!! Vor diesem Hintergrund erübrigt es sich auch, hier erneut auf die, unter dem Obertitel »Reform des KOMM – eine Chance« firmierenden Versuche, uns im nachhinein die Folgen der »Kompromißlösung« schmackhaft zu machen, näher einzugehen. Nicht in der Anpassung an die gesellschaftliche Rechtswende, die eine ganze Generation von Ex-Reformern längst vollzogen hat, liegt unsere Zukunft, sondern im Vertrauen auf unsere eigene Kraft, die Ausstrahlung und Anziehungskraft, die ein, sich nicht an dem Mainstream anpassendes Projekt, gerade jetzt besitzt.

Konkret bedeutet dies inhaltlich wie praktisch, Opposition in einer Stadt, die diese notwendig hat, zu entwickeln. Daß dies kein albernes, utopisches Gelaber von ewiggestrigen Linken ist, wie es von Seiten der Kompromißsuchenden immer wieder behauptet wird, beweisen die Tatsachen aus einem Monat KOMM-Alltag am besten:

- Knapp zweitausend BesucherInnen der 1. LINKEN LITERATURMESSE informierten sich in Gesprächen, Diskussionsveranstaltungen, oder durch den Kauf von Büchern über gesellschaftliche Entwicklungen und linke Perspektiven.
- An einer Demonstration unter dem Motto »Schluß mit der Polizeigewalt am Königstor« beteiligten sich Hunderte. Sie forderten unter anderem die Auflösung des USK und anderer polizeilicher Sondereinheiten. Auch bei dieser Demonstration fiel das USK wieder durch einen unbegründeten harten Einsatz auf.
- Für breites Aufsehen, Interesse und enorme Besucherzahlen sorgte die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, in der Schluß gemacht wird, mit der Lüge vom unschuldigen Wehrmachtssoldaten, der nur seine Pflicht getan hat. Dementsprechend fiel auch die Reaktion der Nürnberger CSU aus, welche während der Eröffnung das Nürnberger Garnissonsmuseum besichtigte und ansonsten feststellte, daß die Räume für diese Ausstellung bereits vor ihrem Machtantritt vergeben wurden.●

Für Selbstverwaltung nicht nur am Königstor – the future is unwritten

die Redaktion von »KOMM-SELBSTVERWALTUNG« (Programmzeitschrift des KOMM). November 1996

KOMM-INTERN KONTROVERS – DOKUMENTATION: ANREGUNGEN ZUR SCHAFFUNG EINES NEUEN KOMM

KOMM 2000

Nach den Erfahrungen auf den letzten Mitgliederversammlungen, die die schlechteste Stimmungsbilanz widerspiegelten, die die Selbstverwaltung je hatte, schlicht spaltenden Haß und Argwohn untereinander, sind grundsätzliche Überlegungen anzustellen.

So wie bisher kann es nicht weitergehen

Dabei spielt die hinlänglich bekannte Entscheidung der Vollversammlung vom 1.10.1996 nur eine untergeordnete, aber anstoßende Rolle. Tatsächlich hat sich die Spaltung schon vor längerer Zeit vollzogen. Gründe dafür waren psychische Blockaden, konträre politische Auffassungen wie menschliche Haltungen in der Selbstverwaltung, die förmlich und inhaltlich geradezu nach Trennung schreien. Weiteres gegenseitiges Attackieren und Traktieren, jedwede weitere Selbstzerfleischung ist absolut unerträglich.

Diese fehlende Gemeinsamkeit, der persönliche Zwist, die ständige Atomisierung der Interessen, das Gerangel um die Instrumentalisierung von Geld und Menschen (für Macht) bedrohen die Existenz des KOMM zusätzlich von innen heraus. Es fehlen ganz offensichtlich kulturelle und politische Gemeinschaftsziele.

Zukunftsvisionen und Entwicklungschancen, nicht einmal das pure Überleben des KOMM werden diskutiert

Aber: Nur wenn das Gesamtprojekt mit seinen Gruppen und Initiativen, Veranstaltungen und Personen wahrgenommen werden und als unterstützungswürdig gelten kann, erreichen wir Akzeptanz und sichern die, für den Erhalt der Einrichtung notwendigen, städtischen Subventionen. Doch ein Konsens mit der gedachten, laut Vereinssatzung der Basisdemokratie und Selbstverwaltung obersten Maxime, nämlich einer »auf den Alltag bezogenen Zielfindung und Konfliktlösung zwischen den Mitar-

vokativen, mitunter auch kreativen Aktionismus aus. Die wirkliche Intension des KOMM, Ansehen und einen solidarischen, politischen Standpunkt zu repräsentieren, versteckt sich oftmals hinter Zufälligkeiten der Ereignisse und provokativem Laisserfaire. Soziale Bewegungen, kulturelle Trends, sowie politisch und gesellschaftlich relevante Themen werden schon seit geraumer Zeit nicht mehr gemeinsam aufgenommen und diskutiert.

2. Gegen die Beliebigkeit

Im KOMM hat sich heute der Glaube festgesetzt, daß es eine politisch begründete soziokulturelle Arbeit unter dem Vorzeichen der neuen Welt-Unordnung und dem Scheitern des Kommunismus nicht mehr geben kann. Deshalb werden im KOMM – fein säuberlich voneinander getrennt – verschiedene Weltbilder angeboten, ohne daß es zu Brückenschlägen kommt. Die Beliebigkeit der unterschiedlichen Veranstaltungen sind im monatlichen Programm ersichtlich, wobei die Nostalgie für die kommunistische Weltbewegung auf den einführenden Seiten eines jeden Heftes immer wieder klar erkennbar sind. Es muß mit allen Mitteln versucht werden, das – auf die Dauer gesehen – selbstzerstörerische Zerfasern des KOMM und seiner öffentlichen Darstellung aufzuhalten.

Als innovatives Element sollten sich die Verantwortlichen im KOMM zukünftig weniger mit den Ränkespielen einer überlebten Linken, sondern mehr mit den Problemen des einundzwanzigsten Jahrhunderts beschäftigen. Die heutige Situation immer wieder in einen Parallelbezug auf die politischen Prozesse der zwanziger/dreißiger Jahre zwischen SPD und KPD zu setzen, ist absurd, bzw. fatal. Denn auch die historischen Resultate der kommunistischen Bewegungen und Parteien lassen sehr schnell auf Dogmatismus und Menschenfeindlichkeit abzielende Schlüsse zu, wie das Ende des realen Sozialismus und seine Aufarbeitung heute verdeutlichen. Insofern sind Verschwörertheorien wie die des »Verrates« der Sozialdemokraten genauso unzutreffend, wie die der Verherrlichung irgendwelcher revolutionären Prozesse, welche ebenfalls viele Schattenseiten und Blutspuren aufweisen.

Eine Tatsache, die von den sogenannten »Politischen« völlig übersehen wird, ist, daß die wesentlichen Errungenschaften der 68er-Generation – vom antiautoritären Denken über die Faschismuskritik, Feminismus bis zur Eine-Welt-Solidarität, von der jüngeren Generation, die sich zum Teil im KOMM aufhält,

waltung, sowie dem kulturellen und politischen Umfeld. Viele klagen darüber, daß Jugendliche und junge Erwachsene fortbleiben, bzw. sich nicht ausreichend engagieren. Gegen ein solches Engagement spricht, daß bei vielen jungen Menschen erst dann eine Sache Beliebtheit findet, wenn sie Authentizität und Betroffenheit, auch eine gewisse Realität vermittelt. An und Für sich wäre das KOMM dieser zeitlosen und allgemeingültigen Definition des kulturellen Lebens näher, als wohl große Teile der MitarbeiterInnen glauben. Mit einer neu gewonnenen Überzeugung sollte das KOMM sich selbstbewußt in dieser Stadt darstellen, anstatt sich als Anachronismus des Fernseh- und Medienzeitalters oder als Überbleibsel der linksradikalen Szenekultur zu betrachten. So, und nur so, wird es das KOMM schließlich mit neuen privaten, als auch kommunalen kulturellen Veranstaltungsstätten und Einrichtungen aufnehmen können. Eben um jene kulturellen Einflüsse auf Generationen findet zur Stunde ein radikal schnelles Wettrennen statt, was so beschrieben werden könnte: Wer modernisiert sich schneller der deutsche Rechtskonservatismus oder eine nicht-dogmatische soziale Linke? Wer auch Stimme der unter Zwanzigjährigen und über Fünfzigjährigen für sich gewinnt, wird aus diesem Ringen als Sieger hervorgehen.

Ziel des KOMM sollte folgerichtig wieder werden, kritische Stimme sowohl der jungen Generation, als auch der älteren, unabhängig bleibenden, zu sein.

4. Das KOMM im Wandel der Zeit

Was mit einer neuen Komm-Praxis alles gemeint ist, läßt sich von heute auf morgen kaum beantworten, doch fallen die Themen nur demjenigen ins Auge, dem die grundlegende Veränderung von Gesellschaft und Politik bewußt ist. Wir haben es ebenso mit einer modernisierten konservativen Generation der CSU-Strategen zu tun, als auch mit einer sich im Wandel befindlichen, ökologischen und sozialen Linken. Durch die Abnahme der produktiven Klasse werden sich mehr und mehr Menschen mit kulturellen und sozialen Dienstleistungen ihr Leben verdingen. Es bleibt nicht aus, sich den Problemen und (Chancen der kommenden mikroelektronischen Revolution zu stellen. Selbst am KOMM wird zweifellos die Globalisierung der Kommunikation und Digitalisierung der Information nicht vorbeigehen können, doch bislang sind wir scheinbar nicht bereit, uns den tausend Ungewißheiten und Ängsten zu stellen, die bis dato niemand ausreichend zu formulieren in der Lage war. Das KOMM müßte deshalb der Einsicht Rechnung zollen, daß wer von Zukunft redet, die sozialen, politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Ursachen und Folgen der gegenwärtigen Informations- und Kommunikationsrevolution kennen muß. Einzig die Kräfte, die diese Entwicklung begleiten, können glaubwürdige Reformprojekte anbieten. Nicht zuletzt, da im KOMM in dieser Diskussion die Kompetenz fehlt, ist es unausweichlich, eine weitaus vernetztere herzustellen und in Anspruch zu nehmen.

Jene Vernetzungen müssen in allen Gremien und Bereichen hergestellt werden, damit Neugierde und Flexibilität das KOMM beleben. Die Frage stellt sich, ob dies mit der vom Rätesozialismus abgeleiteten Vollversammlungs- und Ratsorganisation zu leisten ist.

Eine zukunftsorientierte Zielsetzung des KOMM soll es keinesfalls von einem linksalternativen, kritischen Kurs abbringen, ganz im Gegenteil. Die Kritik ist heute nur noch entwicklungsfähig und in ein Fortschrittsmodell integrierbar, wenn die soziokulturellen Chancen und Möglichkeiten mit einer im Gegensatz zur alten Industriegesellschaft menschlich verträglichen Informations- und Kulturlandschaft einhergehen.

Alternative Lebenskonzepte und mehr Solidarität zu entwikkeln, ein Vorsatz, der seit der ersten KOMM-Stunde zu den Grundideen des Hauses gehörte, ist heute für viele nur unter völlig neuem – und dem gegenwärtigen Zustand des Kampfes und der Zerfleischung widersprechendem – Einsatz von Kräften vorstellbar.●

Bildungsbereich des KOMM

Aus: »KOMM SELBSTVERWALTUNG«, Programmzeitschrift des KOMM, November 1996

AKTIONEN FÜR KOMM-SELBSTVERWALTUNG

f Draht«

sehr einseitig gegen den Erhalt des KOMM-Modells und für einen »KOMM-promiß« (mehr Staatspräsenz, finanzielle Einflußnahme – weniger Basisdemokratie und freie Soziokultur siehe Titelseite) mobilisiert. Nach der vortäglich erfolgten Kündigung des KOMM-Vertrags und Kürzung der Haushaltsmittel auf einen reinen »Abwicklungssockel« von DM 50.000,– verstanden es die KOMM-AktivistInnen, sich erfolgreich in Szene zu setzen...

»Über den Draht stolperten Fußgänger, ein Radfahrer stürzte und wurde verletzt, auch Autofahrer sollen in Gefahr geraten sein. Die Polizei ermittelt wegen eines schweren Eingriffs in den Straßenverkehr und sucht Zeugen.« vermeldete die Nürnberger Nachrichten in ihrer Ausgabe am darauffolgenden Wochenende.

Auch so sorgt eine »bürgerliche Allianz« aller »KOMM-promiß«Fraktionen im Stadtrat (incl. Reps) für die nötige »Konfrontationsstimmung« um die Zukunft des Eingangstors zur Stadt: Konfliktstrategien von oben anstelle von Selbstverwaltung.

Wir werden weiter berichten...●

HAUSHALTSBERATUNG IN NÜRNBERG

»Bürgerbündnis« zur Abwicklung von Alternativprojekten

Eine neue »Gestaltungsmehrheit« hat in der Nürnberger Kommunalpolitik das Sagen: das »Bürgerbündnis« umfaßt nach den haushaltspolitischen Einlassungen eines ihrer Sprecher, des CSU-Oberen Seel, ein paar versprengte Liberale, die Freie Wählervereinigung (Ex-CSU'ler), die CSU Fraktion und...auch die Republikaner im Nürnberger Stadtrat. Und die legten kräftig den Rotstift an, strichen in der Ägide rotgrüner Mehrheiten zartwachsende Pflänzchen alternativen Wirkens im Sozialen, der Soziokultur, der Frauen- und Ausländer- und Gesundheitspolitik zusammen, wo es nur geht, um Beton und Asphalt für den Autoverkehr im Mittelfristigen Investitionsplan (MIP) bereitzustellen.

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Das Streichkonzert war ja erwartet worden und auch die letzten Jahre rotgrüner Stadtpolitik hatten die ursprünglich im Bundesvergleich eher befriedigenden Existenzbedingungen für alternative Projekte schon arg dezimiert. Aber die schwarze Machtübernahme in ganz Mittelfranken wurde dann doch schlimmer als erwartet: ein umfassendes Rollback in allen wesentlichen Arbeitsbereichen der Alternativen wurde in Gang gesetzt – und dies nicht nur in der Kommunalpolitik.

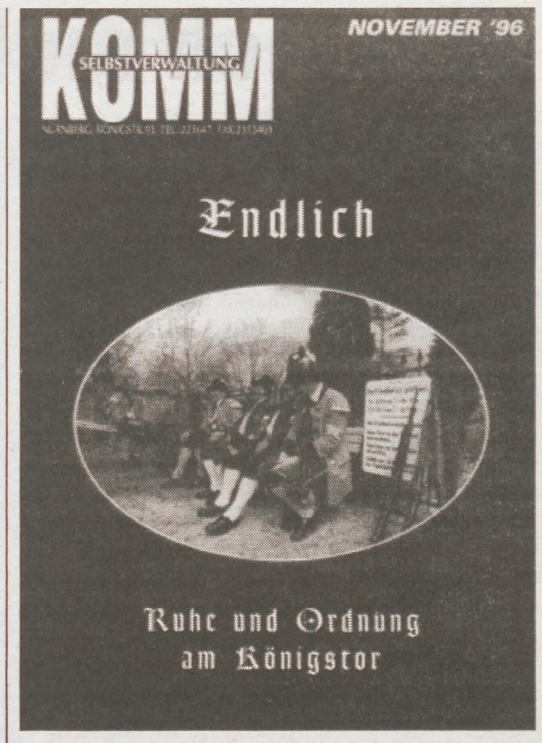
Schon vor den eigentlichen Haushaltsberatungen strich die Landesmedienzentrale 50.000,– DM Förderung für Radio Z (siehe nebenstehender Bericht). Unmittelbar vor dem KOMM im Hauptbahnhofsbereich ordnete das Innenministerium willkürliche Kontrollen an. Es entstand eine derartig hysterische Stimmung, daß eine junge Polizistin einen ehemaligen griechischen Informanten des Rauschgiftdezernats einfach umnietete, als er sich für seinen Bruder ausgab und hernach Fersengeld gab.

Und so ist es auch mehr, als die »normalen« von Sozialdemokraten und Realogrünen verantwortete Streichungen, was derzeit im Zuge der Haushaltsbeschlußfindung in der Frankenmetropole stattfindet. Die urdeutsche Seele von CSU bis Reps findet sich wieder zusammen und Bratwurstmief kehrt anstelle von Weltoffenheit und Toleranz dahin zurück, wo sie schon einmal eine äußerst unrühmliche Vergangenheit hatte.

Im Stellenplan gab es zunächst ein Köpferollen und Versetzungskarrussell, das die Hälfte der TeilnehmerInnen manch grüner Mitgliederversammlungen betraf. Nun gut, daß SPD und Grüne ihre aktive Mitgliederbasis einstellen konnte, mag zwar nicht schocken, doch es riecht nach Günstlingswirtschaft. Hier wurden auch nur Leute getroffen, die ihr Parteibuch als Karriereleiter benutzt hatten und kurz nach dieser ungemein öffentlichen Anstoß erregenden Aktion (die Lokalpresse überschlug sich in Anfeindungen) wurden einige der Kündigungen/Versetzungen auch schon zurückgenommen.

Weniger Glück hatten die AkteurInnen von sozialer, kultureller und politischer Arbeit an der Basis:

- die Schwulen und das Frauenselbstverteidigungsprojekt AURA erhalten nurmehr DM 20.000,– zur »Abwicklung« ihrer Arbeits-und Mietverhältnisse.
- das Feministische Informations- und Dokumentationszentrum FIBIDOZ konnte sich gerade noch davor retten, Bestandteil der Stadtbibliothek (FDP-Vorschlag) zu werden und darf auf Schmalspurförderung weiterarbeiten.
- der Alternativtopf wird natürlich aufgelöst und zur privaten Förderschatulle des jeweiligen Kulrurreferenten.
- mehr Glück hatten die Schwestern vom Feministischen Frauengesundheitszentrum (FFGZ), die immerhin noch mit geringeren Abstrichen weitergefördert werden.



- auch das medienpädagogische Zentrum Parabol erhält nur noch 200.000,– anstelle der benötigten 252.000,– DM.
- Kahlschlag des weiteren bei den soziokulturellen Zentren von DESI bis KOMM (siehe nebenstehender Bericht), denen durchweg Summen zwischen 30.000,– und 50.000,– DM »wegrasiert« wurden.●

MITTELFRANKENS ÄTHER MUSS SAUBER BLEIBEN...

Geldhahn zu für Radio Z?

Eine Sendung der Schwulenredaktion beim Nürnberger Radio Z war Anlaß für die Sittenwächter der Landesmedienzentrale, bereits zugesagte DM 50.000,– Förderung fürs Kulturprogramm zu streichen. Der finanzielle Kollaps droht, wenn Bayerns einziges mitgliederfinanzierte Alternativradio nicht schleunigst 800 neue Mitglieder wirbt...

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Ein redaktioneller Bericht vom »Fliederfunk«, der schwulen Redaktionsgruppe des Senders, wurde zum Stein des Anstoßes. Ca. 10 Sekunden war da von einem »house of boys« die Rede – zu viel für die Kontrolletis der Landesbehörde, die prompt »verbotene Werbung für Prostitution« beanstandeten. Privatfunk in Bayern ist nämlich nach wie vor im Unterschied zu anderen Bundesländern eine Veranstaltung unter Programmaufsicht eines Medienrates, in dem reaktionäre Sittenwächter den Ton angeben.

Trotzdem hatte die Frankenmetropole seit fast 10 Jahren eine Frequenz, die sich wohltuend vom Dudelfunk der großen Verlagshäuser und v.a. des Branchentelefonbuchverlegers und Privatradiomultis Oschmann abhob: 1.800 Mitglieder der Rundfunkaktionsgemeinschaft demokratischer Initiativen und Organisationen (R.A.D.I.O. e.V.) ermöglichen seither neue Akzente. Linke Gegenöffentlichkeit und alternative Kultur finden in qualitativ anspruchsvollen Sendungen mit einem Wortanteil von über 40 %, neuen Klang- und Sendeformen ein eigenes Sprachrohr.

Werktäglich ab 16 Uhr wird mit der Musiksendung »Castrop Rauxel« und dem Magazin für Kultur und Politik »Stoffwechsel« sowie der 19 Uhr Sendeschiene »Musik auf Z« ein breiteres Publikum angesprochen. Die Abendstunden und ein Großteil des Wochendprogramms gehören den Zielgruppensendungen und Musikspartenprogrammen, die man bei den anderen Sendern vergeblich sucht. »Z-international« – unter diesem Titel sendet Radio Z ein schweizerisches, italienisches, spanisches, türkisches, kurdisches, griechisches und lateinamerikanisches Magazin. Einmal im Monat ist darüber hinaus »Trikont-Funk«.

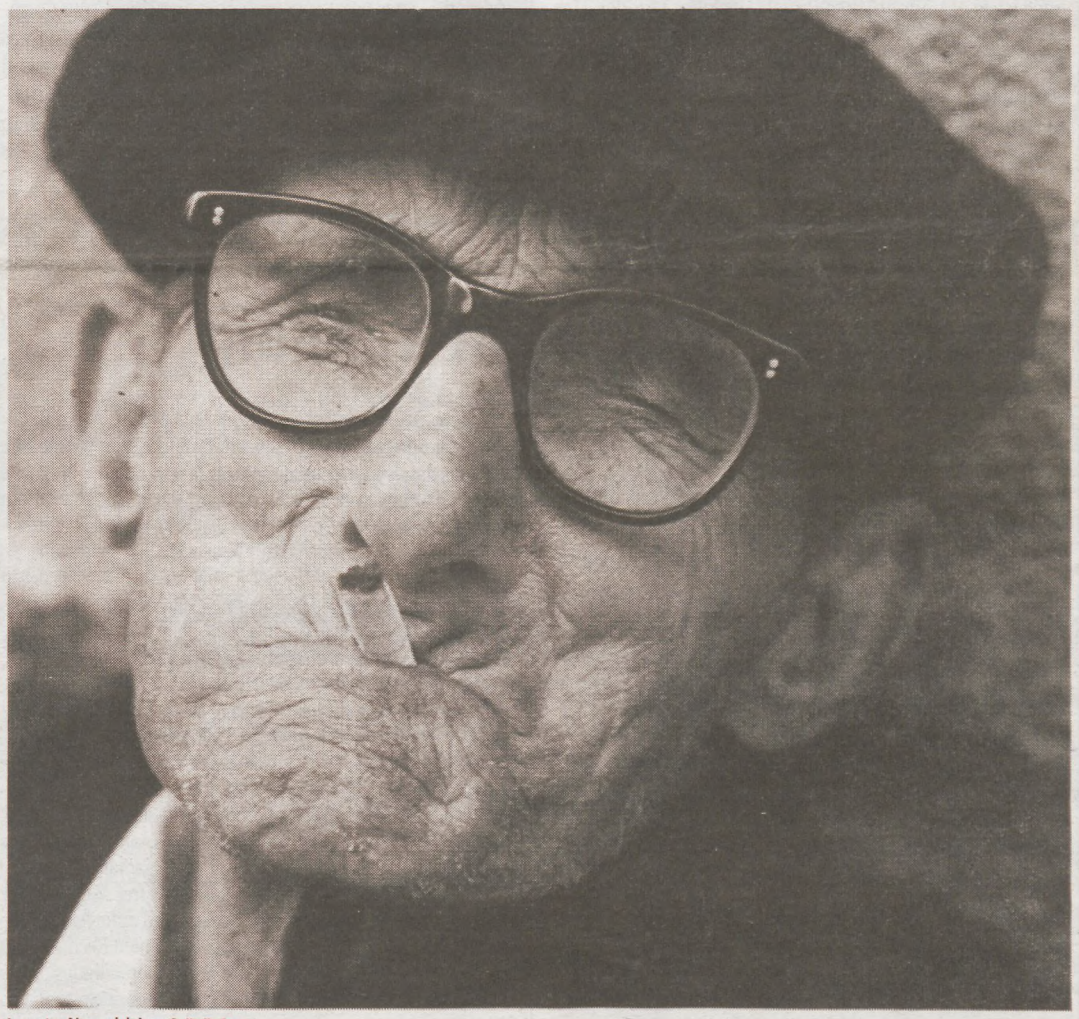
Zielgruppenprogramme sind weiterhin das Schwulenmagazin »Fliederfunk«, die Frauensendung »Quotenstunde« sowie das Jugendmagazin »Kesser Fratz/Schwarzfunk«, die Altenredaktion »Spätzünder« und das Punkprogramm »Störfunk«. Das hier entstehende Programm genießt bundesweit einen so guten Ruf, daß so mancher Ehemalige aus der Vergangenheit des Alternativradios inzwischen von den Headhuntern der großen Anstalten rekrutiert wurde.

Auch die Landesmedienzentrale konnte sich letztendlich bald nicht mehr dieser Einsicht verschließen, hat sie doch eigentlich den Auftrag, Programm- und Meinungsvielfalt zu fördern. Hierfür vergibt sie jährlich DM 3 Mio. öffentlicher Mittel als Programmförderung – ein Subventionskuchen, von dem Radio Z bislang die Krümel von DM 50.000,– abbekam.

Schon in der Vergangenheit hatte es aber auch immer wieder Querschüsse seitens konservativer Kirchen- und CSU-Kreise, die den Medienrat majorisieren, gegeben, wenn politisch oder »moralisch« Anstößiges am sauberen bayerischen Äther entdeckt wurde. Jetzt wurde die Förderung kurzerhand gestrichen: Erhofft wird, daß der unliebsame Sender mundtot gemacht werden kann.

In dieser Situation will CONTRASTE den Sender in seinem Bemühungen unterstützen, neue Mitglieder zu werden. Z braucht mindestens 800 mehr in seinem Trägerverein, damit in Bayern nicht nur schwarz gefunkt wird – ein Anliegen, das in unseren Augen bundesweite Relevanz hat. Werdet Mitglied bei Radio Z!●

Info unter 0911-4500644 (Spenden sind absetzbar)



Logo der Altenredaktion »Spätzünder«

3. SÜDDEUTSCHES TAUSCHRINGTREFFEN IN NÜRNBERG

Rasante Entwicklung

Am Samstag, 9. November 1996 trafen sich im Nürnberger Ökozentrum VertreterInnen von Tauschringen aus Süddeutschland zu einem Erfahrungsaustausch. Es ist das dritte Treffen seit Bestehen dieses Forums und auch das drittemal in diesem Jahr. Daran läßt sich auch die rasante Entwicklung dieser »sozialwirtschaftlichen« Bewegung erkennen, einer Bewegung, die sowohl sozial als auch wirtschaftlich neue Akzente setzt in Richtung einer nichtkapitalistischen Marktwirtschaft.

Von Heinrich Haußmann aus Nürnberg ● Eingeladen hatte der Nürnberger Tauschring »Gib & Nimm« alle fünfzig der bekannten Gruppen und Initiativen mit der Postleitzahl über 60000. Bundesweit existiert ein Verteiler mit 140 Adressen. 110 davon sind Tauschringe, Talentgruppen, Wissensbörsen oder ähnliches.

Angereist waren Vertreter von 17 bestehenden und in Gründung sich befindenden Tauschringen im Süddeutschen Raum, vorwiegend aus Baden-Württemberg, Bayern, aber auch Gruppen aus Hessen (Frankfurt, Kassel) und eine aus Thüringen (Erfurt).

Bestandteil des Treffens war auch eine Tauschringmesse, auf der die anwesenden Gruppen ihre Marktzeitungen, Listen und Prospekte bis hin zum Computerprogramm für die Tauschringverwaltung, zeigten. Nach der Begrüßung durch Heinrich Haußmann stellten die TeilnehmerInnen ihre lokale Arbeit im Plenum vor. Die dabei aufgeworfenen Fragen bildeten, zusammen mit den bei der Einladung formulierten Themen, die Schwerpunkte für die Arbeitsgruppen. Die Mittagspause nutzten die meisten für einen Besuch im Naturkostladen »Lotos« im Hause. Für Interessierte gab es einen Kurzspaziergang durch den Stadtteil Gostenhof, begleitet von der kundigen Soziologin Gerda Zeuss.

Einige Ergebnisse der Arbeitsgruppen:

Zur Struktur: Die Notwendigkeit, aber zuweilen auch die Schwierigkeit wird gesehen, die Organisationsform den verschiedenen Bedürfnissen anzupassen. Das heißt auch die Form permanent zu verändern. Bevor ein Tauschring beispielsweise von der Größe her unübersichtlich zu werden droht, ist zu prüfen, ob es besser ist, ihn in mehrere kooperierende Teilgruppen aufzugliedern. Eine Vereinsform ist nicht zwingend notwendig.

Zur Vernetzung: Es besteht ein Bedarf nach Vernetzung, nicht aber nach einem bundeszentralen Verband. Innerhalb dieses Netzes werden sich einzelne Gruppen durchaus auf Sachgebiete spezialisieren, die von anderen in Anspruch genommen werden können. Mailbox und Webseiten werden dabei künftig als zusätzliche Hilfsmittel dienen. Nahezu in jedem Tauschring dürfte ein Mitglied dabei sein, das damit umzugehen weiß. Eine Faxabrufliste mit den aktuellen Adressen der Tauschringe existiert bereits unter der Nummer (0 60 32) 9108-2920.

Von der praktischen Seite aus ist ein Übernachtungsangebot von TauschringteilnehmerInnen in einer anderen Stadt mit Verrechnungsmöglichkeit eine interessante Lösung. Vor allem für Leute mit schmalem Geldbeutel dafür mit Interesse an der Sache.

Zum Thema Nachbarschaftshilfe und gewerbliche Anbieter erscheint es wichtig, vertragliche Verkehrsformen zu entwickeln, welche Unsicherheiten beseitigt, ohne dabei die Tauschringkinder mit dem Bade auszuschütten. Im Ausland gibt es viele Beispiele dazu.

Das nächste Treffen auf Bundesebene findet vom 25. bis 27.4.1997 in Kassel statt. Zu einem nächsten Treffen süddeutscher Gruppen wird von Stuttgart aus eingeladen. Daneben wird der fachliche Austausch vorangetrieben.●

TURMBESETZUNG IN GORLEBEN:

Wer sich nicht fügen will, muß zahlen?

Wegen einer Bohrturmbesetzung am Erkundungsbergwerk für ein atomares Endlager in Gorleben erhielten vierzehn BesetzerInnen eine Schadensersatzklage durch die Bundesrepublik Deutschland, weil für 24 Stunden die Arbeiten behindert worden sein sollen. Die Besetzungsaktion fand am 21. und 22. Juni 1990 statt und war zeitgleich zur Machtübernahme von Rot/Grün in Hannover, die in ihrer Regierungserklärung ebenfalls bekundet hatten, ein mögliches Endlager Gorleben zu kippen.

Von Helmuth Jacob aus dem Wendland ● Eigentlich wäre alles »normal« verlaufen: Eine der bestbewachtesten Baustellen der BRD mit vier Meter hohen Mauern, Zäunen und Wachschutz wird in einer Blitzaktion mit zusammengebastelten Holzleitern und einer Portion Entschlossenheit besetzt, Transparente ausgerollt und nach 24 Stunden wieder verlassen. Etwas Öffentlichkeit ist da, Funk/Fernsehen, und damit wird über die Nachrichten bekundet, daß solche Symbole wirtschaftlicher Interessen, beim »Volk« Widerstand hervorrufen. Danach erfolgt die übliche Polizeirepression: ED-Behandlung, Ermittlungen wegen Straftatbeständen etc.. Die Strafverfahren werden vor dem Amtsgericht in Dannenberg 1992/93 eingestellt. Doch dann bekamen wir BesetzerInnen im Juni 93 kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche, Mahnbescheide zugestellt. Die BRD fordert von uns Schadensersatz für Stillstandskosten in Höhe von 126.901,10 DM.

Juristisch werden bei dem Verfahren eine ganze Menge Fragen aufgewogen, die den Prozeßverlauf bestimmen. Handelt es sich bei den »Erkundungsarbeiten« um eine Privatveranstaltung einer Interessensgemeinschaft oder ist es ein öffentliches Projekt, welches von der Thematik her automatisch als »notwendiger Aufwand« Widerstand hervorruft, eben auch Besetzungen mit Stillstandskosten. An dieser Stelle geht es allgemein um das Demonstrationsrecht. Dieses ist nicht immer a priori eindeutig, wie dasBundesverfassungsgerichtsurteil zu Sitzblockaden zeigt. Manchmal ergibt sich erst höchstinstanzlich, was Recht ist. Da die Ernsthaftigkeit der Erkundungsarbeiten angezweifelt werden muß, stellt sich die Frage, wo denn ein Schaden bei »Stillstand« liegen könnte, es müßte doch ein »Gewinn« sein. In einem Vertragswirrwarr von Eigentum, Verpachtung und Beauftragung von Firmen ist es schwer zu erkennen, daß der BRD ein Schaden entstanden sein kann. Wenn Schaden, dann bei anderen – aber dazu müssen deren Verträge untereinander durchleuchtet werden. Selbst bei der Definition des Schadens wird eine Tagespauschale angesetzt, obwohl die Besetzung der Schachttürme längst nicht alle Arbeiten am Erkundungsbergwerk stillegen konnte. Und so gibt es weitere größere und kleinere Ungereimtheiten bis hin zu der unlogischen Geschichte, daß die BRD den ausführenden Firmen die MwSt. bezahlt, sie von diesen zurück erhält und von uns noch einmal fordert.

Besetzung der Fördertürme im Juni 1990

Nachdem uns im Juni 93 die Mahnbescheide zugestellt wurden, war klar, daß wir die knapp 130.000DM weder bezahlen wollen, noch können. Klar war auch, daß wir keinem Handel zustimmen wollen, um die Summe zu minimieren. Und klar war auch, daß wir juristische Hilfe benötigen. Wir legten beim Landgericht Lüneburg Widerspruch ein und so begann das Verfahren. Durch Veranstaltungen, Spenden und Solidarität vieler Menschen bekamen wir die Kosten für diese Instanz zusammen. Parallel bedeutete es aber auch viel Arbeit, weil wir die Hintergründe verstehen müssen, um den juristischen Widerstand gegen die Schadensersatzansprüche zu untermauern. Dabei haben wir uns mit den Verträgen, laufenden Verfahren und der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des »Erkundungsbergwerks« auseinandersetzen müssen. Wir wurden am 3. Mai 1995 vom Landgericht Lüneburg dazu verurteilt, die volle Summe von 126.901,10 DM plus Zinsen an die Bundesrepublik Deutschland zu zahlen. Dagegen haben wir beim Oberlandesgericht Celle Berufung eingelegt. Für uns hat dieses Vorgehen des Staates, Widerstand durch Schadensersatzklagen mundtot zu machen, eine so große persönliche und politische Bedeutung, daß wir gegebenenfalls auch den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht anrufen werden. Die Chancen auf einen gerichtlichen Erfolg sind auch vor dem Oberlandesgericht Celle vorhanden. In der Regel findet die politische Dimension einer solchen Streitfrage jedoch erst an höherer Stelle Gehör. Die Berufungsverhandlung beim 4. Zivilsenatdes OLG Celle findet voraussichtlich Ende Januar/Anfang Februar statt.

Aus der prozeßbedingten Beschäftigung mit den Themen Atommüll, Atomfilz und den juristischen Begleiterscheinungen ist die Idee entstanden, ein Buch zu veröffentlichen. Im Oktober 1996 erschien es im Eigenverlag: »Leben im Atomstaat« (siehe Anzeige). Wir hatten unter anderem folgende Gründe, dieses Buch zu schreiben: Erstens ist es an der Zeit, aktuelle Informationen zu genannten Themen in Buchform zu veröffentlichen, da seit geraumer Zeit wenig Neues dazu erschienen ist. Zweitens, wollen wir innerhalb des Prozesses eine offensive Position einnehmen. Egal, mit welchem Urteil der Prozeß endet, in jedem Fall ist aus der Auseinandersetzung mit dem Prozeß dieses Buch hervorgegangen. Damit ist der Versuch, Atomkraftgegnerlnnen durch politische Prozesse einzuschüchtern, nicht aufgegangen.●

**»Sie versuchen einen neuen Knüppel, um Widerstand zu zerschlagen.
Sorgen wir dafür, daß er zwischen ihren eigenen Beinen landet.«**

Spenden für Prozeßkosten:
Klagefonds Kto-Nr. 1223094400, BLZ 258 634 89, Volksbank Wendland

GORLEBENER TURMBESETZERINNEN

Leben im Atomstaat

- Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker -

Die Auseinandersetzungen mit Schadensersatzforderungen der BRD gegen 14 AtomkraftgegnerInnen anläßlich einer Besetzung der Endlagerbohrtürme in Gorleben 1990 hat dieses Buch hervorgebracht. Herausgegeben von den TurmbesetzerInnen, geschrieben von Autorinnen, die aus ihrer Verankerung im Widerstand dazu beitragen, in den Leserinnen eine Ahnung zu erwecken vom Leben im Atomstaat.

310 Seiten, DIN A 5, erschienen Oktober 1996, Preis 20 DM
1. Auflage: 3.000, ISBN 3-928117-06-8
Herausgeberin und Bestelladresse:
TurmbesetzerInnen, c/o Rondel, 29439 Lüchow, Fax: 05849-378

NEUES ÜBER UND VON MUMIA ABU-JAMAL:

Ehrenbürger der Stadt Venedig

Venedig hat am 18. Oktober Mumia Abu-Jamal zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Abu-Jamal ist afroamerikanischer Journalist, Ex-Mitglied der Black Panther und von MOVE. Seit 1982 sitzt er im Gefängnis und wurde in einem Schauprozeß wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt, obwohl schon damals seine Schuld mehr als unwahrscheinlich war und die Staatsanwaltschaft nur durch eingeschüchterte »ZeugInnen« ihr Gesicht wahren konnte.
Zusätzlich dokumentieren wir einen Dankesbrief von Mumia an alle UnterstützerInnen und den aktuellen Spendenaufruf

Die Ehrenbürgerschaft wurde vom Stadtdirektor Emilio Rosini an Ramona Afrika als Repräsentantin für MOVE übergeben. Zur Erinnerung: Ramona Afrika ist eines der beiden MOVE-Mitglieder, die die Bombardierung eines MOVE-Hauses durch die US-Regierung überlebt hat, bei der neun Menschen getötet und ein ganzer Stadtteil mit sechzig Häusern in Schutt und Asche gelegt wurde, ohne den im Haus Anwesenden die Chance zu lassen, sich zu ergeben.

Rosini betonte, daß Venedig mit dieser Initiative »ihren Protest ausdrücken will gegen die Todesstrafe, die unmoralisch, nutzlos und schändlich ist«. Der Stadtdirektor erinnerte außerdem daran, daß die Abschaffung der Todesstrafe, »die erste Demonstration der Vereinigung Italiens war und gerade damit die Regierung der neu gebildeten Republik ihre Verfassungsmäßigkeit ausgedrückt hat. Die Abschaffung der Todesstrafe als Ausdruck von Weisheit und Vernunft hat, so Rosini, »einige Leben gerettet, aber sich noch nicht weltweit als Prinzip etabliert. Daher wird Italien weiter für dieses Ziel eintreten.« Ramona Afrika betonte die Wichtigkeit der Botschaft an die USA, »daß es Länder gibt, die den Mord durch den Staat nicht unterstützen.«●

Aus: Göttinger Drucksache, Nov. '96

BRIEF AUS DEM TODESTRAKT

Liebe Brüder, Schwestern, FreundInnen und UnterstützerInnen, Ona Move!

Während wir die aktuelle Phase des Widerstandes beginnen, werde ich durch die Umstände gezwungen, Euch folgendes zu schreiben:

Unsere Bewegung ist gewachsen und wächst weiterhin – mal mehr und mal weniger schnell. Dadurch säen wir die Idee des Widerstands immer breiter. Darin drückt sich vor allem die harte und aufopfernde Arbeit von vielen guten Leuten aus, von denen viele gerade diesen Brief lesen werden. Ihr macht gute Arbeit! Und ich möchte mich dafür bei Euch allen bedanken!

Es war und ist kein einfacher Kampf angesichts eines derart hinterlistigen Gegners: Viele Menschen von Vermont bis Minnesota, von Philly bis Frisco wurden von der Polizei geschlagen und verhaftet! Einige von uns haben hautnah erfahren, wie dieses »Gesetz« der Ungerechtigkeit funktioniert; der Angriff des Systems auf die sogenannten »freien« Menschen, auf die Menschen außerhalb der Knastmauern, die einfach nur wagten, die Wahrheit zu sagen. Die Schlußfolgerung daraus liegt auf der Hand: Wenn Du für Deine Rechte kämpfen mußt, dafür geschlagen wirst, man Dich anlügt und Dich juristisch auflaufen läßt, wenn Du auf diese Rechte bestehst, dann kann das alles hier nicht ganz so frei sein, oder? Aber war es das jemals ?

Auch meine Anwälte sind alles andere als frei. Wir sind sehr glücklich darüber, daß uns ein so fähiges und aufopferndes Anwaltsteam zur Seite steht, das von dem brillianten Rechtsanwalt Len Weinglass angeführt wird, der meine Verteidigung übernahm, als diese Bewegung nicht einmal einen kleinen Raum füllen konnte.

Len und Co. haben hart und mit geringen Ressourcen gegen diesen Staat gekämpft. Die Spendenkampagne für den juristischen Teil der Kampagne wurde und wird vor allem von »International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal« (durch den Black United Fund) und dem »Committee to Save Mumia Abu-Jamal« (durch die Bill of Rights Foundation, New York City) durchgeführt. Die Spendenkampagne hat bis jetzt dafür gesorgt, daß unseren AnwältInnen die notwendigen Mittel zur Verfügung standen, um Privatermittler zu bezahlen, ZeugInnen aufzufinden und vorzuladen und um Sachverständige bezahlen zu können. Kurz gesagt: Die Spenden haben es ermöglicht, überhaupt vor Gericht auftreten zu können. Dabei handelt es sich um eine Justiz, die uns mit einer unglaublichen Feindseligkeit und grenzenloser Boshaftigkeit begegnet. Die Juristenzeitschrift »American Lawyer« schrieb über das Verhalten des Gerichts während unserer letzten Anhörung für das Wiederaufnahmeverfahren: »Richter Sabo glänzte durch Befangenheit, triefte von Parteilichkeit für die Staatsanwaltschaft und versuchte unverhohlen, Rechtsanwalt Weinglass zu schikanieren, dessen Verhalten im Gerichtssaal so korrekt war, wie das von Richter Sabo unkorrekt war.«

Wir sind alle Teil eines gemeinsamen Kampfes! Es gibt viele, die mit ihren Füßen, ihren Schreibwerkzeugen oder mit der Sprühdose kämpften – einige haben durch ihre Gebete gekämpft - und alle sind wichtig und wertvoll in diesem Kampf. Meine Familie, meine FreundInnen und ich selbst schätzen jeden einzelnen und jede einzelne von Euch sehr. Ich danke Euch allen. Allen, die geholfen haben (und allen, die helfen wollen), die gerichtliche Auseinandersetzung überhaupt möglich zu machen, herzlichen Dank für Eure Spenden !!!●

Aus dem Todestrakt, Mumia Abu-Jamal, 3. Oktober 1996

SPENDENAUFRUF:

Auf eine bis drei Millionen US-Dollar belaufen sich die Kosten zum Erreichen für ein Wiederaufnahmeverfahren in den USA. Je länger die Verurteilung zurückliegt – und bei Mumia sind es mittlerweile 14 Jahre – desto teurer wird es, ZeugInnen zu finden, Gutachten zu bezahlen usw. Viele Menschen in den USA und in anderen Ländern haben mittlerweile Geld für das Wiederaufnahmeverfahren gespendet – und doch ist es nur ein Bruchteil dessen, was normalerweise veranschlagt würde. Bis jetzt haben die Spenden die Kosten der Verteidigung und Ermittlungen knapp gedeckt, denn »kurz vor dem Hinrichtungstermin haben viele Menschen gespendet,« so Len Weinglass, einer der Anwälte. »Aber seit der Aussetzung des Hinrichtungsbefehls sind die Spenden dramatisch zurückgegangen. Dabei benötigen wir gerade jetzt dringend Geld, um die Suche nach weiteren ZeugInnen fortsetzen zu können. Für Mumia Abu Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod.●

Spendenkonto:
Sonderkonto Mumia Abu Jamal, Archiv '92, Kto-Nr.: 1008738701, BLZ 290 101 11, BfG Bremen

ZUM ERSTEN MAL IN OSTDEUTSCHLAND:

Gerichtsverhandlung wegen Verweigerung von Steuern für Militär und Rüstung

Es gibt Menschen, die aus Gewissensgründen den Militärdienst (in der Sprache des Grundgesetzes heißt dieser Dienst ehrlicherweise »Kriegsdienst«) verweigern. Das darf man in unserem Staat. Es gibt dafür rechtliche Grundlagen (Grundgesetz Art. 4,4) und einen Ersatzdienst, den Zivildienst.

Es gibt auch Menschen, denen das Gewissen schlägt angesichts der Tatsache, daß der Staat von allen Steuereinnahmen aller BürgerInnen Beträge zwischen 15 und 25% in Militär und Rüstung steckt. Kann man dagegen auch etwas tun?

Eines Tages wird es in Deutschland ein Steuerrecht geben, das die Möglichkeit einräumt, aus Gewissensgründen die Zahlung von Steuern für Militär und Rüstung zu verweigern. Dem Ziel, auf ein solches Steuerrecht hinzuarbeiten, haben sich die Mitglieder der »Ökumenischen Aktion Steuern zu Pflugscharen« verschrieben. Sie erheben Einspruch gegen die Festsetzung ihrer Lohn- und Einkommensteuer, die, wie gesagt, den Steueranteil für den Einzelplan 14 des Bundeshaushalts (»Verteidigung«) beinhaltet. Daß dieser Einspruch bis heute in der Regel abgewiesen wird, stört sie zunächst nicht. Sie sind überzeugt: Steter Tropfen höhlt den Stein. So war es ja auch bei der Geschichte der Waffendienst-Verweigenung: Erst hat man die Verweigerer »Drückeberger« genannt – heute braucht die Gesellschaft die »Zivis« in vielen Bereichen. Und insgesamt haben die Bundeswehr und die Militärpolitik in unserer Gesellschaft zunehmend weniger Rückhalt. So wird es eines Tages eine Rechtsform für die Verweigerung von Militärsteuern geben; viele werden sie nutzen und die betreffenden Steueranteile z.B. für Rüstungskonversion, für ökologische Forschungen und Projekte oder für einen Zivilen Friedensdienst einsetzen.Bisher kann man gegen das geltende Steuerrecht und die zwangsweise Heranziehung zur Zahlung von Militärsteuer »nur« protestieren, sich darüber beklagen oder auch auf juristischem Weg dagegen klagen. Dies aber ist immerhin möglich.

Zwei Rüstungsgegner, das Erfurter Ehepaar Gerlinde und Martin Rambow, ziehen jetzt vor Gericht mit einer Klage gegen das Finanzamt Erfurt. Gegenstand des Gerichtsverfahrens ist die Festsetzung der Einkommensteuer 1994, gegen die die Kläger sich aus Gewissensgründen zur Wehr setzen. Soweit bekannt, ist dies in Ostdeutschland der erste Fall einer gerichtlichen Klage. In den Altbundesländern, wo es die »Ökumenische Aktion Steuern zu Pflugscharen« seit über 10 Jahren gibt, sind Militärsteuerverweigerer schon mehrere Male diesen Weg gegangen, bis hin zum Bundesfinanzhof. Der Gerichtstermin Ehepaar Rambow gegen Finanzamt Erfurt war am Donnerstag, den 21. November, beim Thüringer Finanzgericht in Gotha. Die Klage wurde (erwartungsgemäß) abgewiesen, das Ehepaar Rambow hatte sich bei Redaktionsschluß noch nicht entschieden, ob es in Revision geht.●

Günther Lott

Info:
G. und M. Rambow, Puschkinstr. llA, D-99084 Erfurt
☎ (03 61) 646 36 37 und
Günther Lott, Hauptstr. 1a, D-69231 Rauenberg
☎(0 62 22) 6 27 41, Fax 6 27 02

BUCHVORSTELLUNG:

Tanz aus der Wohnhaft – Leben in Bauwägen

Das Buch hat sogar schon eine Geschichte – die des nicht Erscheinens, obwohl alle so gewartet haben und so viele Leute (danke, danke!) mitgeholfen haben. Also mußte die Fotoausstellung, bei welcher das Buch präsentiert werden sollte, ohne selbiges stattfinden – an erster Adresse übrigens, im Fürstenberghaus am Domplatz in Münster. Das war im Mai '96, aber jetzt ist es fertig. Von den 112 Seiten des Buches sind 56 ganzseitige Fotos, und der leidende Buchbinder möchte noch hinzufügen, wie extrem viel Handarbeit dadrin steckt: fünffarbiger Frontispiz auf 500-Gramm Graukarton, farbiger Rückenleinen, eingefalzte doppelte Vorsatzblätter, Gaze und gute Leimung sowieso.

Inzwischen gibt es in Deutschland nicht nur auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik und Berlin, sondern auch in der ehemaligen DDR Bauwagendörfer oder Wagenburgen. Ob zu dritt oder zu 60, in fast jeder größeren Stadt und vereinzelt auf dem Lande wohnen und leben Menschen in ausgebauten Bauwagen, Lastern, Wohnmobilen oder Wohnwagen zusammen. Zwischen Rostock und München, Köln und Dresden wurden in den letzten fünf Jahren an die siebzig dieser Wohn- und Lebensgemeinschaften gegründet. Vornehmlich in den Peripherien der Städte fielen diese Siedlungen kaum ins Auge. Die Medien nahmen sich des Themas an und beschrieben die Wagendörfler als soziale Aussteiger oder Absteiger, die Wagensiedlungen als Slums oder eine schlechte Antwort auf die Wohnungsnot. Seltener hieß es, daß hier eine Protestform manifest geworden ist, daß es hier um ein Experiment alternativen Lebens und um einen Versuch der Selbsthilfe politisch Entmündigter geht.

Wer also sind ihre Bewohner und aus welchen Gründen wählen sie ein Leben, das sich so von dem »normalen« unterscheidet? Am Beispiel des Ballungsraumes im Rhein-Main-Gebiet wird auf diese Fragen eingegangen. Die Form des Zusammenlebens erinnert an die Widerstandsdörfer der 70er und 80er, u.a. in den Auseinandersetzungen an der Startbahn West, in Gorleben und Wakkersdorf. Die politische Stoßrichtung findet sich schon im Häuserkampf der 80er: gegen Mietwucher, für selbstbestimmte Räume, für bezahlbare Wohnungen und kollektive Wohn- und Lebensgemeinschaften.

Die rigorose Politik gegen Neubesetzungen leerstehender Häuser und verstärkte Räumungen änderte weder etwas an der Problemstellung, noch wurde auf die Situation der vertriebenen Menschen eingegangen. Alles Sichtbare, was an den Widerstand gegen die Wohnungspolitik erinnerte, wurde aus den Zentren gebannt und kam auf den Wagenplätzen an der Peripherie der Städte wieder zum Vorschein. Hier drohten die Behörden mit dem Baugesetz und wieder mit der Räumung. Die Dörfer mußten nachgeben, spannten ein und zogen um. Viele Wagenburgen wechselten so öfters ihren Platz, lange Zeit schoben die Behörden die Fragen vor sich her – und die Wagendörfer herum. Schließlich wurde 1995 zum ersten Mal geräumt (Köln, Berlin...) und in Hessen wird ein Gesetz gegen die Zersiedlung herangezogen, um Bauwagendörfer wegzubekommen. Die Bewohner unliebsamer Siedlungen werden kriminalisiert, denn nach dem Baurecht sind derartige Bebauungen illegal. Nur wenige Gemeinden haben sich entschlossen, nach politischen Wegen und Lösungen zu suchen. So betreibt Tübingen eine vorsichtige Legalisierung über ein »Projekt für alternatives Wohnen«.

Die im Buch von Klaus Bischoff und Georg Knoll beschriebenen Wagensiedlungen sind mehr oder weniger alle aus Wohnungsnot heraus entstanden. Die Texte zeigen aber, daß es bei ihren Bewohnern um mehr geht, als

Fotos aus: Tanz aus der Wohnhaft – Leben in Bauwägen

nur ein Dach über dem Kopf zu haben. In den ausrangierten und renovierten Bau- und Wohnwägen haben sich seit etwa fünf Jahren Gemeinschaften gebildet, die als Alternativen zu üblichen Wohn- und Mietverhältnissen erfahren werden. Fehlende Wasser-und Stromversorgung erfordern Genügsamkeit und Improvisationstalent, Unbequemlichkeiten und Einschränkungen werden in Kauf genommen. Es zählt für die Bewohnerinnen und Bewohner der Wagenburgen offenbar mehr, daß sie über ihren Wohn- und Lebensraum gestalterisch verfügen können. Durch das Streben nach individuellem Stil und Selbstfindung und dem nach einer Gemeinschaft wird Identität geschaffen.

In einem der Interviews geht ein Befragter auf die experimentelle Qualität dieser Projekte ein. »Ich sehe das Bauwagenleben als ein Experiment und insbesondere dann, wenn's noch irgendwie mit gemeinsamen Vorstellungen verkoppelt ist. (...) Was die gemeinschaftlichen Strukturen am Platz angeht, so sind das eben auch alles nur Versuche. Versuche, die Einzelinteressen offen zu formulieren und womöglich daraus experimentell gemeinsame Interessen herauszufinden, vielleicht auch anzugehen. Und umgekehrt, daß die gemeinsamen Interessen, die sich formulieren, wieder zurückgehen auf die Einzelinteressen. Daß dadurch ein anregendes Moment entsteht, für jeden, daß jeder praktisch sich auch individuell weiterbringen kann, gleichzeitig auch das Gemeinsame nach vorne trägt. (...) Für mich hört die Perspektive nicht auf, wenn dieser Bauwagenplatz geräumt wird, sondern wir versuchen halt, vielleicht in einem etwas kleineren Kreis, weiter was zu machen. Wir werden uns was Neues einfallen lassen, ein neues Experiment. Wie das aussehen wird, wissen wir nicht, aber es wird irgendwas sein.«

Bieten diese Formen aber auch längerfristige Perspektiven für den Einzelnen und übertragbare Lösungsmöglichkeiten für die Gesellschaft? Wo ist die Gemeinschaft, die als gravierendes Gegenmodell zu einer Ellenbogen- und Konsumgesellschaft, die den Einzelnen zermürbt, erfahren wird? Es sind wohl gerade die Schwierigkeiten im Inneren, die aus dem Zusammenleben mit anderen entstehen, und die Probleme, die von Außen an diese jungen Gemeinschaften herangetragen werden, die ein Zusammengehörigkeitsgefühl hervorbringen. Anfeindungen und Stigmatisierungen, Kriminalisierung und Unverständnis lassen die einzelnen Individuen zusammenwachsen. Die gemeinsame Erfahrung von Konfrontation und kollektiven Lösungsversuchen schweißt zusammen, schärft und schleift gemeinsame Lebenswelten. »Erfolg« ist deshalb kaum der richtige Begriff, um die gesellschaftliche Bedeutung dieser Projekte zu beurteilen. Was experimentell an die Grenze des Herkömmlichen stößt und dadurch die »Normalität« des im bürgerlichen Alltag Akzeptierten überschreitet, wird gerade durch die Verknüpfung des politischen Neuverständnisses mit der Integrität von Lebenswegen und Selbstfindung interessant.●

Herrmann Cropp

Das Buch (»Leben in Bauwägen« 112 Seiten A4 quer) gibt's im nächsten alternativen Buchladen oder direkt beim Packpapier Verlag, Postfach 1811, 49008 Osnabrück für 19,50 zzgl. 3,– Rückporto per Scheck oder Briefmarken.

Anzeige

BAG WOHNUNGSLOSENHILFE VERÖFFENTLICHT NEUE SCHÄTZUNG

Fast eine Million Wohnungslose

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe schätzt die Zahl der Wohnungslosen in den alten und neuen Bundesländern für das Jahr 1996 auf ca. 930.000. Da die Bundesregierung es bislang versäumt habe, eine gesetzliche Wohnungsnotfallstatistik einzuführen, so der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft, Martin Berthold, könne die Dimension nur geschätzt werden. Nachfolgend die Pressemitteilung der BAG.

Danach gibt es ca. 100.000 wohnungslose Familien mit Kindern, Paare, Alleinerziehende, also insgesamt ca. 397.000 Personen in Mehrpersonenhaushalten, 197.000 wohnungslose Einpersonenhaushalte sowie 336.000 wohnungslose Aussiedler in Aussiedlerunterkünften. Es muß damit gerechnet werden, daß sich unter den gut 590.000 wohnungslosen Personen in Ein- und Mehrpersonenhaushalten (ohne Aussiedler) ca. 190.000 Kinder und Jugendliche befinden sowie ca. 160.000 Frauen. Relativ zuverlässige Angaben zum Frauenanteil an den Wohnungslosen lassen sich aber nur für die Teilgruppe der 197.000 wohnungslosen Einpersonenhaushalte machen. Nach einer BAG eigenen Statistik liegt der Frauenanteil in dieser Gruppe bei ca. 20%, dies entspricht 35.000 bis 40.000 Frauen.

Für die ostdeutschen Bundesländer schätzt die BAG ca. 53.000 Wohnungslose (ohne wohnungslose Aussiedler). Allerdings ist eine Aussage über die soziale Zusammensetzung in den neuen Bundesländern aufgrund der fehlenden Datenbasis nicht möglich.

Stagnation der Wohnungslosenzahlen im Westen, Anstieg im Osten

Stagnation der Zahl der Wohnungslosen in den westlichen Bundesländern auf hohem Vorjahresniveau, weiterer Anstieg in den östlichen Bundesländern, so läßt sich eine der Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zusammenfassen. Die Stagnation in den westlichen Bundesländern ist nach Einschätzung der BAG Wohnungslosenhilfe vor allem auf die großen Anstrengungen von Kommunen und freien Trägern bei der Verhinderung von Wohnungsverlusten zurückzuführen. So haben freie Träger in der Wohnungslosenhilfe ihr ambulantes Beratungsangebot ausgebaut und zahlreiche Kommunen durch Mietschuldenübernahme den Wohnungsverlust verhindern können. Dazu kommen regionale Besonderheiten wie vertragliche Regelungen zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft oder freigewordene Wohnungskontingente durch den Abzug alliierter Truppen. Besonders besorgniserregend ist die Lage in den östlichen Bundesländern. Die wichtigsten Gründe für den 20%igen Anstieg der Wohnungslosenzahlen dort sieht die BAG Wohnungslosenhilfe im Vollzug der in den letzten Jahren angestauten Räumungsklagen sowie in dem noch lückenhaften Präventionssystem.

Hohe Sockelwohnungslosigkeit

Da die allgemeinen sozial- und wohnungspolitischen Indikatoren unverändert negativ sind, ist nicht damit zu rechnen, daß die hohe Sockelwohnungslosigkeit im Westen schnell abgebaut werden wird. Zu diesen Indikatoren gehören u.a. die Arbeitslosenrate, die Zahl der SozialhilfebezieherInnen, das Auslaufen der Bindungen im sozialen Wohnungsbau sowie die weitere Zunahme von Einpersonenhaushalten.

Zunahme der wohnungslosen Einpersonenhaushalte

Während die Zahl der Wohnungslosen in Mehrpersonenhaushalten nach vorwiegender BAG-Schätzung offenbar wegen der Anstrengungen der Kommunen in der Prävention leicht zurückgeht (-0,6% gegenüber dem Vorjahr), steigt der Anteil der wohnungslosen Einpersonenhaushalte um 7% gegenüber dem Vorjahr und liegt jetzt bei knapp 197.000.

35.000 Menschen ohne jede Unterkunft auf der Straße

Während Mehrpersonenhaushalte nach dem Wohnungsverlust in der Regel mit Notunterkünften versorgt werden, gilt dies nur bedingt für Einpersonenhaushalte. Sie werden nach wie vor zum großen Teil auf die Übernachtungsasyle oder sozialen Einrichtungen verwiesen, sich selbst überlassen oder gar abgeschoben. Von den 197.000 wohnungslosen Einpersonenhaushalten sind zwischen ca. 15 bis 20%, d.h. ca. 35.000 Personen ohne jede Unterkunft und leben auf der Straße, darunter 3.000 bis 4.000 Frauen. Im Winter 1995/96 sind mindestens 25 dieser Männer und Frauen auf der Straße erfroren.●

JUGENDUMWELTBEWEGUNG:

JugendUmwelt

Wege und Werte

Wege und Werte der Jugendumweltbewegung sind nicht auf sie allein beschränkt, sondern haben alters- und strukturenübergreifende Bedeutung. Um Handlungs- und Engagementformen der Jugendumweltbewegung allerdings auf andere Zusammenhänge, Handlungsfelder etc. übertragen zu können, ist es wichtig, nicht die nur die äußeren Erscheinungsformen wie konkrete Aktionen oder Projekte zu betrachten. Es gilt darüber hinaus nachzuforschen wo, zugrundeliegenden Quellen, wo tieferreichende Wurzel zu finden sind. Hierzu soll dieser Artikel von Armin Torbecke ein Beitrag sein.

Foto: Lars Knöpke

Zu Begriffs»definition« und Ausformung der »Jugendumweltbewegung«

Der Begriff »Jugendumweltbewegung« ist laut Duden nicht definiert, was bereits ein Charakteristikum darstellt, welches u.a. impliziert, daß hier weder für andere gesprochen werden kann, noch soll. Seit nunmehr zehn Jahren gibt es in Jugendumweltverbänden, in Initiativen und sonstigen Gruppen verstärkt die Tendenz, auf der Basis themenorientierter Projekte und anderer offener, organisationsübergreifender Foren zusammenzuarbeiten und dabei Prinzipien selbstbestimmten Arbeitens und eines anderen Lebensstils mit hoher Priorität zu berücksichtigen (näheres dazu siehe unten). Damit geht einher eine mehr oder weniger starke Loslösung von althergebrachten Organisationsstrukturen. Hinter dieser Entwicklung steht zum einen die Einschätzung, daß es erforderlich ist, einer Politik, die zunehmend zentral und aufgesplittet nach Einzelressorts funktioniert, damit aber den Kompetenz beschneiden müßten – was dann aber zu oft nicht geschieht. Ein weiteres allgemein zu beobachtendes Symptom mangelnder Veränderungsfähigkeit ist das geringe Bemühen um Beteiligung junger Menschen an verantwortungsvollen Positionen. Dabei hat sich erwiesen, daß gerade Jugendliche sehr sensibel auf Zeittendenzen reagieren und schon immer zukunftsweisende Impulse gesetzt haben, gerade dann, wenn neue Wege gefragt waren. Die Intensität der hier sehr kurz angerissenen Analyse und die Art und Weise, wie mit ihr umgegangen wird, ist in den verschiedenen Facetten der Jugendumweltbewegung unterschiedlich.

Um einige dieser Facetten greifbarer zu machen, sollen im folgenden kurzgefaßt einige Beispiele aufgelistet werden:

Projektwerkstätten gibt es in über 25 Orten in Deutschland. Es sind offene, verbändeübergreifende Räume, um eigene Zukunftsideen und Projekte zu realisieren. Umweltradtouren, wie die von Bremen nach Rostock (1989), von Göttingen nach Halle gegen Autobahnplanungen oder die Dreiländer-Tour »Grenzenlos« (1994) mobilisieren auch viele fahrradbegeisterte »Nicht-Ökos«. Auch die Naturfreundejugend, die Wanderjugend und die Alpenvereinsjugend beschäftigen sich intensiv mit sanftem Tourismus. Die jährlich stattfindenden Landes- und Bundeskongresse, u.a. ausgehend von der BUNDjugend, der Naturschutzjugend und den Projektwerkstätten sind ein breites Austauschforum, 1997 z.B. mit dem Thema »Auf dezentralen Wegen, der Energiewende entgegen«..

Das Modell der Jugendaktion Natur- und Umweltschutz Niedersachsen (JANUN) wurde in anderen Bundesländern übernommen und weiterentwickelt: Jugendverbände und Initiativen arbeiten auf breiter Ebene zusammen. Beim Auftakt-Umweltfestival (10.000 Teilnehmende) wurde deutlich, daß bei vielen Menschen aktive Bereitschaft zu Veränderung vorhanden und eine breite Zusammenarbeit von Gruppen und Personen möglich ist. Kooperation mit vielen gesellschaftlichen Gruppen findet statt, so z.B. beim Thema »Mobilität ohne Auto« zwischen BUNDjugend und IG-Metall-Jugend. Als Beispiele für Kampagnen können genannt werden: Die Aktion »Total tote Dose«, organisiert von der SchülerInnenaktion Umwelt (SAU), die eine enorme Breitenwirkung an Schulen erreicht. Desweiteren die »Klimakampagne '95« zum Weltklimagipfel in Berlin mit Aktionen vor Ort und dem Gegengipfel im Frühjahr 95 parallel zur Umweltministerkonferenz, sowie »Mobil ohne Auto« (MOA) mit hunderten von Einzelaktivitäten am jährlichen Aktionstag. Die Aktion »Erlebter Frühling«, ausgehend von der Naturschutzjugend, wendet sich mit Naturerlebnistips und Fragebögen an Schulklassen. An regelmäßigen Publikationen gibt es den Taschenkalender »Jugend für Natur«, monatlich den »Bundesweiten Rundbrief«, jedes Jahr das »Aktionsheft Umwelt« mit Adressen, Terminen und Projekten, ca. 12 Regionalzeitungen und gezielt Aktionszeitungen zu speziellen Veranstaltungen (z.B. Hessentag). Eine stärkere Beteiligung an der CONTRASTE hat sich entwickelt. Das Eine-Welt-Jugendnetzwerk beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Rassismus und Welthandel. International gibt es jährlich das Camp Ökotopia, die European Youth For Aktion (EYFA), YEE und A SEED als weltweites Aktionsnetz. 1996 war die »Sustainable Europe Tour« mit einem Kunst- und Aktionsprogramm europaweit unterwegs. Das Netzwerk Anders Leben (ehemals Großraumkommune) ist Plattform zum Austausch über Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Zwängen zu begegnen. Gewaltfreier Widerstand im Zusammenhang mit der Jugendumweltbewegung findet u.a. in Hüttendörfern statt, so z.B. gegen die B31 oder 1992 gegen die Daimler-Benz-Teststrecke im Papenburger Moor. Eine starke Beteiligung erfolgt an den Anti-Castor-Aktivitäten im Wendland. Aus Engagement und Projektzusammenhängen sind dauerhafte Keimzellen für »Anders leben, anders arbeiten – Projekte« hervorgegangen, so z.B. in Verden, Freiburg, Saasen, Lübeck, Lüneburg und anderswo. Im Arbeitskreisen, z.B. dem AK Wirtschaft und Nachhaltigkeit, eingerichtet von der BUND- und Naturschutzjugend, wird fundierte inhaltliche Arbeit geleistet. Eine Beteiligung am Forum Umwelt und Entwicklung und am Deutschen Naturschutzring (DNR), sowie regelmäßige Jugendvernetzungstreffen sind entstanden. Im Bildungsbereich gibt es die Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung sowie Lager- und Seminarangebote auf Länderebene, u.a. im Kinderbereich von und für Kinder. Broschüren und andere Materialien werden vertrieben durch die Materialauswahl Umwelt (MAU) und verschiedene Jugendverbände.●

»Fahrradfahren statt Autobahn« (Radtour mit 1.500 Jugendlichen) Foto: Christian Coers

Problemen der heutigen Zeit in wesentlichen Bereichen ideenlos und z.T. hilflos gegenübersteht, positive Handlungsformen entgegenzustellen, die viele Menschen erreicht und es ihnen ermöglicht, entsprechend ihren Vorstellungen und aus ihrer Betroffenheit heraus zu agieren. Zum anderen wurde in verschiedenen Jugendbereichen wahrgenommen, daß es mit klassischen Verbandsstrukturen, die aus anderen zeitlichen Gegebenheiten und Anlässen heraus entstanden sind, alleine nur schwerlich möglich sein wird, den heutigen Anforderungen eines sehr grundsätzlichen Wandels gerecht zu werden.

Kaum jemand bestreitet heute die Notwendigkeit von Umwelt- und Naturschutz. Nach der erfolgreichen Kritik müssen nun die positiven Alternativen überzeugen. Aus einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit der bestehenden sozialen und ökologischen Situation, mit den bestehenden Machtverhältnissen und der gesellschaftlichen Lage ergeben sich Eckpfeiler eines erforderlichen gesellschaftspolitischen Wandels. Dazu gehören: Wege zu einem verträglicheren Lebensstil, Formen direkter Demokratie, Dezentralismus, Vernetzung mehr; es gilt, nicht nur einen inhaltlichen, sondern auch einen strukturellen Wandel auf allen Ebenen einzufordern. Oberste Priorität in der Arbeit gesellschaftspolitisch engagierter Organisationen muß es sein, diese Notwendigkeiten intern umzusetzen. Ohne dieses Bemühen um internen Wandel wird Veränderung letztlich keine Perspektiven haben und die Unglaubwürdigkeit des eigenen Handelns allen gut gemeinten Forderungen den Boden entziehen.

Die Herausforderungen sind zu großen Teilen erkannt. Leider jedoch sind auch in manchen Verbänden die vielfach traditionsbelasteten Strukturen einem schnellen, zunächst internen Wandel wenig zuträglich. Überall, und dies gilt besonders für die politische Ebene, wo es zu Gremienstaffelung größeren Ausmaßes kommt, besteht in Zeiten des Wandels schnell die Gefahr, daß Situationen auftreten, in denen sich Gremien selbst in ihrer

Grundlagen und Angelpunkte des Engagements

Einige grundlegende Ansätze aus dem Bereich der Jugendumweltbewegung, insbesonders wie politisch engagierte Arbeit mit individueller Persönlichkeitsentwicklung verbunden werden kann, sollen im folgenden aufgeführt werden. Es werden dabei Idealbilder vorgestellt, was nicht verdecken soll, daß in der konkreten Arbeit Anspruch und Wirklichkeit oft auseinanderklaffen. Die Auseinandersetzung mit diesem Spannungsfeld mag vielfach existenzbedrohlich für den Menschen dieser Gesellschaft sein. Sie ist aber auch Ausgangspunkt für das bemühen um Veränderung. Es ist der Mut, die Bereitschaft, sich die positive Utopie immer wieder vor Augen zu führen und in das Alltagsleben hineinzuholen – und damit unweigerlich immer aufs neue erfahren und bekennen zu müssen, wie sehr wir selbst (auch persönlich) am Anfang stehen.

Das Prinzip Spannungsbogen: Ausbruch aus Gewohntem wagen.

Das Prinzip Spannungsbogen zeigt: »Wenn Du aus Überzeugung etwas Außergewöhnliches tust, z.B. Aktionen gegen den Autobahnbau planst, in der Schule gegen den Verpackungsmüll und für Mehrweg eintrittst, ein Straßenfest mit ausländischen MitbürgerInnen planst oder ein Umweltfestival mitorganisierst, dann sind das alles Aktivitäten, bei denen Du (für Dich) Neuland betrittst. Dadurch treten unvermeidbar Risiken und Probleme auf, die Du nicht sofort lösen kannst (Woher soll das nötige Geld kommen? Werden genügend andere mitmachen? ...) Dadurch entsteht Spannung. Aber wenn Du auf Deine Ideale und Dein Gefühl vertraust und Du den Mut hast, es zu versuchen und dann auch schließlich etwas erreichst, kann das ein wichtiges und unvergeßliches, oft auch sehr persönliches Erlebnis sein. Das macht Mut. Vielleicht den Mut, den wir brauchen, um auch weiterhin im Leben Grenzen zu überwinden, statt den weitgehend vorgeplanten Lebensweg von der Schule bis zur Rente anzutreten.« Ganz andere Formen der Arbeit und des Zusammenlebens der Menschen gilt es zu praktizieren. Das ist eine Aufgabe, die noch viele »Mauerdurchbrüche« erfordern wird und viel Mut. Vielen Menschen ist gar nicht bewußt, wieviele Möglichkeiten und Potentiale der Weiterentwicklung sie für sich ausschließen, weil sie aus pragmatischen Erwägungen und aus Angst, vielleicht den bekannten Rahmen verlassen zu müssen, Neues nicht mehr wirklich zulassen.

Freiburg: Menschkette gegen die B 31 Foto: A. Torbecke

Wir, alle Menschen, unterliegen Normen, Tabus, Gesetzen und vielen anderen Begrenzungen, die unseren eigentlichen Bedürfnissen und Wünschen oft gar nicht entsprechen. Öffentlich und privat verhalten wir uns oft der jeweiligen Situation nicht angemessen: Wir verschmutzen die Umwelt, umgeben uns mit oft nutzloser Förmlichkeit, gehen Arbeiten nach, die in sich widersprüchlich sind und uns nicht einmal Freude machen und wählen Personen und Parteien, obwohl wir gar nicht wirklich an sie glauben. Ganz besonders kraß ist es im persönlichen Alltagsverhalten: Wir sind fast immer unfähig, uns gegenseitig zu sagen, was wir füreinander empfinden, geschweige denn, daß wir uns entsprechend verhielten. Wir äußern nicht unsere tiefen Bedürfnisse und heimlich naschen wir Schokolade aus dem Küchenschrank, weil es für uns alle so ungewöhnlich ist, zu tun und zu sagen, was wir gerade möchten. Es ist eine schier unendliche Kette von großen und kleinen Mauern, die unser Leben umgibt. Wer zwingt uns in »ihre« Grenzen? Wer errichtet all diese Barrieren, für die es oft wahrhaft keine sinnvolle Erklärung gibt? Die Grenzen sind nicht unabänderlich festgeschrieben! Wir sind es zum Großteil selbst, die sie errichten. Und immer weiter bauen wir an diesem Gefängnis und zementieren die neuen Mauern auf den schon bestehenden, ein Teufelskreis. Wir tun so, als sei das eine Selbstverständlichkeit. Tatsächlich jedoch sind die beschriebenen Mauern und Wände Teil eines Gebäudes, das selbst nur Fiktion ist. Wir selbst sind es, die wir uns darin einsperren. Jeder ist sein eigener Kerkermeister. Natürlich sind da auch die Sozialisationen, die gesellschaftlichen und staatlichen Zwänge. Keine Frage, daß hier engagiert Veränderung geschaffen werden muß. Aber wir müssen uns trotz dieser äußeren Schwierigkeiten darüber klar werden, daß wir einen Großteil der Begrenzungen in unserem Leben jederzeit verwerfen, sie ganz einfach überwinden können. Viele der fiktiven Grenzen sind erkannt – doch es fehlen Kraft und Mut, um auch innerlich frei davon zu werden. Diese kommen bei den meisten Menschen nicht allein über den Kopf, sondern aus der konkreten Erfahrung und der Möglichkeit, die Grenzen hinterfragen zu können und zu dürfen.

Freiraum für Fragen schaffen: Basis für neue Wege

Freiraum zu schaffen, z.B. in der politischen Arbeit, heißt vor allem: nicht vorgeben, die Lösung gefunden zu haben, wie es schon so viele behaupten. Es heißt, Anstöße zu geben für die selbständige Beschäftigung, Punkte zu schaffen, an denen aktive Begegnungen stattfinden zwischen verschiedenen Gruppen und Menschen. Über diesen Prozeß tritt nicht nur eine Relativierung ein von Meinungen und angeblichen Absolutheiten. Gleichzeitig werden Fragen tiefer. Nicht umsonst besitzt beispielsweise das Auto in unserer Gesellschaft den Status eines unantastbaren Heiligtums. Wer wagt, es ernsthaft zu hinterfragen, wird Stück für Stück merken, wie sich allein darin ein großer Teil der fundamentalen Widersprüche unserer Gesellschaft, Politik und Wirtschaft widerspiegeln. Über den Prozeß zunehmender Auseinandersetzung nähert sich jede/r von selbst fundamentalen Fragen im Leben, der Frage, »was ist für mich wichtig in meinem Leben?«

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

JugendUmwelt

Wir müssen wieder fähig werden, auch Fragen nach Tod und Leben in uns zu entdecken und zu merken, daß sie uns ganz unmittelbar berühren, als Grundvoraussetzung, um einen Umgang mit ihnen zu entwickeln. Dann sind dies keine Fragen, zu denen schon einmal andere weise Menschen versucht haben, Antworten zu formulieren, sondern es sind ganz eigene, ganz verinnerlichte Themen. Gerade in der heutigen Sicherheitsgesellschaft ist es sehr schwer, Fragen zuzulassen, die an den Grundfesten des Bestehenden rütteln. Sich ihnen zu stellen kann schnell bedeuten, auch ganz persönlich am Abgrund der Abgründe zu stehen, denn das eigene Leben, so wie es ist, wird möglicherweise elementar in Frage gestellt. Und da ist vielleicht auch die (oft unterschwellige) Angst, ertappt zu werden bzw. sich selbst zu ertappen mit Fehlern, eigener Inkonsequenz und Perspektivlosigkeit. Die Furcht davor, bekennen zu müssen, wie unzulänglich doch auch das eigene Leben, der eigene Lösungsvorschlag, das eigene Argument ist. Angst vielleicht, von anderen be-oder verurteilt zu werden nach richtig und falsch. Niemand kann den Mut loszulassen, um irgend etwas anderes, noch weitgehend unbekanntes wiederzufinden von heute auf morgen aufbringen. Aber Vertrauen in einen inneren Weg kann wachsen und der Prozeß schrittweise und wechselseitig erfolgen. Eine Möglichkeit können Projekte und Gemeinschaften sein, in denen es möglich ist, anders sein zu dürfen, zu diskutieren, Neues zu schaffen und Verantwortung gemeinsam zu tragen.

Lernen am Handeln: Kräfte der Selbstorganisation entwickeln

In diesem Sinne ist es für die konkrete sozialpolitisch und ökologisch orientierte Arbeit wichtig, das Lernen am Handeln zu ermöglichen. Die Erfahrungen, die dieser Ansatz möglich macht, kann das vorherrschende weitgehend verkopfte Schul- und Universitätswesen nicht vermitteln. Lernen am Handeln heißt keineswegs, Fehler heraufzubeschwören oder sich den Erfahrungen anderer zu verschließen. Doch es beinhaltet die Erkenntnis, daß Fehler unvermeidbar sind, gerade wenn neue Wege beschritten werden. Wichtig ist nur, daß wir sie erkennen und akzeptieren, wenn sie passiert sind, um aus ihnen zu lernen. Natürlich führen Freiräume zum Lernen am Handeln auch zu Kritik an bestehenden Zuständen. Dies ist wohl auch einer der Gründe, weshalb sie so selten geschaffen werden.

Ein weiteres Grundprinzip in Zusammenhang mit den bereits geschilderten Ansätzen politischen Engagements ist die eigenständige Arbeit. Das, was, und wie es gemacht wird, soll weitmöglichst durch die Interessen der Aktiven bestimmt werden, was sie anspricht, empört oder motiviert. Das hat auch ganz praktische Gründe: Vor allem, was Menschen wirklich betrifft, was sie selbst mitentwickelt haben, dafür werden sie sich mit ihrer ganzen Kraft einsetzen. Dahinter steht das Vertrauen in die Kräfte der Selbstorganisation. Wenn Menschen sich ihrer Mitverantwortung bewußt sind, schaffen sie Formen der Kommunikation, Ideen und Energien, die alles Vorhersehbare in den Schatten stellen können. Ein solches Engagement kann alleine über gut bezahlte Hauptamtlichkeit nicht erreicht werden. Geld und Möglichkeiten funktionierender Bürokratie können Aufbruchstimmung im Herzen nicht aufwiegen. Räume selbstorganisierter Arbeit sind auch von unschätzbarem Wert, um die eigenen Fähigkeiten und Interessen ausfindig zu machen, ganz konkret auch für das spätere Leben. Zweifelsohne brauchen wir für eine lebenswerte Zukunft neue Wege. Wie aber sollen diese aufgetan werden, wenn die Menschen weder Raum noch Zeit haben, um die Karte, also ihr Umfeld, zu studieren, bevor sie gehen. Und so geschieht es, daß viele blind in Einbahnstraßen hineinlaufen, die ihnen Kommerz und Wirtschaft ausschildern. Nur, wer die Erfahrung gemacht hat, daß Freiheit keine Gefahr ist, sondern Chance und Quelle innerer Kraft, ist in der Lage, diese Freiheit einmal anderen zu gewähren bzw. Strukturen entsprechend zu öffnen. Hier berühren sich der »Weg der Gesellschaft« und der »einzelner Menschen« unmittelbar.

Die Kraft der Utopie: Positive Alternativen pflanzen

Visionen von Veränderung zu haben meint nicht, den oft sachlich unzweifelhaft realen Problemen fertige Lösungen entgegenzusetzen. Sie zuzulassen bedeutet lediglich, sich zu trauen, altes erst mal hintenanzustellen und Träume nicht zu unterdrücken, bedeutet zu akzeptieren, wenn andere als die gewohnten Bilder und Gefühle auftreten: sich vorstellen, wie es gehen könnte; zeigen, wie es gehen kann; es herausschreien, wenn Du merkst, daß es anders sehr gut geht... In jedem Menschen sind doch Hoffnungen, konkrete Vorstellungen von einer heileren Welt, einer positiven Zukunft. Diese Wünsche gehören nicht (nur) in die Kirche, sie gehören ins Leben. Jede/r sollte konkreten Lebensformen nachspüren, die er/sie mit diesen Wertvorstellungen verbindet. Visionen haben, heißt: Trotz des Pessimismus und der Probleme versuchen, die positiven Ansätze auf allen Ebenen zu sehen und ihnen mehr Raum, mehr Ausdrucksmöglichkeiten zu geben. Und das bedeutet auch: nicht nur gegen die Mißstände zu agieren, sondern sich vor allem für positive Alternativen einzusetzen. Dieser Ansatz beinhaltet eine Weiterentwicklung der Protestmentalität und Aufschrecktaktik, wie sie große Teile der sozialen und ökologischen Bewegung vielfach praktiziert haben. Alternativen müssen durch ihre positive Kraft überzeugen. Besonders wichtig ist es in der heutigen Zeit, Wege zu entwickeln, die nicht in erster Linie einem moralischen Zwang entsprechen, sondern die wir gerne gehen. Vielleicht auch Wege, in denen die positiven Kräfte der Gesamtpersönlichkeit Ausdruck finden, statt der üblichen Reduzierung der menschlichen Fähigkeiten auf das Rationale bzw. die Aufspaltung in »Ratio« und »Empfindung«. Diejenigen PolitikerInnen, die Jugendlichen Politikverdrossenheit und Gleichgültigkeit vorwerfen, sollten sich einmal fragen, wer tatsächlich verdrossen ist. Sind es nicht jene, die Visionen keinen Raum lassen?

Regenwaldaktion in Braunschweig Foto: Armin Torbecke

Themen in Bezug setzen: Für Vernetzung und Miteinander

Mit einer in dieser Form vielfältigen Aktivität geht automatisch ein Grundanliegen von Vernetzungsarbeit einher: Projekte werden auf natürliche Art und Weise Kontaktstelle für verschiedene Personen und Gruppen. Themen und unterschiedliche Anforderungen an Gemeinschaft und Politik, die in der Gesellschaft vielfach getrennt und nach Fachreferaten aufgesplittet gesehen werden (z.B. an Schulen, Unis und pol. Ressorts), treten damit in direkten Bezug. Der Kontakt ist nicht abstrakt, sondern durch gemeinsame Organisationsarbeit und Aktivität ganz praktisch. Dies sind konkrete Ansatzpunkte ganzheitlicher Prozesse und weit wertvoller als der rein konventionell meßbare Erfolg entsprechender Projekte. Eine Zusammenarbeit in dieser Form kann unmöglich dauerhaft beschlossen oder fest institutionalisiert werden – sie ist nur themen- oder projektorientiert denkbar. Die innere Bereitschaft mit anderen gemeinsam zu arbeiten und sich ihren Vorstellungen zu öffnen ist in erster Linie eine Frage des Bewußtseins und muß immer wieder neu entstehen. Unterschiedliche Organisationen und Qualitäten müssen sich an einer Sache zusammenfinden, um eine gemeinsame Stärke zu werden, gerade auch hinsichtlich großer Vorhaben, wie z.B. der umfassenden Durchsetzung der ökologischen Steuerreform. Was heißt in diesem Zusammenhang Vernetzungsarbeit?

Unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und aus unterschiedlichen Organisationen und Zusammenschlüssen beginnen, die Grenzen ihrer Prioritätensetzungen im Kontext des gemeinsamen Anliegens zu sehen und auf dieser Grundlage miteinander als Gleichberechtigte zu kommunizieren, voneinander zu lernen und sich zu ergänzen. Bezogen auf gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse könnte vielleicht sogar formuliert werden: Partner im Prozeß der Veränderung sind all jene Menschen, die sich auf den Weg machen, sich von Subjekten innerer Abhängigkeit zu lösen und die damit übergreifende Bezüge in partnerschaftlichem Nebeneinander realisieren können.

Dezentralität: Grundlage für ein »anderes leben und arbeiten«

Dieser Text hat als Bezugsrahmen vorrangig die politisch engagierte Arbeit. Vergessen werden soll aber nicht, daß es Ziel sein muß, die genannten Wertvorstellungen in besonderer Weise in das ganz alltägliche Leben und Arbeiten zu integrieren. Daß dies nach herkömmlichen gesellschaftlichen Mustern schwer realisierbar ist, wurde bereits gesagt. Politische und gesellschaftliche Strukturen bewegen sich in der Gesamttendenz nicht hin zu dem einzelnen Menschen, sondern mit dem Wachstumsdogma und zunehmender Zentralisierung (z.B. EG-Binnenmarkt) eher von ihm weg. Zudem ist es für viele Menschen zwischen räumlich (und zeitlich) getrenntem Arbeitsplatz, Familien-und Freizeitleben schwer, feste Bezugsgruppen zu finden in denen sich das notwendige Vertrauen entwickeln kann. Wo sich Menschen miteinander engagieren, miteinander reden, sich treffen, beginnen sie auch, miteinander zu leben. Langfristige Projekte und gerade auch Projektwerkstätten, als dauerhaft bestehende Räume, entwickeln sich z.T. zu solchen Knotenpunkten. Dieses Zusammenleben, sich über Wertvorstellungen und selbstbestimmte Erwerbsmöglichkeiten auszutauschen, sich helfen, all dies ist sehr wichtig, um sich im praktischen Alltagsleben zu unterstützen, nach angestrebten Wertvorstellungen zu leben und von anderen inneren Bindungen loslassen zu können. Gegenseitiges sich-kennen, sich-vertrauen (trotz individueller Unterschiede und möglicher Meinungsverschiedenheiten!) ist als Basis wichtig, um miteinander Wege zu gehen, auf denen der »Wind auch manchmal eisig von vorne bläst«, gleichermaßen bezogen auf den inneren Schweinehund wie auch auf gesellschaftspolitische Widerstände.

Aus Zusammenhängen jugend- und umweltpolitischer Arbeit sind an manchen Orten Keimzellen langfristiger Lebensperspektiven »Anders leben und arbeiten« hervorgegangen. Diese Projekte sind auch als ein politisches Signal für die Grundrichtung der Dezentralisierung zu verstehen. Ein menschliches Zusammenleben der Individualität in der Gemeinschaft wird im gesamtgesellschaftlichen Rahmen nur möglich werden, wo die dezentralen Bedingungen geschaffen sind, daß Entscheidungen wieder von denen getroffen werden, die betroffen sind und denen, die die Arbeit machen, nicht von abgehobenen Instanzen ohne direkten Bezug. Dezentralisierung ist in besonderer Weise mit Regionalisierung verbunden. Nur in einem kommunalen (örtlichen) Rahmen, den die entscheidenden Personen überblicken können und der einen umfassenden Dialog untereinander mit dem Ziel weitgehender Konsensfindung ermöglicht, sind viele Entscheidungen sinnvoll möglich. Erst im überschaubaren Felde werden die Wechselwirkungen von der Wirtschafts- und Arbeitsweise zu den sozialen, psychologischen und ökologischen Folgen deutlich, faßbar und damit veränderbar. Dezentralisierung und Regionalisierung führen so auch automatisch zu Enthierarchisierung, die eine Grundlage ist für mehr Selbstverwaltung, Vielfalt und mehr individuelle Freiheit. Insbesondere dann, wenn der Regionalisierungsprozeß politisch auf allen Ebenen gefördert wird, kann er in großem Stil zu einer ökologischen Umorientierung führen. Ein aktuelles Beispiel liefert die Diskussion um die ökologische Steuerreform. Hierbei sollen unter anderem (verkürzt dargestellt) die Folgekosten von Umweltzerstörung denen in Rechnung gestellt werden, die sie verursachen (bezogen auf CO_2-Ausstoß beispielsweise durch Anheben der Benzinpreise). Gleichzeitig erhalten damit regionale Märkte, wie z.B. Erzeuger-Verbraucher-Kooperativen Struktur- und Finanzvorteile.

Weitsichtige Aufbauarbeit ist in der gesamtgesellschaftlichen Richtung der Dezentralisierung erforderlich, damit in Zeiten noch verschärfterer Krisensituationen nicht wieder die Versuchung nach schnellen absolutistischen Lösungen übermächtig wird. (Vgl. hierzu auch den Übergang von der Weimarer Republik zum NS-Regime).

Es dürfte deutlich geworden sein, daß Dezentralisierung nicht zu verwechseln ist mit Aufsplitterung in voneinander getrennte »Inseleinheiten«. Eigenständigkeit, welche über dezentrale Strukturen gefördert werden kann, und vernetzte Verbundenheit sind die beiden Seiten ein und derselben Münze. Für beide Seiten muß Bewußtsein und Raum dasein, um sie zusammenbringen zu können.

Ich hoffe, daß es mir mit den Ausführungen in diesem Abschnitt in einigen Punkten gelungen ist, deutlicher zu machen, daß grundlegende Wertvorstellungen aus der Jugendumweltbewegung sehr wohl akuten und direkten Bezug zu einer breiten sozialpolitisch und ökologisch engagierter Arbeit sowie für die alltäglichen Lebensgestaltung haben.●

Kontakt: Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, D-27283 Verden, Tel. 04231/4878, Fax. 04231/4879

4. JUGENDUMWELTKONGRESS IN POTSDAM

Auf dezentralen Wegen der Energiewende entgegen

Dezentralisierung und Energierevolution, Kernprobleme der Klimaschutzpolitik, sollen die Schwerpunkte des diesjährigen Jugendumweltkongresses sein, der vom 27.12.96 bis 2.1.97 in Potsdam stattfindet.

Wir werden in Arbeitskreisen, Vorträgen und Seminaren überlegen, woher diese Strukturen kommen, wie sie aussehen und welche Lösungsmöglichkeiten es gibt. Über Diskussion und kritische Auseinandersetzung mit dem Kongreßthema wollen wir erarbeiten, wie wir in Richtung einer Gesellschaft, die auch in den kommenden Jahrhunderten eine Überlebenschance haben soll, diese festgefahrenen Strukturen verändern müssen.
Auch zu CONTRASTE als Forum der alternativen Bewegungen wird ein Arbeitskreis angeboten werden, in dem diskutiert werden soll, ob sich die Jugendumweltbewegung stärker in dieses Medium einbringen kann und wie es zu nutzen ist. Ansprechpartner für den AK sind Armin Torbecke und Peter von Rüden.

Was ist der JuKß ?

Der JUKß (Jugendumweltkongreß) ist das alljährliche Treffen von jungen und junggebliebenen Natur- und UmweltschützerInnen, engagierten und motivierbaren Menschen. VeranstalterInnen sind die Naturschutzjugend, die BUNDjugend und freie Umwelt- und Projektwerkstätten aus allen Regionen Deutschlands.

Zum JUKß kommen NeueinsteigerInnen genauso wie die »alten Hasen« der Jugendumweltbewegung. Hier kann mensch sich zu einem zentralen Thema informieren, sich mit Gleichgesinnten austauschen und (kontrovers) diskutieren. Dadurch können wir alle neue Anregungen und Ideen mit nach Hause nehmen.

Uns geht es nicht etwa um utopische Vorstellungen oder abgehobene Träume, sondern um konkrete Ideen für den Alltag. »Anders Leben« darf keine leere Phrase bleiben.

Wir wollen kein fertiges Programm vorgeben, so daß viele Freiräume zur Mitgestaltung übrigbleiben: JedeR kann eigene Arbeitskreise anbieten, Projekte vorstellen und Aktionen initiieren (die Silvesterparty kann von jeder/jedem mit eigenen Beiträgen bestritten werden). Denn ohne Mitgestaltung und Mithilfe der TeilnehmerInnen wäre der JUKß ein »Jux«.

Damit Mitgestaltung nicht nur ein Schlagwort bleibt, wollen wir dieses Jahr besonderen Wert auf die Bezugsgruppen legen. Sie sollen sich nach Interessen der TeilnehmerInnen (z.B. Fußballfans, KünstlerInnen, Anti-AKWlerInnen) bilden und die Grundlage für eine konstruktive Auseinandersetzung auf dem JUKß sein. In Gruppen von 10 bis 15 Leuten kann mensch sich besser kennenlernen und so gemeinsam Kritik in den JUKß einbringen. Die Ergebnisse gelangen dann in den SprecherInnenrat oder ins Plenum.●

Kathrin, JUKß-Büro Potsdam

Weitere Infos und Anmeldungen: JUKß Büro, Am Luftschiffhafen 2, D-14471 Potsdam, Tel. (03 31) 96 41 36, Fax 97 25 80, e-Mail: Jukss@jpberlin.berlinet.de

SOZIALROMANTISCHE VERHINDERUNGEN VON SOLIDARITÄT

Ein subjektiver Versuch über Kollektivität

Angeregt durch unseren CONTRASTE-Schwerpunkt »Allein machen sie dich ein« in Heft 116 lud vor 2 Jahren das Werk selbstverwalteter Projekte und Einrichtungen/WESPE zu einem Treffen regionaler Vernetzungsprojekte nach Neustadt an der Weinstraße ein. Es kamen Menschen von der VAKgroep/ Vereinigte Arbeitskollektive, einem schon lange bestehenden Projekt mit dem Schwerpunkt Beschaffung, Sicherung und Herrichtung von Wohnraum für Gruppen in Utrecht, und dem ihnen angeschlossenen Verband in Nijmegen, vom RGW/Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe Berlin, in dem sich verschiedene Kreuzberger selbstverwaltete Betriebe zusammengeschlossen haben, und vom Westerwälder Initiativen- und Betriebe-Netz WIBeN. Nach einem spannenden Wochenende wurde ein regelmäßiges jährliches Treffen verabredeten. Letztes Jahr fand dies im Westerwald statt, wo wir gemeinsam das 10jährige Bestehen von WIBeN feierten. Dieses Jahr trafen wir uns Anfang Oktober in Berlin (leider ohne WESPE) beim RGW (dem die Autorin seit ihrer Rückkehr nach Berlin nun auch angehört).

Elisabeth Voß aus Berlin ● Oft erlebe ich mich jonglierend zwischen den menschlich und politisch angenehmen Seiten des Lebens in selbstverwalteten Zusammenhängen und dem Entsetzen über die vielen Möglichkeiten auch und gerade hier, sich und anderen das Leben schwer zu machen. Zum Thema Anspruch und Wirklichkeiten fand ich dieses Vernetzungstreffen sehr anregend, besonders durch die Gespräche mit den HolländerInnen, die mit vielen Dingen so anders umgehen als wir hier. Dies ist kein Bericht vom Vernetzungstreffen, sondern ein sehr subjektiver Blick auf die Diskussionen in verschiedenen Arbeitsgruppen in Verbindung mit der Reflektion meiner Erfahrungen aus 3 Jahren Neustadt.

Kollektivität oder Individualismus?

Kollektive Strukturen sind für die VAKgroep kein Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck. Das Ziel ist, füreinander zu sorgen und miteinander solidarisch zu sein, und es geht vor allem darum, daß dies geschieht, weniger um das wie. Wobei der Grundgedanke der Solidarität eng verbunden ist mit Vorstellungen von Respekt und Achtung gegenüber den Einzelnen. Das gemeinsame Leben und Wirtschaften ist sehr vielfältig und durchdacht geregelt, und ein wichtiger Grundsatz ist, daß das Kollektiv organisiert ist für die Bedürfnisse der Individuen, und nicht umgekehrt. Wichtig bei allen Regelungen ist der Schutz des Individuums vor der Gruppe.

Nach meiner ganz persönlichen Erfahrung gibt es demgegenüber in unseren Zusammenhängen oft fast Angst, zumindest jedoch Ressentiments gegenüber einem Individualismus, der kollektiven Belangen entgegenstehen könnte. In der drastischsten Form war vielleicht die verblichene DDR ein Modell der Angst, daß vom Gemeinschaftlichen nichts bliebe, wenn es zu viele individuelle Freiheiten gäbe. In glücklicherweise mit weniger Macht ausgestatteter Form habe ich aber solche Stimmungen durchaus auch schon im selbstverwalteten Umfeld gespürt. Da werden individualistische Tendenzen, von der kollektiven Betriebsamkeit abweichende privatistische Bedürfnisse oder einfach persönliche Überforderungen schnell zur Bedrohung des so mühsam aufgebauten Freiraums, dessen Freiheitsgrade sich spätestens an solchem Punkt hinterfragen lassen.

Machen Regeln frei oder unfrei (und wen & warum)?

In der VAKgroep wurde aus jahrelanger Projekterfahrung ein umfangreiches, ausgefeiltes Regelwerk entwickelt, fast wie eine eigene gruppeninterne Gesetzgebung. Demgegenüber tun sich nach meinen Erfahrungen viele Links-Alternative bei uns immer noch ziemlich schwer im Umgang mit Regeln und Vereinbarungen im alltäglichen Zusammenleben und Arbeiten. Leicht gelten Regeln als an sich repressiv, fast schon reaktionär. Denn wir wollen ja alles anders, neu und natürlich besser, und so bürgerlichen Kram wie Verträge, verbindliche Abmachungen, gar noch Kontrolle ihrer Einhaltung und Sanktionierung haben wir ja längst hinter uns gelassen. Im anarchistischen Alltag geht es nach Lust, spontaner individueller Einsicht, freier Vereinbarung aus der Situation heraus.

Leider sind die Fähigkeiten, sich in solcher Spontaneität zu behaupten, sehr ungleich zwischen den Menschen verteilt. Was den einen die Freiheit ermöglicht, ihren momentanen Eingebungen und Bedürfnissen nachzugehen, bedeutet möglicherweise Einschränkungen für andere, die nicht so spontan drauflos agieren wollen oder können, sich lieber rückversichern und mit anderen absprechen. Diejenigen, die sich einem überwiegend emotional hergestellten Konsens entziehen und auf rational nachvollziehbare Regeln pochen, werden in solchem Umfeld leicht zu AußenseiterInnen.

Anzeige

express
Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ Beobachtungen aktueller Arbeitskämpfe
★ Berichte von kritischen GewerkschafterInnen aus den Betrieben
★ Diskussion von Gegenstrategien gegen Lean Production

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse bar oder Briefmarken)

Und immer wieder die Geschlechterfrage

So habe ich oft beobachtet und teilweise selbst erlebt, mit welcher Selbstverständlichkeit etliche Männer bereit sind einfach zu tun, sich Handlungsspielräume nehmen und damit anderen, oft Frauen Raum nehmen durch die Art sich auszubreiten – sei es räumlich mit ihren Dingen oder verbal mit ihren Worten.

In den selbstverwalteten Zusammenhängen, denen ich bislang angehörte, fand ich mich oft genug als (fast) einzige Frau in diversen Männergruppen wieder – das kann doch kein Zufall sein? Zwar halte ich es weder für ein besonderes Verdienst als Frau geboren zu sein, noch will ich irgendeinem Mann sein Mannsein als solches vorwerfen. Aber die Art damit umzugehen, die Art wie wir jeweils Frauen und Männer sind, möchte ich zum Thema machen können, ohne (ja, alles selbst erlebt) vorgeworfen zu bekommen, ich würde mich hinter meinem Frausein verstecken. Und da gehört für mich eine Auseinandersetzung mit alltäglichem Rollenverhalten und Sexismus genauso dazu wie die Auseinandersetzung mit sexueller Gewalt als besonders brutaler Form der Machtausübung.

Wenn das nicht thematisiert wird, und nicht ganz bewußt Regeln geschaffen werden zum Schutz des Individuums, dann nehmen die Dinge quasi naturwüchsig ihren Lauf, und der entwickelt sich ohne Gegensteuerungen in aller Regel entlang des gesellschaftlich üblichen Machtgefälles: das Sagen haben einige dominante, zumindest scheinbar oft fachkundige Männer, das Mittelfeld teilen sich starke Frauen mit schwachen Männern, und im letzten Glied finden sich (wenn sie überhaupt dabei bleiben) ruhig-zurückgenommene Frauen, nicht zuletzt oft durch Kinder daran gehindert, mit den Männern gleichzuziehen in Sachen Kompetenzentwicklung und Arbeitseinsatz.

Wofür wird noch gekämpft?

Beim Versuch, den eigenen Alltag ohne Chef und Staat, d.h. ohne die als Synonym für dies Feindbild herhaltenden Regeln, Vereinbarungen, Verträge, verbindlichen Funktionen etc. zu organisieren, bleibt der Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse leider viel zu oft auf der Strecke, weil dem alternativen Alltag nicht mehr abzuringen, wo schon die letzten Reserven zu seiner Bewältigung mobilisiert werden müssen. Es ist sicher kein politisches Desinteresse, wenn Anti-AKW-Aktionen oder Beschäftigung mit Neofaschismus selten von KollektivistInnen getragen werden. Aber der Druck der selbst (mit-) geschaffenen kollektiven Verwertungszwänge ist klarerweise sehr viel existentieller als alles andere. In bösen Momenten habe ich selbstverwaltete Betriebe schon für eine besonders geschickte Erfindung zur Verhinderung von politischem Kampf gehalten.

Der autonome Anspruch das eigene Leben in die eigenen Hände zu nehmen und kollektiv zu organisieren, ist zu Wirtschaftswachstumszeiten relativ leicht umzusetzen. In der Krise tritt sein auch elitärer Charakter zutage, wenn ersichtlich wird, welche Funktion der Staat als Sozialstaat auch hat(te), und wie borniert es ist, sich so einfach davon loszusagen. Unabhängig vom Staat können nur die sein, die aus eigener Kraft imstande sind, sich auf dem Markt zu behaupten. Abseits von (gewerkschaftlichen) Verteilungskämpfen sind auch kollektive KleinunternehmerInnen notwendig angewiesen auf der GewinnerInnenseite zu stehen angesichts Verarmung und Entrechtung weiter Teile der Bevölkerung. Diese ökonomische Basis stellt einen Risikofaktor dar zur Herausbildung liberaler Ideologie im alternativen Bewußtsein, denn nur die Besten werden überleben (haben es sich ja auch verdient). So ist Selbstverwaltung für sich keine revolutionäre Perspektive, aber eine legitime Art, das eigene ökonomische Überleben zu sichern. Solidarität mit Schwächeren, weniger leistungsfähigen ist nicht nur schwer mit dem eigenen stressigen Alltag zu verbinden, sondern mitunter auch durch Hemmnisse im eigenen Kopf blockiert, z.B. wo es um die leidige Knete geht. Über Geld spricht mensch am besten nicht, und eigentlich hätten wir lieber nichts zu tun mit diesem Teufelszeug, sondern alles sollte allen gehören, nach dem Bedürfnisprinzip verfügbar sein.

Was hat Solidarität mit Geld zu tun?

Untereinander wird in kollektiven Zusammenhängen mehr oder weniger gemeinschaftlich gewirtschaftet. Für andere, außenstehende Bedürftige fällt dabei nur noch selten etwas ab. Lange her die Zeiten, als es z.B. zum guten Ton gehörte, für Waffen für El Salvador zu spenden. Die vor wenigen Jahren auch von CONTRASTE mitbegründete Initiative zur finanziellen Unterstützung entlassener politischer Häftlinge hierzulande durch regelmäßige Überweisungen aus Kollektiven fand kaum noch Resonanz.

Solidarität in Form von Geld ist nicht so furchtbar angesagt, haftet ihr doch leicht der Geruch von Ablaßbriefen zum Freikauf von der Schuld politischer Untätigkeit an. Statt Flüchtlinge z.B. mit schnöder Knete abzuspeisen, sollen sie doch besser mit uns leben und arbeiten, unseren Alltag teilen. Leh vom Wohnprojekt Zorrow aus Berlin hat im kürzlich erschienenen Kommunebuch anschaulich beschrieben, wie schwer und letztlich nicht durchführbar es ist, solche hochgehängten Ansprüche praktisch zu leben.

Demgegenüber pflegen die HolländerInnen einen sehr pragmatischen Umgang mit Geld. Solidarität scheint bei ihnen ganz selbstverständlich gleichbedeutend mit finanzieller Unterstützung. Nach innen wird das geregelt über die kollektive Kasse, in die nach Einkommen gestaffelte Beiträge einzuzahlen sind. Der Grundgedanke der gegenseitigen solidarischen Unterstützung steht hinter allen Regelungen im Projekt. Wenn z.B. Wohnvereine ihre Miete nicht nach Einkommen staffeln, sondern davon unabhängig einfach nach Köpfen aufteilen, müssen sie dafür eine höhere jährliche Mietsteigerung in Kauf nehmen. Statt zermürbender Diskussionen über den richtigen politischen Umgang werden pragmatische Regelungen über die Geldschiene gefunden. Solidarität nach außen auch mehr über Geld auszudrücken als über persönliches Engagement, ist in der VAKgroep eine Neuerung, die sich als praktikabel erwiesen hat. Offensichtlich sind die Menschen dort eher bereit, privat und betrieblich Geld an den Ana Maria Fonds zu geben, der für Aufbau und Unterstützung von Gruppen außerhalb der VAKgroep gegründet wurde, als sich mit eigener Arbeit zu engagieren. Statt nun moralischen Druck zu machen, der letztlich kaum mehr als schlechtes Gewissen bei den passiven Mitgliedern und Enttäuschung bei den immer wieder zum Engagement aufrufenden bewirken würde, wird der gemeinsame politische Anspruch pragmatisch umgesetzt. Rückzug aus politischen Aktivitäten ins Privatleben wird respektiert, weil praktische Solidarität durch finanzielle Unterstützung geleistet wird.

An vielen Punkten der gemeinsamen Diskussion entstand der Eindruck, daß wir uns hier oft quälen und letztlich unsere Handlungsspielräume einschränken mit der Frage, was denn nun political correct sei, während die GenossInnen aus Utrecht in Alltagsfragen sehr viel lockerer sind, viel mehr persönliche Spielräume zulassen können, solange das Prinzip der Solidarität gewahrt bleibt. Ziemlich fassungslos standen sie z.B. davor, daß eine Kneipe aus politischem Anspruch keine Cola verkauft, aber Räume hat in einem Projekthaus mit gleicher Quadratmetermiete für alle, unabhängig von Einkommen bzw. Umsatz. Auch unsere oft strengen ökologischen Maßstäbe kennen die HolländerInnen in dieser Form nicht, denn ihnen geht es z.B. weniger darum baubiologisch einwandfreien Wohnraum zu schaffen für die, die sich das leisten können, als vielmehr eine bezahlbare Grundversorgung für viele bereitzustellen.

Romantischer Idealismus als Solidaritätsbremse?

Irgendwann tauchte die Frage auf, warum wir uns so schwer tun damit, so klar und pragmatisch zu handeln. Warum machen wir uns so viel Streß mit dem Wunsch nach Konsens und Gemeinschaft, woraus so oft so emotional beladene Ansprüche, Auseinandersetzungen und auch Machtkämpfe entstehen? Hat das vielleicht auch mit Überresten deutscher Romantik in uns zu tun, ist vielleicht ein Großteil unserer politischen Ansprüche sehr idealistisch überhöht, versetzt fast mit leiser Verachtung für pragmatisch solidarischen Materialismus?

Das wäre ja zur Zeit voll im Mainstream kommunitaristischer Befriedungsideologien, die als Pendant des wirtschaftlichen Neoliberalismus gute alte Ideale als Auffangbekken zunehmender Verelendung anbieten, natürlich in privater Verantwortung, so nach dem Motto: wenn wir nur an das Gute im Menschen glauben, an den Wert von Gemeinschaft und Solidarität, dann können wir guten Gewissens hier und da ein paar Sozialleistungen abschaffen. Nur schade, daß allein von guten Worten und Gedanken noch keineR satt geworden ist (auch wenn uns manche New Age-Ideologien das gerne glauben machen würden).

Was läßt sich dem effektiv entgegensetzen? Ist großflächigere kollektive Solidarität, wie sie z.B. die VAKgroep praktiziert, mehr als letztlich private Sozialarbeit? Beinhaltet sie Elemente von Subversion schon da, wo die gegenseitige Hilfe vom theoretischen Anspruch zur gelebten Praxis wird, und wieweit ist sie überhaupt möglich ohne Kampf um gesamtgesellschaftliche Veränderungen?

Fragen, auf die es zum Glück keine schnellen Antworten gibt, die ich gerne auch hier weiter diskutieren würde, die sicher in unseren Gruppen weiter bearbeitet werden. ●

Anzeige

Seit 25 Jahren in Bewegung...

Die *blätter des iz3w* sind die größte unabhängige Dritte-Welt-Zeitschrift im deutschen Sprachraum. Acht Mal im Jahr greifen sie mit kritischen Analysen und aktuellen Debatten politische, wirtschaftliche und kulturelle Themen aus dem Spektrum der Süd-Nord-Beziehungen auf.

Bestellung:
○ Das Probeabo
(3 Ausgaben für 15,– DM)*
○ Die Materialliste '96
○ Ein kostenloses Probeexemplar

informationszentrum dritte welt
Postfach 53 28, 79020 Freiburg
Telefon 07 61/7 40 03
Fax 07 61/70 98 66

Das Probeabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo für 60,– bzw. 50,– DM, wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Anzeige

Test Abo.
Ja, ich möchte die Tageszeitung junge Welt 14 Tage kostenlos probelesen.

Die Tageszeitung junge Welt

Vorname .....
Name .....
Straße/Nr. .....
PLZ/Ort .....

Einsenden an: junge Welt, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin. Oder per Fax 030/68834-343.

Mailbox: JUNGE.WELT@IPN-B.comlink.apc.org (login: »Gast«). junge Welt im Internet: http://www.jungewelt.ipn.de/

ERWERBSLOSE MASCHIEREN NÄCHSTES JAHR NACH AMSTERDAM

Erste europäische Initiative von unten

Am Wochenende vom 20./21.September trafen sich 80 Teilnehmende aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien, Irland, Dänemark, Schweden, der Schweiz, Spanien, dem Baskenland und Deutschland in Paris zur Vorbereitung eines europäischen Marsches gegen Arbeitslosigkeit und Armut.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Frankreich, Belgien, Irland und Großbritannien repräsentierten jeweils das Spektrum der Erwerbsloseninitiativen ihres Landes. Vorangegangen waren Treffen am Rande von EU-Regierungskonferenzen in Turin und Florenz in diesem Jahr, auf denen ein Aufruf verabschiedet wurde, unter den zur Zeit überall Unterschriften gesammelt werden. Die Regierungskonferenzen haben die Aufgabe, die Revision der Maastricht-Verträge (Maastricht II) im Hinblick auf die angestrebte politische Union vorzubereiten; die Verträge sollen Mitte Juni 1997 auf einem Regierungsgipfel in Amsterdam verabschiedet werden (voraussichtlich am 16./17.6.). Man war sich in Paris bewußt, daß die Europäische Währungsunion (EWS) das Herzstück der Europäischen Union ist; trotzdem wird sie nicht Gegenstand der Beratungen über Maastricht II sein, was nicht zuletzt ein erhebliches Legitimationsproblem für das gesamte Projekt aufwirft. Die »Kriterien« für den Beitritt zum EWS werden von den Regierungen als Alibi für die Durchsetzung ihrer jeweiligen Sparpolitik benutzt.

Zielsetzung

Ziel des Marsches ist, durch eine spektakuläre Form der Aktion und europaweit koordiniert einen Gegenakzent zur offiziellen Propaganda um die Europäische Union zu setzen und dabei vor allem die Massenarbeitslosigkeit zu thematisieren (sie betrifft derzeit in der EU offiziell 20 Millionen Menschen, 50 Millionen leben offiziell unterhalb der Armutsgrenze). Im Aufruf heißt es dazu: »Die Europäische Union hat mit dem Vorhaben einer Regierungskonferenz eine Diskussion über ihre Zukunft auf die Tagesordnung gesetzt. Wir lassen es nicht zu, daß diese Diskussion sich allein auf institutionelle Fragen beschränkt oder daß sich hinter den Reden über den Vorrang der Arbeitsplätze nichts anderes verbirgt als Maßnahmen, die die Lage der abhängig Beschäftigten noch unsicherer machen.« Obwohl die Regierungen ihre Wirtschafts-und Finanzpolitik auf europäischer Ebene eng abstimmen (während allen voran die deutsche Regierung sich eifrig dagegen stemmt, auch die Sozialpolitik auf EU-Ebene zu behandeln), gibt es bisher keine übersektorielle europaweite Mobilisierung für soziale Forderungen.

Hier will der Marsch ein Zeichen setzen; ausdrücklich sollen dabei auch Initiativen aus Osteuropa und aus den südlichen Anrainerstaaten einbezogen werden, um gegen das Konzept der Festung Europa zu demonstrieren. Einwanderer- und Flüchtlingsinitiativen sollen ein stärkeres Gewicht bekommen.

Der Aufruf wendet sich nicht nur an die Erwerbsloseninitativen, obwohl diese natürlich das Rückgrat des Marsches bilden. Es soll ein breites europäisches Netzwerk für »ein Europa der Vollbeschäftigung, in dem jede und jeder, die und der dies wünscht, eine Erwerbsarbeit zu einem existenzsichernden Lohn finden können muß«, geschaffen werden: angesprochen sind u.a. Hausbesetzer, Obdachlose, ImigrantInnen, SchülerInnen und Studierende, Frauengruppen, Erwerbstätige, Menschen in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, SozialhilfeempfängerInnen, RentnerInnen – alle, die von der neoliberalen Politik an den Rand der Existenz gedrückt werden. Die Unterstützung von Parteien und institutionellen Verbänden ist willkommen, man will sich aber bewußt unabhängig von ihnen halten; dasselbe gilt für Parlamentarier (z.B. Mitglieder des Europaparlaments) – ein Kommuniqué, das am Ende des Treffens verabschiedet wurde, stellt klar, daß die Initiative unabhängig von Institutionen arbeitet, Parlamentarier als Ansprechpartner willkommen sind, aber nicht als Verbündete betrachtet werden. Zu anderen europäischen Koordinationen: die ENU (European Network of Unemployed) und den EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) versteht man sich als Ergänzung, nicht als Konkurrenz.

Die Ansichten über die EU, aber auch über die Bedeutung von Forderungen wie »Recht auf Arbeit« oder »existenzsicherndes Einkommen«, »Vollbeschäftigung«»»Arbeitszeitverkürzung« oder »anders arbeiten, anders leben« gehen in diesem Kreis auseinander. Der Aufruf hat keine Einheit hergestellt, sondern versteht sich als Aufforderung zum Handeln und darüber hinaus als Anregung zu einem lebendigen Gedanken- und Informationsaustausch und Meinungsstreit. In diesem Sinne wurde beschlossen, für den 1. und 2. Februar 1997 eine Auftaktkonferenz in Brüssel zu veranstalten. Dort soll ein Manifest verabschiedet werden, das eine andere Zukunftsperspektive entwirft, als sie uns von den Propagandisten der EU verheißen wird. Es soll ergänzt werden durch eine europäische Marschzeitung und verschiedene Weißbücher, die Daten, Fakten und Argumente über die Massenarbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern enthalten.

AUFRUF VON FLORENZ

Es gibt heute in der Europäischen Union 20 Millionen offiziell registrierte Erwerbslose, 50 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze.

Jede und jeder von uns kann Opfer von Erwerbslosigkeit und Armut werden. Die soziale Zersplitterung nimmt zu, Erwerbslosigkeit und Armut versetzen die Menschen in prekäre Verhältnisse, drücken auf die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten und auf die Einkommen und sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung; sie verschärfen den Rassismus und steigern die Ungleichheit. Gleichzeitig nimmt die Konzentration des Reichtums, der Produktionsmittel und des Bodens in immer weniger Hände zu.

Diese Situation ist unerträglich. Die Europäische Union hat in diesem Jahr mit dem Vorhaben einer Regierungskonferenz eine Diskussion über ihre Zukunft auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir lassen es nicht zu, daß diese Diskussion sich allein auf institutionelle Fragen beschränkt, oder da sich hinter den Reden über den Vorrang der Arbeitsplätze nichts anderes verbirgt als Maßnahmen, die die Lage der abhängig Beschäftigten noch unsicherer machen. Alles deutet darauf hin, daß die sozialen Probleme, die die Bevölkerung in unseren Ländern in erster Linie bedrükken, nicht behandelt werden.

Wir meinen, im Gegenteil, es ist eine radikale und entschlossene Politik des Kampfs gegen die Erwerbslosigkeit nötig.

Eine solche Politik muß – das ist die vordringlichste Aufgabe – allen Erwerbslosen und in ungesicherten Verhältnissen Lebenden ein Leben in Würde ermöglichen und den Bauern, daß sie von ihrem Land leben können. Das umfaßt – auch für Einwanderinnen und Einwanderer – das Recht auf Wohnung, auf gesundheitliche Versorgung, auf Freizügigkeit, Gleichheit zwischen Männern und Frauen und das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen.

Eine solche Politik muß sich einsetzen für:

- ein Europa der Vollbeschäftigung, in dem jede und jeder, die und der dies wünscht, eine Erwerbsarbeit zu einem existenzsichernden Lohn finden können muß;
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze, v.a. in Bereichen wie Gesundheit, Ausbildung und Umweltschutz, die dem gesellschaftlichen Bedarf entsprechen;
- eine andere Verteilung des Reichtums, v.a. über die Besteuerung der Finanzspekulation.

Die Senkung der Massenerwerbslosigkeit erfordert in einer Periode bedeutender Produktivitätszuwächse eine massive Herabsetzung der Erwerbsarbeitszeit, ohne Senkung des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten, verbunden mit sofortigen Neueinstellungen.

Damit diese politischen Lösungen in Angriff genommen werden, müssen sich alle in Bewegung setzen: Erwerbstätige, Erwerbslose, Bauern, Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner ... und all jene Bewohnerinnen und Bewohner Europas, die von Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind.

Wir fordern auf zu europäischen Märschen gegen Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung.

Wir wollen uns im Frühjahr 1997 in Amsterdam treffen. Dazu rufen die Unterzeichneten auf:

- landesweite Organisationskomitees der Märsche, unter Einschluß der Gewerkschaften, der Arbeitslosenverbände und von Einzelpersonen zu schaffen, die dieses Projekt unterstützen;
- sich an der Auftaktkonferenz der Märsche im Januar 1997 in Brüssel zu beteiligen.●

(Dieser Aufruf von Florenz kann von interessierten Initiativen und Einzelpersonen noch unterschrieben werden. Bitte schickt Eure Unterschrift an das Pariser Sekretariat oder an die HBV in Berlin, Adressen siehe unten)

ERGÄNZUNG ZUM AUFRUF VON FLORENZ

Eine Arbeitsgruppe auf dem Vorbereitungstreffen in Paris hat den folgenden Text redigiert, der von den Teilnehmenden an der Plenumssitzung am Sonntag, dem 22.September, verändert und gebilligt wurde:

Teilnehmende am europäischen Treffen, das am 21. und 22. September 1996 in Paris stattfand, haben eine Reihe von Zusatzpunkten zum Aufruf von Florenz eingebracht und um eine Klärung verschiedener Punkte gebeten.

Diese Elemente wurden in den nachfolgenden Text integriert, und sie werden – ebenso wie der Aufruf von Florenz – in ein Manifest integriert werden, das dem Treffen in Brüssel am 1. und 2. Februar 1997 vorgelegt werden wird. Das Schlußdokument muß Verständnis, Klarheit und Kraft ausstrahlen, damit es die Erwerbslosen, die in prekären Verhältnissen leben, die Ausgegrenzten und all jene mobilisiert, die auf ihrer Seite kämpfen. Hier seien einige (nicht erschöpfende) Felder künftiger Arbeit benannt: Das Dokument sollte eindeutig die Konkurrenz, die Suche nach immer höherem Profit und die neo-liberale Logik kritisieren, die in Europa und weltweit ein wahres soziales, menschliches und ökologisches Desaster anrichtet. Wir möchten, das das Brüsseler Dokument bestimmte Aspekte aus dem Aufruf von Florenz weiterentwickelt, so das Recht auf Wohnung, die Bürgerrechte für EinwanderInnen, die Regelung der Situation von Menschen ‚ohne Papiere', das universelle Recht auf Pflege im Krankheitsfall und ein existenzsicherndes Einkommen, auch für junge Menschen. Das Dokument sollte auch zur Umweltzerstörung und zur Arbeitsorganisation heute Stellung nehmen. Es sollte zur Solidarität mit den Menschen im Süden und im Osten aufrufen. Das beinhaltet jede Ablehnung einer »Festung Europa«, abgeschottet gegenüber der Welt und in sich geschlossen. Der Europäische Marsch gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung soll eine soziale Mobilisierung sein, ein internationaler Kampf, der ein Paket von Forderungen durchsetzen will.

Auf europäischer Ebene ist diese Bewegung offen für Verbände, Gewerkschaften und Individuen, die einen Platz für sich in diesem Projekt sehen. Er soll von politischen Organisationen und Institutionen unabhängig sein. Im Respekt dieser Autonomie ist er offen für den Dialog und bereit, Unterstützung von all jenen Bewegungen zu empfangen, die gegen soziale Ungerechtigkeit, Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung kämpfen.«●

Neben dem Aufruf zu einem Europäischen Marsch zirkulieren derzeit noch andere Aufrufe auf europäischer Ebene, so einer von Ken Coates für »Vollbeschäftigung« und einer der Gruppe KAIROS »für ein anderes Europa«. Auch zu diesen will man sich nicht in Konkurrenz sehen. Ein Vertreter der Coates-Initiative war anwesend und bekundete ihr Interesse, aktiv am Marsch teilzunehmen. Der Aufruf von Coates bezweckt die Durchführung einer europaweiten Konferenz gegen Erwerbslosigkeit und für Vollbeschäftigung im Frühjahr 1997 in den Räumen des Europaparlaments, unter massiver Beteiligung von europakritischen Abgeordneten. Gleichfalls anwesend und an Zusammenarbeit interessiert war ein Vertreter von Eurotopia, einer Initiative, die vor allem die Bürgerrechte in der Europäischen Union thematisiert und eine europäische Verfassung fordert.

Im Oktober werden sich in zahlreichen Ländern Marsch-Koordinationen bilden. Die Märsche selbst sollen unter einem bereits beschlossenen gemeinsamen Logo (ein Fuß) zwischen dem 15.April und dem 15.Juni stattfinden und sternmarschförmig auf Amsterdam zutreiben. Sie werden international besetzt sein, also jeweils kleine Delegationen aus anderen Ländern enthalten. In Amsterdam wird ein niederländisches Empfangskomitee eine Gegenkundgebung und Demonstration am Wochenende des 14. und 15.Juni ausrichten.●

Angela Klein (SoZ Nr. 20/96)

ADRESSEN:

Sekretariat für die Europäischen Arbeitslosenmärsche im Juni 97 nach Amsterdam:
Christophe Aguiton
5 rue Henri Chevreau
F-75020 Paris
telephone and fax (0033-1) 43 49 50 37
(oder AC! fax: (0033-1) 43 49 50 49)
e-mail: aguiton@sud.unions.eu.org

Organisationen in den Niederlanden, die sich an der Vorbereitung beteiligen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):
Commitee for a Different Europe, c/o A SEED Europe, P.O. Box 92066, NL-1090 AB Amsterdam, Telefon: (0031-20) 668 22 36,
e-mail: ander.europa@aseed.antenna.nl, (Olivier Hoedeman, Kees Kodde, Erik Wesselius)

Bijstandbond, eine Arbeitslosengruppe in Amsterdam, e-mail: bijstbnd@xs4all.nl, URL: http://www.xs4all.nl/bijstbnd

Organisationen in der BRD, die sich an der Vorbereitung beteiligen oder den Florenz-Aufruf unterstützen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):
HBV, Landesbezirk Berlin (Elke Breitenbach), Am Köllnischen Park 2, D-10179 Berlin, Fax: (0 30) 278 67 10

Express (Uwe Wolf), Postfach 102062, D-63020 Offenbach, Tel: (0 69) 88 50 06, Fax: 82 11 16

Sozialistische Zeitung (SoZ), Dasselstr. 75-77, D-50674 Köln, Tel: (02 21) 923 11 36; Fax: 923 11 37; e-mail: soz@link-lev.dinoco.de

Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, Kaiserstr. 19, D-26122 Oldenburg, Tel: (04 41) 1 63 13, Fax: 1 63 94, e-mail: also@also.ol.ni.schule.de, URL: http://www-pluto.informatik.uni-oldenburg.de

TERMINE:

01.02-02.02.97: Auftaktkonferenz der Europäischen Arbeitslosenmärsche in Brüssel
15.04-15.06.97: Europäische Arbeitslosenmärsche
14.06-15.06.97: Ankunft, Demonstration und Kundgebung in Amsterdam
16.06-17.06.97: Maastricht II – Regierungskonferenz in Amsterdam
Juni 96: Gegenkonferenz zur Regierungskonferenz

Anzeige

Preis 6.- Nummer 15 September Oktober 1996

OFF LIMITS

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

ARBEIT UND GEWERKSCHAFTEN:
Nur für Deutsche?
FRANKREICH:
15 Jahre Immigrationsdebatte
PORTUGAL:
Legalisierungsgesetz
MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE UND DROGEN

Bestellungen an:
OFF LIMITS
c/o Haus für alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg

Tel. Montags von 17-19.00Uhr
040/ 431 89 226
fax 040/ 430 44 90

NETZ-TAGUNG

Forum Energie: Welche Lobbyarbeit brauchen wir?

Im Mittelpunkt der Netz-Tagung »Ökologie und Partizipation« am 22./23. November in Frankfurt standen vier Foren zu den Branchen Energie, Bauen, Ernährung und Verkehr. Deren Ergebnisse sollen – hier am Beispiel des Forums Energie veranschaulicht – als Teil der Lobbyarbeit der CECOP in Brüssel präsentiert werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Wir wollen nicht durch Kritik, sondern über positive Beispiele Veränderungen bewirken,« betonte Rachel Banks vom Centrum für alternative Technologien mit Sitz in Wales. In ihren überzeugend vorgetragenen Ausführungen auf dem Forum Energie der Tagung »Ökologie und Partizipation« am 22./23. November 1996 im Ökohaus in Frankfurt hebt sie hervor: »Uns dient beim Umgang mit der Energie die Natur als Beispiel.«

Dies klingt vor dem Hintergrund der zunehmenden Technisierung in dieser Branche weltfremd. Der Erfolg gibt dem seit 25 Jahren arbeitendem Zentrum jedoch recht. Mittlerweile leben dort mehr als 30 Menschen von ihrer Arbeit, die vielen Praktikanten und ehrenamtlich Aktiven nicht mitgerechnet. Regenerative Energiegewinnung, Holzständerbauweise, natürliche Wärmedämmung oder ökologische Kläranlagen sind nur ein kleiner Ausschnitt von dem, was Besucher in diesem Zentrum praktisch umgesetzt erleben können.

Öffentlichkeitsarbeit als Hilfe

Als Unterstützung für ihre weitere Arbeit benötigt das Zentrum vor allem Hilfen bei der Öffentlichkeitsarbeit, um die Ideen, aber auch das Zentrum bekannter zu machen. Andere Forumsteilnehmer wollen da mehr. »Zur Zeit kommen wir aus der Defensive nicht heraus,« erläuterte Ciro Capricano vom Interessenverband Windkraft Binnenland e.V. »Die Stromwirtschaft versucht mit allen Mitteln das Stromeinspeisegesetz zu kippen, damit die Windenergie, aber auch andere sinnvolle Energieerzeugungsformen für Betreiber weniger attraktiv werden.«

Der Verband will ausdrücklich Unterstützung bei seiner Lobbyarbeit. Er hofft dabei auch auf das Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, den Veranstalter dieser Tagung. Das Netz mit rund 1.700 Betrieben und Projekten als Mitglieder gibt die zusammengefaßten Ergebnisse des Forums nach Brüssel. Dies geschieht über ihren Ansprechpartner die CECOP, ein europaweit agierender Zusammenschluß der Arbeiterkooperativen und Produktivgenossenschaften. Die CECOP will für ihre nationalen Mitgliedsverbände in Zukunft mehr in Richtung Abbau von Hürden für umweltverantwortliches Wirtschaften tun.

Allerdings wartet der Interessenverband Windkraft Binnenland e.V. nicht, bis die Ergebnisse der Netz-Veranstaltung greifen. Für Anfang 1997 ist der Zusammenschluß mit der Gesellschaft für Windenergie schon beschlossen. Als größter Verband für regenerative Energie vertritt der Bundesverband Energie, so lautet der neue Name, dann 4.000 Mitglieder. Unter dem Titel »Windkraft-Offensive« soll 1997 eine gezielte Öffentlichkeitskampagne gestartet werden.

Grenzen der Ehrenamtlichkeit

Soweit ist die Entwicklung bei der AGÖF, der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute bisher nicht fortgeschritten. In der Fachgruppe Energie steht, so das Vorstandsmitglied Georg Strub, fachlicher Austausch im Vordergrund. Für mehr Aktivitäten in Richtung Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit reichen die Kapazitäten nicht aus.

Die Möglichkeiten kleiner Verbände wie der AGÖF, die überwiegend ehrenamtlich geleitet werden, sind damit schon erschöpft. Für die Handlungsmöglichkeiten solcher Zusammenschlüsse wäre durch Unterstützungen bei der PR-Arbeit oder Zuschüsse zu einer hauptamtlichen Stelle schon viel getan.

Mehr Öffentlichkeit will auch FrauenEnergieGemeinschaft Windfang e.G. erreichen. Denn gegenwärtig reicht der Beitritt weiterer Frauen nicht aus, um neue größere Energieprojekte anzugehen. Ansonsten gibt sich Andrea Vildosola, engagiertes Mitglied in dieser Genossenschaft, gegenüber Professionalisierungsvorschlägen zurückhaltend. Das gemeinsame Lernen von Frauen mit der Energietechnik umzugehen, Projekte zu entwickeln, auch Fehler machen zu können und über deren Bewältigung Selbstbewußtsein und Selbständigkeit zu gewinnen, ist wertvoller Bestandteil dieser Betreiberinnengemeinschaft. Wirtschaftliche Erfolge sollen dahinter zurückstehen.

Tagungsergebnisse in Vorbereitung

Im Mittelpunkt der Tagung standen viele weitere, vergleichbare Erfahrungen kleiner und mittlerer Unternehmen in Europa. 60 Teilnehmer und TeilnehmerInnen aus acht Ländern diskutierten in drei weiteren Foren – Ernährung, Bauen, Verkehr – die Kenntnisse von Pionierbetrieben bei der Verknüpfung von Partizipation und Ökologie. Diese wurden als Vorbereitung in Form von Interviews aufgearbeitet und ersten Ergebnisse auf der Tagung vorgestellt. Leiten durch Gruppenentscheidungen, informelle Betriebsdemokratie, Motivation zur Eigenverantwortlichkeit sind schlagwortartig einige der vorgestellten Bereiche.

Einzelne betriebliche Fallbeispiele und die als Vortragstext aufbereiteten deutschsprachigen Interviews können beim Netz, Schäfergasse 46, 60313 Frankfurt, Tel. 069/288716 und Fax: 069/295432 angefordert werden. Im Frühjahr 1997 ist dort auch die gesamte Befragung zum Thema Ökologie und Partizipation in Form einer Tagungsdokumentation erhältlich.●

ZUKUNFT »AM NETZ« – ZEITSCHRIFT »PRO ZUKUNFT« – ENGAGEMENT VOR ORT

Robert-Jungk-Bibliothek zehn Jahre jung

Am 17. Oktober 1986 wurde der langgehegte Wunsch von Robert Jungk (1913-1994) Wirklichkeit, in Salzburg einen Ort der Sammlung zukunftsweisender Ideen und des vorausblickenden Dialogs zu schaffen. An diesem Tag öffnete die Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ), die Zukünfte so umfassend wie möglich machen will, ihre Pforten.

Von zunächst 3.500 Büchern ist der Bestand bis heute auf 8.586 Bände angewachsen, anstelle der ehemals 100 Zeitschriften gibt es derzeit 262. Im seit 1987 vierteljährlich erscheinenden Informationsbulletin »Pro Zukunft« (Auflage 2.000, im Abonnement für öS 350 inkl. Porto) wurden bisher 4.313 neue Bücher und andere wichtige Texte vorgestellt.

Da Zukunft – so die Philosophie der Einrichtung – nicht nur in Texten nachzulesen ist, sondern vor allem sich in der aktiven Auseinandersetzung mit aktuellen Fragen realisiert, legt man in der Salzburger Imbergstraße 2, wo sich die Bibliothek im Haus der Erwachsenenbildung befindet, großen Wert auf kontinuierlichen Diskurs. Bislang gab es 65 Veranstaltungen, darunter 3 Symposien und die »Robert-Jungk-Memorial-Lectures« mit Ernst U. v. Weizäcker und Dorothee Sölle, die 1996 auf Empfehlung des Kuratoriums der JBZ mit dem Salzburger Landespreis für Zukunftsfragen ausgezeichnet wurde.

Die Durchführung von Zukunftswerkstätten (in Kooperation mit Schulen, Umweltinitiativen oder auch Gemeinden) soll verstärkt werden, um alle interessierten BürgerInnen an der Gestaltung eines besseren Morgen teilhaben zu lassen.

Wer sich für die umfassenden Bestände der von Stadt und Land Salzburg sowie der österreichischen Bundesregierung maßgeblich finanzierten Bibliothek, die u.a. durch die Zusammenarbeit mit der UNESCO auch im internationalen Kontext eine feste Größe darstellt, kann sich vor Ort umsehen, nach Lust und Laune schmökern und die Vorteile einer Entlehnbibliothek nutzen. Interessierte, denen dieser Weg zu weit ist, steht ein Literaturrecherchedienst (auf Wunsch mit Kurzinhaltsangaben) zu einem der insgesamt 41 Themen der Bibliothek zur Verfügung. Möglich ist auch der Zugang über Email (ibz@cosy.sbg.ac.at) und Internet, wo unter http://www.zukunft.de/IBZ eine homepage den Zugriff auf alle Dienstleistungen ermöglicht.

Als besonders wichtige Aufgabe für die nähere Zukunft hat sich das Team der JBZ die Aufbereitung des umfassenden Nachlasses von Robert Jungk vorgenommen, ein Forschungsantrag liegt derzeit beim Wissenschaftsministerium.

Wer die Arbeit der JBZ unterstützen möchte, ist eingeladen, Mitglied des Vereins der Freunde und Förderer der Robert-Jungk-Stiftung zu werden. Im Jahresbeitrag von DM/sFR 100,-- bzw. öS 700 (Schüler und Studierende 50%) sind das Jahresabonnement von »Pro Zukunft«, vergünstigte Literaturrecherchen, Veranstaltungshinweise sowie der jährliche Tätigkeitsbericht.●

u.b.

Kontakt: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Imbergstr. 2, A-5020 Salzburg

NETZ HESSEN BRINGT GUTSCHEINHEFT HERAUS

»Sie sollten uns mal kennenlernen!«

Das Netz Hessen will Vernetzung auf neuem Weg unterstützen. Mit einem Scheckheft für Ökologie und Selbstverwaltung, das zwanzig verschiedene Gutscheine enthält, verspricht sich jeder der beteiligten Betriebe u.a. auch neue KundInnen.

Peter Streiff, Redaktion Rhein-Main ● Vorbild war eine ähnliche Aktion des Bremer Umweltforum, wo sich auch etwa zwanzig vorwiegend Verbände und Vereine zusammengeschlossen hatten, um mittels attraktiver Gutscheine auf sich, auf ihr Anliegen und ihre Angebote aufmerksam zu machen. Einen ähnlichen Erfolg wie in Bremen, wo u.a. 250 neue InteressentInnen bei Stadtauto während eines ersten halben Jahres am Auto-Teilen mitmachten, verspricht sich auch das netz Hessen. Markanter Unterschied, der das Gutscheinheft des netz Hessen noch etwas praxisnäher macht, ist die Tatsache, daß v.a. Betriebe und Läden mitmachen (vgl. Grafik).

Mit diesem Scheckheft will das netz Hessen (dem Verband selbstverwalteter und ökologischer Betriebe in Hessen) als Herausgeber möglichst praxisnah die Vernetzung unter den Betrieben und Vereinen und ihren KundInnen vorantreiben. Wer z.B. sein Möbelstück in der Krebsmühle ablaugen läßt, erfährt via Scheckheft vom Bioladen in Frankfurt-Sachsenhausen, der bei seiner/m FreundIn um die Ecke liegt und wird gleichzeitig neugierig auf das Spezialangebot des Fahrradladens in seinem Stadtteil.

Ihren jeweils ganz eigenen Wert haben diese Gutscheine, so wie auch ganz unterschiedliche Betriebe und Vereine ihn anbieten. Ökologische Produkte haben ihren Wert, deren Eigenschaften je nach Produkt mit z.B. umweltfreundlich, kb-Anbau oder langlebige Materialien bezeichnet werden.

Doch so wie »aus einem unfreundlichen Betrieb kein freundliches Möbelstück kommen kann«, spielen in jedem Betrieb die Menschen, die darin arbeiten, und ihre Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung ihres Arbeitsalltags auch eine entscheidende und oft zu wenig beachtete Rolle. Bereits vielen Menschen ist es »Wert«, z.B. im Bioladen eventuell etwas mehr zu bezahlen und gleichzeitig die Gewißheit zu haben, ökologische Lebensmittel zu kaufen und zum Erhalt sinnvoller und meist selbstbestimmter Arbeitsplätze beizutragen.

So unterschiedlich die Wert-Gutscheine sind, so groß ist die Vielfalt der Betriebe und Vereine, die sich der Ökologie und der Selbstverwaltung verbunden fühlen. Zum Kennenlernen bieten die Schecks geld-werte Vergünstigungen z.B. für:

Kaffee, Milch, Fahrradcodierung, T-Shirt, ein Tag im Tagungshaus, Kulturveranstaltungen, Möbel ablaugen, Abo der Stadtillustrierten, Beratungsgespräche, Fremdsprachen- oder Tanzkurs, Solar-Fachbuch oder -Video, Gestaltung einer Visitenkarte, Papp-Box, Freunde der Erde, ein Stück Massivholz, Raumbeduftung, Auto teilen.

Wer zu dieser Vernetzung beitragen und Scheckhefte kaufen will, um diese an FreundInnen weiter zu verschenken, kann das Scheckheft gegen 5 DM bestellen über Netz Hessen, Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt, Tel. (0 69) 131 04 07, Fax 29 54 32.●

BUCHHINWEIS

Energiegemeinschaften organisieren

Was kann der einzelne ausrichten gegen die Übermacht der Energiekonzerne? Deren Vertreter reden zwar viel von Umweltverantwortung, tun aber letztlich wenig dafür, daß regenerative Energien wirtschaftlich werden. Ein Ansatz solche Blockaden zu überwinden sind Energiegemeinschaften. So werden Zusammenschlüsse von Menschen bezeichnet, die organisatorisch, technisch und finanziell Energieerzeugung-oder Energieeinsparprojekte betreiben. Sie sind insofern, wenn auch oft politisch motiviert, kleinere oder größere Wirtschaftsunternehmen.

Das Buch konzentriert sich auf den Bereich der Stromerzeugung, weil hier vielfältige Erfahrungen vorliegen und einzelne Rahmenbedingungen (z.B. Stromeinspeisegesetz) schon verbessert wurden. Die Energiegemeinschaften werden als wichtiges Umsetzungsinstrument für dezentrale Energiegewinnung herausgearbeitet. Außerdem befaßt sich ein zentrales Kapitel mit der Wirtschaftlichkeit, den Gründungsvorgängen und der Wahl der Rechtsform. Auch wird durch die Darstellung der Entstehung und Entwicklung schon bestehender Gemeinschaften die Idee gut veranschaulicht.

Die Ausführungen des sehr empfehlenswerten Buches schließen mit Adressen und Literatur zum Thema ab.●

Burghard Flieger

Rosemarie Rübsamen, Christiane Delfs, Gabi Haas, Rita Lassen: Energiegemeinschaften. Umweltfreundliche Stromversorgung in der Praxis, Verlag R. Piper, München 1995, DM 18,90.

MIETERINITATIVE IN FREIBURG

Die Hochhaus-Genossen von der Krozinger Straße 4

Eine Vorreiterrolle für soziale Brennpunkte könnte ein bisher einmaliges Experiment in Freiburg bekommen: MieterInnen wollen dort ein sanierungsbedürftiges Hochhaus in eigener Regie übernehmen. Die Verhandlungen mit der Siedlungsgesellschaft, der das Haus gehört, sind erstmals seit langem wieder in Bewegung geraten.

Barbara Baumgartner, Red. Genossenschaften ● Eine schöne Aussicht: der Belchen, der Schauinsland – hier im elften Stock versperrt nichts den Blick. »Ich war immer in den Bergen«, sagt Hans Willmann, »hier hab' ich sie wenigstens immer vor Augen.« Das ist als Erklärung gemeint für sein Ausharren an diesem Ort: Krozinger Straße 4, Weingarten-Ost, Freiburg.

Der Maler- und Lackierermeister Hans Willmann, 62, gehört hier seit zwölf Jahren zum bürgerlichen Rückgrat einer Adresse, die vielen FreiburgerInnen als Synonym gilt für soziales Stranden. Gegen solche Einordnung allerdings ist Willmann, der während langer Jahre »in der Fremde« einen unvoreingenommenen Blick erworben hat, weitgehend unempfindlich.

Sozialer Brennpunkt

Aber die realen Zumutungen des Milieus kann er nicht mehr verdrängen, seit er Rentner ist und viel daheim. Den verdreckten Aufzug; den Wind im Wohnzimmer, weil die Fenster nicht richtig schließen; daß man abends im Treppenhaus auf kleine Feiern stößt, unter deren TeilnehmerInnen keine MieterInnen sind. Auch eine Tatsache, die in beschäftigteren Zeiten nicht weiter ins Gewicht fiel, Willmann jetzt aber seufzen macht: Die Menschen reden so wenig miteinander.

»Eine Genossenschaft, das sind viele, und zusammen sind sie dann stark«, sagt der bedächtige Hans Willmann. Dieser Idee hat er in den vergangenen zwei Jahren seinen ganzen ruheständlerischen Tatendrang gewidmet, und jetzt, wo sie konkret wird, soll das erst recht so bleiben.

»Wäre da nicht die Aussicht«, sagt Günter Zieger, 12. Stock, »ich hätte längst meine Sachen gepackt.« So aber ist er noch da und wie Hans Willmann Aufsichtsrat einer Mietergenossenschaft in Gründung. 1973 gehörte Herr Zieger zu den ersten Mietern in einem Haus, das damals die Zukunft vorwegzunehmen schien. »Urbanität durch Dichte« hieß das Schlagwort, unter dem in Weingarten schnell und kostensparend vier Hochhäuser mit Sozialwohnungen gebaut wurden. 14, 17, 20, 22 Stockwerke hoch, auf jeder Etage sechs Wohnungen. Heute glaubt niemand mehr, daß so etwas gut gehen kann.

In den nächsten Jahren sah der Ingenieur Zieger den Kammersänger ausziehen, den Polizisten, den zweiten Ingenieur, die Beamten. Bei anderen beobachtete er, was er »innere Kündigung« nennt: Mit zunehmender Unwirtlichkeit der Bedingungen zogen sie sich in die dichte Gemütlichkeit ihrer Waben zurück und gaben den Anspruch auf, auch den Raum vor ihrer Wohnungstür als Lebensraum zu betrachten.

Erste Mitstreiter

Der Mieter Bernd Eble kann da als Ausnahme gelten. Als 1993 klar wird, daß die Stadt das Haus Krozinger Straße 4 erst im nächsten Jahrtausend sanieren wird und etwa zur gleichen Zeit in Mannheim eine Mietergenossensehaft den Weltwohnungspreis für die vorbildliche Sanierung ihrer zerfallenden Siedlung erhält, nimmt er das als Wink , wie aus der der Misere zu kommen wäre: Wir gründen eine Genossenschaft, kaufen das Haus und sanieren es selber. Einen Mitstreiter findet er im Betriebswirt und Sozialarbeiter Gerhard Steinhart. Den reizt der Beweis, daß nicht nur besserverdienende Kreise zur Selbstorganisation befähigt sind. Steinhart arbeitet ein Finanzierungskonzept aus, und Eble sucht Genossen. Zu den ersten gehört Frau Längin.

1973 ist Margarethe Längin 35 Jahre alt und zieht in die Krozinger 4 mit dem Gefühl, wieder dazusein, wo sie hingehört. Die Wiese, auf der jetzt das Hochhaus steht, ist einmal ihr Garten gewesen. Sie fühlt sich hier daheim. Während dann nach und nach die bekannten Gesichter aus dem Aufzug verschwinden, beginnt Frau Längin ihre Anschrift als Makel zu empfinden, den sie neuen Bekannten lieber verschweigt.

Den Weggezogenen begegnet sie ungern. Die reden von sich wie von Davongekommenen und bringen ihr eine Art Mitleid entgegen, die triumphierend ist. Sie sieht die Verwahrlosung ja selber. Und zieht sich in die Tadellosigkeit ihrer Wohnung zurück wie auf eine Insel. Es liegt in der Logik dieser Strategie, daß ihre Kinder keine Freundschaften im Haus schließen. Als Frau Längin von der Idee einer Genossenschaft hört, ist ihr hauptsächlicher Gedanke: Schlimmer kann es ja nicht werden.

Aus dreizehn Nationen

Im Grunde ist diese nüchterne Einschätzung das Fundament des gesamten Unterfangens, und das ist zweifellos von Vorteil: Wenn man 84 Mietparteien aus 13 Nationen unter einen Hut bringen will, sind gemeinsame existentielle Prioritäten verläßlicher als ein alternativer Lebensentwurf. Es geht nicht um große Ideen. Es geht um trockene Wände und niedrigere Nebenkosten. Eigentlich geht es doch um große Ideen. Um Verantwortlichkeit, Mitbestimmung, Solidarität; die Sehnsucht nach Intaktheit wenigstens im kleinen Kosmos Haus.

Bei der Siedlungsgesellschaft, der das Haus gehört, stoßen die Genossen mit ihren Plänen zunächst auf eine kaufmännische Bodenhaftung, die sie als borniert empfinden. Höchstens fünf Millionen für das ganze Haus können Sie zahlen? Die Gutachter sagen aber, es ist 7,7 wert. In dieser Rechnung ist der ideelle Wert des Projekts keine zu quantifizierende Größe. In den folgenden Verhandlungen tritt man auf der Stelle.

Mit der Genossenschaft aber geht es derweil voran. 20 MieterInnen sind im April 1995 Mitglied, 42 im November, ein Jahr danach fast 60. Weiß Gott nicht alles AktivistInnen. Aber ein harter Kern hat sich entschieden, wieder Hoffnung in dieses Haus zu stecken, und ist jetzt nicht mehr so einfach zu bremsen.

Die Genossen veranstalten Hausfeste, fangen mit Ausbesserungsarbeiten an, gehen an die Öffentlichkeit. Und werben unermüdlich neue Mitglieder. Am hartnäckigsten schlägt ihnen dabei die verinnerlichte Kleine-Leute-Erfahrung entgegen: Das können wir doch nie bezahlen. Einfach abtun kann man diesen Einwand nicht. »Unter betriebswirtschaftlichem Gesichtspunkt ist das ein unendlich schwieriges Projekt«, sagt Steinhart.

Krozinger Str. 4

Gründungsversammlung vom 12.4.95 im Stadtteilbüro Weingarten, Krozinger Str. 9

Knackpunkt Finanzierung

Als Mindestanteil verlangt die Genossenschaft von jedem Mieter nur 300 Mark und die zwei als Kaution hinterlegten Monatsmieten. Selbst wenn dann einige mehrere Anteile zeichnen und man externe Mitglieder gewinnt, bleibt noch ein riesiger Brocken, der über einen Kredit finanziert werden muß. Wie es gehen kann, rechnen die Enthusiasten den Skeptikern wieder und wieder vor.

Um diesen Enthusiasmus von sich abzulenken, ist Familie Huber (Name geändert) schließlich beigetreten. Teilen kann sie ihn nicht. »Ich will hier nur noch raus«, sagt Herr Huber und wirkt erschöpft. »Hier wird Sonntagmittag gebohrt, am Samstag blockieren Einkaufswagen den Aufzug; wenn Sie Ihr neues Auto in die Garage stellen, ist am nächsten Tag garantiert etwas verbogen. Man kann hier nichts ändern, das Haus ist zu hoch. Aber die Idee ist schön«, sagt Herr Huber.

Es gibt in der Nummer vier eine Reihe von MieterInnen, die nicht so sicher sind, ob eine Genossenschaft eine gute Idee ist. Sie kommen aus Gegenden, wo man zwangsweise Genosse war, das hat gewisse Vorbehalte hinterlassen. Kein Grund zur Kapitulation, sagen die Aktiven. Und wie um sich selber bei der Stange zu halten, staffieren sie ihre schöne Vision bei jedem Treffen mit neuen Verlockungen aus. Entwerfen Möglichkeiten mit der frischen Lust von Menschen, die nicht wirklich damit gerechnet haben, daß es auf ihre Vorstellung von einem Haus noch einmal ankommen würde. Aus Balkonen könnte man Wintergärten machen; ein Stockwerk mit altengerechten Wohnungen ausstatten; die Fassade begrünen. Einer bringt Hundertwasser ins Gespräch.

Wachsendes Selbstvertrauen

Auf diese Weise halten sie ihre Idee zwei ereignisreiche und ergebnisarme Jahre am Leben, und wer heute nachfragt, trifft auf eine Begeisterung, die jung scheint wie am ersten Tag. Außerdem ist da beträchtliches Selbstvertrauen zu spüren und große Zuversicht. Es muß einfach gutgehen, nicht nur wegen ihnen. Wegen ganz Weingarten. »Zuerst machen wir es in der 4«, sagt der Ingenieur Zieger, in einem Ton, daß man aufgekrempelte Ärmel vermutet, »hier geht es am leichtesten: das Haus ist nicht so hoch. Dann können es auch die anderen versuchen.« Die Nummer vier als Vorkämpfer, Hoffnungsträger. Frau Längin spürt aller Augen auf ihrem Haus und sagt: »Schlimmer, als es nicht zu kriegen, wäre, es zu kriegen und dann zu scheitern.«

Weil Frau Längin ein so vorsichtiges Naturell hat, zögert sie noch, sich über die gute Nachricht der letzten Woche zu freuen: In die Verhandlungen mit der Siedlungsgesellschaft ist Bewegung gekommen. Plötzlich scheint vieles möglich: Die Siedlungsgesellschaft könnte selbst Mitglied werden und einen schönen Batzen Geld beisteuern. Vielleicht kommt die Stadt der Genossenschaft mit dem Grundstück entgegen. »Wenn alles gut geht«, sagt Bernd Eble, »wird die Krozinger Straße vier im nächsten Sommer den Mietern gehören.« Eine schöne Aussicht.●

GRÜNDERINNENZENTRUM

Vier Jahre nach Unterzeichnung des Kaufvertrages über eine alte Ostberliner Kosmetikfirma eröffnete Mitte September die WeiberWirtschaft e.G. das größte Gründerinnenzentrum Europas. Mehr als 40 Betriebe und Projekte sind mittlerweile eingezogen.

Doch die Genossenschaft hat bei einem Vermietungsstand von derzeit 60% noch eine Durststrecke vor sich. Die Kapitaldecke der 1.020 Genossinnen zählenden WeiberWirtschaft ist dünn, noch immer übersteigen die Mieteinnahmen nicht die Bankfinanzierung. Doch die Frauen sind zuversichtlich. Bei Mietpreisen von durchschnittlich 15 Mark würden Mieterinnen sicher nicht lange auf sich warten lassen.

»Vollvermietung ist oberstes Ziel der WeiberWirtschaft, um langfristig tragfähig zu werden.« Dafür, so die Aufsichtsratsvorsitzende Isabel Rothe, könne »nach Einzelfallprüfung« auch schon mal an einen Betrieb vermietet werden, dessen Chef keine Frau ist, in dem aber Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden.●

dp

VERANSTALTUNG:

Betriebliche Demokratie weiterentwickeln: Die Zukunft produktivgenossenschaftliche Unternehmen in Deutschland und Europa

Als Kernprobleme demokratischer Unternehmen werden meist Absatz, Finanzierung, Leitung und innerbetriebliche Solidarität bezeichnet. Diese vier Themen werden auf einer Tagung intensiv aufbereitet, veranstaltet vom Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, der CECOP und dem NETZ vom 28.02.-02.03.97 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Vermutlich wird es in absehbarer Zeit keine Veranstaltung geben, die das Thema Produktivgenossenschaften so ausführlich und fundiert aufbereitet.

Neben dem politischen Rahmenbedingungen werden die vier genannten Problembereiche jeweils aus Sicht der Praxis (Geschäftsführer von Produktivgenossenschaften) aus der Theorie (Genossenschaftswissenschaftler) und der Konzeption (Genossenschaftsberater) dargestellt. Ein Überblick über die Vielfalt und besonderen Probleme produktivgenossenschaftlicher Unternehmen leitet in die Tagung ein. Anschließend stehen Möglichkeiten der innovativen Weiterentwicklung im Vordergrund wie solidarische Teamorganisation, genossenschaftliche Handlungskompetenz, gemeinschaftliche Eigenkapitalbildung und kooperatives Marketing.

Das Seminar wendet sich vorrangig an MitarbeiterInnen demokratischer Betriebe, Mitglieder in Weiterbildungseinrichtungen sowie Betriebsräten von Auffanggesellschaften. Literaturempfehlung zum Seminar: Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Metropolis Verlag, Marburg 1996, DM 68.–. Information und Angebote zur Mitarbeit an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel/Fax: 0761/709023.●

Anzeige

Aus unserer Reihe Ratgeber

Vereinspraxis

Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen

plus Diskette mit Mustertexten

144 S. * DM 19,80 * ISBN 3-923126-94-8

Der Ratgeber wurde aus der täglichen Beratungs- und Fortbildungspraxis heraus entwickelt. Er gibt Hilfestellung vor allem zu folgenden Punkten: Gründung * Rechtsform und Vereinsorgane * Steuern und Gemeinnützigkeit * Rechnungslegung * Arbeitgeberpflichten, Arbeitsverträge und Versicherungen * EDV im Verein * Spezialprobleme wie Spenden, Sponsoring, Rücklagen, Aufwandsentschädigung, Haftungsfragen * Auflösung, Konkurs.

Die beiliegende Diskette enthält nützliche Mustertexte, die direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden können.

In jeder Buchhandlung oder direkt bei:

AG SPAK

Adlzreiterstr. 23, 80337 München
Tel. (089) 77 45 71 – Fax 77 40 77

»QUELLEN DES RASSISMUS«

Ein »Antirassistisches Geschichtsbuch«?

Der in Trier ansässige Autor Thomas Geisen hat im IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation in der Reihe »Oldenburger Forschungsbeiträge zur Interkulturellen Pädagogik« ein anspruchvolles Buch herausgebracht. In einer Zeit, in der der Begriff des Rassismus zur hohlen Phrase zu verkommen droht, weil niemand so recht weiß, was eigentlich gemeint ist, hat Geisen sich die Mühe gemacht, dazu umfassend zu recherchieren.

Er beginnt mit der Entstehung des Begriffes, die er auf das 15.Jahrhundert datiert. Auf 214 Seiten betrachtet er u.a. die diversen »Rasse«-Theorien, z.B. diejenigen von Chamberlain oder Gobineau und zeigt den Versuch der Verwissenschaftlichung einer unwissenschaftlichen Idee durch die damaligen Machthaber.

Ein wesentliches Kapitel im Buch widmet sich der Rolle des Rassismus in der Zeit des deutschen Kolonialismus, was nicht unbedingt zum Allgemeinwissen gehört, und führt von dort zur Verbindung mit dem »Antisemitismus im Nationalsozialismus«. Geisen hat sich im Gegensatz zu vielen anderen politischen Aktivisten mit dem für ZeitgenossInnen so wichtigen Thema sehr ausführlich auseinandergesetzt. Durch diese Voraussetzung sind ihm Plattheiten fremd, wie sie ansonsten auch von hochrangigen deutschen Politikern zu diesem Thema immer wieder geäußert werden.

Es wird verständlich, wie und warum der Rassismus im Nachkriegsdeutschland wieder salon- und straßenfähig werden konnte, bis hin zur Sanktionierung durch die sogenannten Ausländergesetze und der quasi-Abschaffung des Asylrechts. Geisen nennt dies »Staatlich institutionalisierten Rassismus«.

Die Beziehung des neuerdings wieder modern gewordenen Ideals der »Natürlichkeit« korrespondiert nach Geisen mit Neo-Biologismus und Neo-Faschismus – allerdings zum Nachteil einer gerechteren Gesellschaft. Das den Medien oder auch der Schul- und Jugendbuchliteratur ein gehöriges Maß an Mittäterschaft dabei zukommt, handelt er in separaten Artikeln ab. Inwieweit der Sexismus, also die latent in der Gesellschaft vorhandene Frauenfeindlichkeit, ähnliche Herrschaftsstrukturen (Ausbeutungsverhältnisse) aufweist und insofern ein für inhumane Gesellschaften konstituierendes und dem Rassismus zuarbeitendes Strukturmerkmal ist, wird im Buch gut herausgearbeitet. Die Arbeit ist im Detail genau und trotz der Beschränkung auf das Notwendige ausreichend in der Information.

Eine ausführliche Literaturliste zeigt den Kontext der Arbeit auf und liefert den Interessierten Hinweise auf weiterführende Literatur. Alles in Allem ein gelungenes Buch, eine Weiterbildungslektüre für theoretisch Anspruchsvolle und AnfängerInnen in der antirassistischen Arbeit.

Mein Vorschlag: Hinein in die »Schulen der Nation« mit diesem Buch.●

Gerhard Kern

Thomas Geisen »Antirassistisches Geschichtsbuch – Quellen des Rassismus im kollektiven Gedächtnis der Deutschen«, IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt 1996, (ISBN 3-88939-028-3) DM 34,80.

DER LÜBECKER BRANDANSCHLAG

Am 18. Januar 1996 brennt die Flüchtlingsunterkunft in der Lübecker Hafenstrasse, zehn EinwohnerInnen sterben. Die Staatsanwaltschaft präsentiert kurz danach den Täter: Safwan Eid, einen der BewohnerInnen. Alle Spuren, die in Richtung einer Gruppe von vier anfänglich ebenfalls tatverdächtigen Nazis aus dem Lübeck benachbarten Grevesmühlen zeigen, werden systematisch ignoriert, statt dessen immer neue Tatmotive für Eid konstruiert. Der Brandausbruchsort und -zeitpunkt wird so festgelegt, daß ein Brandanschlag von außen ausgeschlossen werden kann, Spuren vernichtet, Gespräche zwischen Eid und seiner ihn in der Untersuchungshaft besuchenden Familie abgehört und die Räume des in der Solidaritätsarbeit engagierten Lübecker Bündnisses gegen Rassismus von der Polizei durchsucht.

Zu Beginn des Prozesses gegen Safwan Eid im September legte Wolf-Dieter Vogel, Innenpolitik-Redakteur der linken Tageszeitung *junge Welt*, sein Buch *»Der Lübekker Brandanschlag«* vor. In ihm präsentiert er die Ergebnisse seiner Recherchen und zeichnet die Ereignisse seit Januar 1996 ausführlich nach. Vogel nennt die Ungereimheiteiten, wirft die Fragen nach Handelnden, ihren Interessen, Methoden und Opfern auf. Wenn Safwan Eid freigesprochen werden sollte, was nicht unwahrscheinlich ist, aber Vogel zum Zeitpunkt der Verfassung des Buches noch nicht wissen konnte, wird dies den Anschein des »aus Mangel an Beweisen« haben und es werden, weit schlimmer, die Täter, die den Tod von zehn Menschen verursachten, vermutlich ungestraft davonkommen.

Von einer beängstigenden Normalität sind die in diesem Buch erwähnten Fälle, die ähnlich inszeniert wurden wie der in Lübeck, aber bei weitem nicht diese (kritische) Öffentlichkeit hatten: Gaby Hommel berichtet aus Hattingen im Ruhrgebiet, wo im Juni 1993 – und wer es schon vergessen haben sollte, dies war der Monat des Brandanschlages in Solingen –, Yasar Ünver der Brand des von ihr und ihrer Familie bewohnten Hauses in die Schuhe geschoben werden soll. Im März 1996, also fast drei Jahre nach dem Brand, wird Frau Ünver vom Vorwurf der Brandstiftung freigesprochen. Ein weiteres Beispiel, das für die Beteiligten nicht so glimpflich zu Ende ging, dokumentiert Bernd Siegler aus dem in der bayerischen Oberpfalz liegenden Erbendorf. Hier fand, ebenfalls im Juni 1993, ein Brandanschlag auf das von der Familie Güdük bewohnte Haus statt. Herr Güduk wird verhaftet, und im April 1994 freigesprochen. Er verliert seinen Arbeitsplatz, die Familie muß den Ort verlassen und hat nach dem Prozeß 100.000 DM Schulden.

Miriam Lang stellt in ihrem sehr guten Beitrag den strukturellen Rassismus der Berichterstattung in den Medien dar. Ferner erhält der Band neben weiteren Beiträgen auch Interviews mit Kibolo Katuta, einem der Überlebenden des Lübecker Brandanschlages, Michael Bouteiller, dem Bürgermeister von Lübeck und Geoffrey Bindman, Mitglied der Internationalen Untersuchungskommission.

Das von MigrantInnen-, antirassistischen und antinationalen Gruppen aus Hamburg erstellte Info *»dir warn's«* stellt Verbindungen zwischen »Lübeck« und dem derzeitigen Zustand der deutschen Nation her. Für sie zeigt sich die alltägliche Reaktion von Angehörigen der deutschen Volksgemeinschaft – Polizisten, Medienschaffende, Staatsanwaltschaft, ... – auf einen Brandanschlag, der einen rassistischen Hintergrund vermuten läßt. Einer Volksgemeinschaft, die sich in dem gemeinsamen Wunsch bildet, es möge kein Deutscher gewesen sein, in der Freude von taz bis FAZ als sich dann der »wahre Täter« findet, ein Ausländer.

Die VerfasserInnen gehen davon aus, daß die rassistische Befindlichkeit der Deutschen gar kein anderes Verhalten zuließ, als das Geschehene: Es durfte kein Deutscher gewesen sein, und genau so verhielten sich unabhängig voneinander die Beteiligten. Die erfrischend zugespitzte Kritik und Polemik von *»dir warn's«* ist als Ergänzung und Erweiterung zum Buch und zur teilweise umstrittenen politischen Argumentation des Lübecker Bündnis gegen Rassismus unverzichtbar.●

Bernd Hüttner

Wolf-Dieter Vogel (Hrsg): Der Lübecker Brandanschlag. Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Brandanschlag, 128 S., 19,90 DM, Elefanten Press Verlag 1996
dir warn's, Nr. 0 und 1, Juli bzw. September 1996; 16 S., 50 Pfg plus Porto bei: dir warn's, c/o Antirassistisches Telefon, Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg

DIE AUSCHWITZLEUGNER

Gerade in den letzten Jahren haben die Aktivitäten der sogenannten »Revisionisten« zugenommen: Die von ihnen verbreitete »Auschwitzlüge«, Inbegriff der Leugnung des Holocaust, steht im Mittelpunkt ihrer Propaganda.

Das Buch »Die Auschwitzleugner« befaßt sich mit dieser Thematik und macht deutlich: Die Bemühungen dieser Rechtsextremisten, den deutschen Faschismus von seinen schwersten Verbrechen zu »befreien«, um ihren politischen Spielraum zu erweitern, ist schier unerschöpflich. Das Buch informiert umfassend über Inhalte und Träger dieser Propaganda und stellt ihren Geschichtslügen die historische Wahrheit entgegen.

»Die Auschwitzleugner« erscheint in der »Antifa-Edition« des Elefanten-Press-Verlages, in der auch die ebenfalls empfehlenswerten Bücher »Antifa-Reader« und das »Handbuch des deutschen Rechtsextremismus« erschienen sind.●

Jörg Petersen

Baila-Galanda / Benz / Neugebauer (Hg.): Die Auschwitzleugner. 396 Seiten, Broschur, 39,90 DM, Elefanten-Press

SMELLS LIKE ... TERROISM!!

Die CD »Baader-Meinhof« des »hate socialist collective«

Einen ganz anderen Umgang mit potentiell 'dissidenten' Inhalten dokumentiert das bisher leider nur als England-Import oder beim gutsortieren Plattenladen erhältliche *Baader Meinhof* (CDHUT 36*7243 8 42148 2 1; müßte über Polygram erhältlich sein). Dem *hate socialist collective* um Luke Haines, vor nicht allzulanger Zeit noch bei den als *Smiths*-Nachfolgern gehandelten *Auteurs* tätig, gelingt hier ein beeindruckend radikal persönlicher Entwurf zur ästhetischen Bearbeitung eines Mythos, der zumindest die westdeutsche Linke als auch FAZ, Springer und den Spiegel seit den 70er Jahren beschäftigt. Um so interessanter, daß dieser Entwurf aus England kommt.

Eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung über die (frühe) RAF zu führen, scheint mir in diesem Rahmen leider unmöglich: So wäre unter anderem eine Diskussion über die Überführung *und* Wechselwirkung linksradikaler Bilder der Ikone RAF (die meistens die Personen hinter den Texten verschwinden ließen), bürgerlich-historisierender Verklärungen der RAF, die an Ulrike Meinhof eine besondere Zuspitzung erfuhr (»gute Journalistin, böse Terror-Ulli«), und, wozu auch diese CD beiträgt, der Konstruktion der Popikone »Baader-Meinhof« (wie es auch *Milch* im House-Kontext mit »Kinderbrei« vorführen) spannend. Ferner darüber, ob und wie weit es möglich ist, mit künstlerischen Mitteln wie Arrangement, Instrumentierung, Text, konzeptueller Zusammenhang, eine konstruktive Annäherung an 'Baader-Meinhof' zu unterstützen oder vielleicht nur seine »emotionale Seite« sichtbar zu machen. Selbstverständlich wäre diese »Stütze« lediglich für Leute mit einer ganz bestimmten 'sozialen Geschichte' handhabbar ...

Baader Meinhof imponiert durch seine Geschlossenheit: Das programmatische »Baader Meinhof«, anfangs klassisch-Lagerfeuer-hymnenhaft mit dramatischen Streichern und im Epilog traurig-zurückhaltend, rahmt das Ganze ein. Von »Meet Me at the Airport« an bis »Mogadishu« werden Stimmungsfelder analog zu bestimmten »historischen Anhaltspunkten« vermittelt. Das kann der Bezug auf ein Bewußtsein der '68-er' von einer pop-rebellischen Seite her sein (beispielsweise 'Drogen', Freiheit, 'Petra Schelm is dead' in »There's Gonna Be An Accident« als Mittel, um einen Weg in den – was denn nun: Untergrund, Widerstand, Terrorismus? – zu beschreiben). Das »Theme From 'Burn Warehouse Burn'« klingt denn auch verdächtig wie die Soundtrackuntermalung einer Verfolgungsszene aus einem Krimi, stilistisch durch ein hektisch groovendes Baßriff angedeutet. »GSG 29« verzichtet als einziges Stück auf Stimme wie melodiöse Elemente. Statt dessen sorgt eine tückische Brummschleife für eine verwirrend »ruhige« Atmosphäre und scheint den Wendepunkt des Albums zu markieren. Und die nachfolgenden »It's A Moral Issue« und »Back on the Farm« handeln tatsächlich von einer Gefühlswelt nach 'Mogadischu': »I was the first / back on the farm / possibility and me / Back on the farm – Well he took a leaf he lives and dies by his deed / back on the farm / and the Kids / he Politicised / This is the Holger Meins Commando / He was my brother I'll do Anything for him (...)«. Die Musik von *Baader Meinhof* ist durch einen 'wimpy style' gekennzeichnet, der vor allem in England produziert wird. Um allerdings Mißverständnissen vorzubeugen: Diese CD klingt nicht oder wenn nur entfernt nach Britpopbands wie Oasis oder Suede.

Musikalisch fällt zunächst die Kombination aus Schlagzeug, Baß, Gitarre und kammermusikalische Streichern auf. Im Gegensatz zu beispielsweise Soul- oder Discoproduktionen, in denen »klassische« Instrumente meist, in dicke Orchesterarrangements eingepackt, die Funktion von Klangteppichen einnehmen, haben hier Violine, und zwei Celli melodische Aufgaben. Das klingt jetzt nach Kunst/künstlich, ist es aber nicht. Eher »the golden Indie-Age«: Die einfache Akustikgitarre ergänzt den Gesamtklang auf eine britpoppige Weise. Trotzdem klingt *Baader Meinhof* nicht nach Oasis, eher schon nach Oasis goes Henry Mancini (Soundtrackkomponist).

Die Texte konstruieren zusammen mit der Musik und der konsequenten Cover-Fahndungsästhetik die Pop-Ikone »Baader-Meinhof«. Es kommt durch die Personalisierung von Widerstand bei gleichzeitiger Ikonisierung und damit Verfremdung des Anliegens von Widerstand zu einer Sinnverschiebung. Was bleibt, ist die Frage, was solch ein brilliant ausgearbeiteter Entwurf im Sinne von Dissidenz und (natürlich auch) Stil bedeutet und erreichen kann. Und da wir gerade bei 'Stil', also auch bei 'Klasse' sind: Wie verhält es sich noch gleich mit dem »Avantgardegedanken als bildungsbürgerlichem Exklusivraum«? Welche Märkte lassen sich mit linkem Spezialwissen heute erreichen? Seit wann ist Terrorismus wieder sexy?●

Romuald Leonhardt

DROGENKALENDER

Liebgewonnene Vorurteile über Drogen abbauen – das ist die Devise dieses Kalenders. Hier werden uns Woche für Woche provozierende Häppchen zum Thema Drogen verabreicht – immer locker-unterhaltsam, wie es sich für einen Taschenkalender gehört.

Ob harte oder weiche Drogen, legale oder illegale: Der Umgang mit ihnen und die gesellschaftliche Einstellung zu ihnen werden durch teils erheiternde, teils zum Nachdenken anregende historische und aktuelle Zitate beleuchtet – garniert mit Fakten, aufgelockert durch viele Cartoons und alte Werbeanzeigen (als z.B. Coca-Cola noch Kokain enthielt).

Daß das ganze weder hochgestochen noch langweilig daherkommt, dafür bürgt allein schon der Name unseres Autors Henning Schmidt-Semisch (»Drogen als Genußmittel«, »Die prekäre Grenze der Legalität«), der – zusammen mit dem ebenfalls einschlägig bekannten Sebastian Scheerer – die Zitate und Abbildungen zusammengestellt hat: Er versteht es halt, ein umstrittenes Thema pfiffig und provokant darzustellen.●

u.b.

Der Drogenkalender 1997, Taschenkalender, A6, 224 Seiten, ISBN 3-930830-01-9, DM 14,80 / ÖS 110,– / Sfr 14,80
In jeder Buchhandlung, die was auf sich hält – oder direkt beim Verlag: AG SPAK Bücher, Adlzreiterstr. 23, D-80337 München, Tel. (0 89) 77 45 71, Fax 77 40 77

JUBILÄUMSBROSCHÜRE

»Vorwärts und nicht vergessen – 70/20 Jahre Rote Hilfe«

ist der Titel der jetzt erschienen Jubiläumsbroschüre der Roten Hilfe. Dokumentiert wird die wechselvolle Geschichte der Roten Hilfe von der größten revolutionären Massenorganisation der Weimarer Republik bis zu ihrer wechselhaften Geschichte seit Neugründung Anfang der 70er Jahre hin zur jetzigen Zeit.

Umfangreiches Quellenmaterial wurde gesichtet und verarbeitet. Belegt durch zahlreiche Bilder und Tabellen gelingt es den VerfasserInnen, einen gelungenen Eindruck von der einstigen Bedeutung der Roten Hilfe zu vermitteln.

Besonders wird in der anschaulich und ansprechend gestalteten, 62 seitigen Chronologie noch einmal auf die Notwendigkeit linker Solidaritätsarbeit – gerade in der heutigen Zeit – hingewiesen.

Die Dokumentation kostet 8.– DM und ist erhältlich in linken Buch- und Infoläden, sowie direkt bei :
Rote Hilfe, Postfach 6444, D-24125 Kiel Tel. (AB)/Fax (04 31) 7 51 41. Über diese Adresse kann selbstverständlich auch weitergehendes Infomaterial angefordert werden.

ub

HANDBUCH BIO-VERMARKTUNG

In der neuen Veröffentlichung von Kai Kreuzer werden die vielfältigen Möglichkeiten der Vermarktung von Lebensmitteln aus ökologischer Landwirtschaft in ihren unterschiedlichen Herangehensweisen und Größenordnungen dargestellt: Hofläden und Direktvermarktung, Wochenmärkte, Naturkostkontore auf Großmärkten, Bio- und Naturkostläden. Lieferdienste und Gemüseabo-Dienste als neue Entwicklungen in diesem Bereich werden ebenfalls vorgestellt.

Den zweiten Strang in der Bio-Vermarktung stellen die eher selbstorganisierten, nicht gewinnorientierten Bereiche dar: Foodcoops und Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften. Ein dritter Sektor von Absatzwegen, der zur Zeit bei weitem noch nicht ausgeschöpft sein dürfte, sind die neuen, in der Szene teilweise kontrovers diskutierten: Bio-Ware im Supermarkt, in der Gastronomie und/oder als Tiefkühlware, die Vermarktung an GroßverbraucherInnen (Betriebs- und Behördenkantinen, Krankenhäuser, Uni-Mensen etc.) oder der Öko-Party-Service. Alle Vermarktungswege werden anhand mehr oder minder prominenter Beispiele vorgestellt, so daß den mit der Materie befaßten auf den ersten Blick manches bekannt vorkommen dürfte. Auf den zweiten Blick gibt es aber noch viel Neues zu entdecken und Kreuzer gibt auch viele nützliche Zahlen – vor allem zu betriebs- und arbeitswirtschaftlichen Aspekten verschiedener Vermarktungswege – mit an die Hand.

Weitere Kapitel behandeln die Bio-Anbauverbände und die EG-Bio-Verordnung, die Fortbildungsmöglichkeiten in der Szene und den Finanzierungsmöglichkeiten neuer Vermarktungswege. Ein interessanter Exkurs führt in die »natural food stores« und die »Foodcoop«-Szene in den USA, die dort ganze andere Dimensionen haben als hierzulande.

Das Buch behandelt zwar nur die Vermarktung von ökologisch erzeugten Lebensmitteln, seine Erfahrungen, Beispiele und Thesen sind aber für andere Bereiche alternativer Agrarpolitik und Regionalentwicklung – wie etwa die Vermarktung von regional erzeugten Lebensmitteln – übertragbar. »Bio-Vermarktung« ist ein übersichtliches Handbuch zum Thema und dürfte sowohl für Profis wie für interessierte oder neugierige VerbraucherInnen spannend sein, auch der relative hohe Preis ist angesichts der über 200 meist farbigen Fotos angebracht und sein Geld wert.

Das ganze Buch durchzieht eine grundlegend positive Stimmung: Alle auf Fotos abgebildeten Menschen lächeln, es gibt nur zufriedene VermarkterInnen und KäuferInnen, im Buch scheint es nur eine Jahreszeit, den Sommer, zu geben. Dieser Eindruck ist der vom Autor mit dem Buch beabsichtigten positiven Außendarstellung der »Bio-Szene« geschuldet. Wo die Darstellung aber in eine Verharmlosung der Realitäten umschlägt, ist dies zu kritisieren: Vom Konkurrenz- und beginnenden Wachstumsdruck den es mittlerweile auch unter den Bio-ProduzentInnen und Bio-VermarkterInnen gibt, findet sich kaum ein Wort, ebenso zu den Arbeitsbedingungen. (Direkt-) Vermarktung ist – zumindest auf dem Bauernhof – vorrangig die Arbeit der Frau. Sie kann – muß aber nicht – zu mehr Selbstbewußtsein und damit Freiheit für die Bäuerin führen, genauso kann Direktvermarktung aber auch bedeuten, daß auf die Frau Mehrfachbelastung und/oder auf die gesamte Familie mehr Arbeit zukommt, um den Betrieb angesichts widriger Umstände zu halten.

»Welche Wege geht die Bio-Kost?« Nach der Lektüre von »Bio-Vermarktung« hat mensch den Eindruck der Professionalisierung und der Wachstumsorientierung. Dieser Weg bringt sicher einige Vorteile, vor allem niedrigere Preise und bessere Verfügbarkeit ökologischer Lebensmittel für die VerbraucherInnen. Welche Nachteile mit diesem Entwicklungstrend aber auch verbunden sein können, ist an der konventionellen Landwirtschaft abzulesen, die diese Schritte schon lange hinter sich hat. Die ökologische Landwirtschaft läuft heute Gefahr, unter Umständen einige Fehler zu wiederholen, z.B. indem sie sich an große Strukturen bindet.●

Bernd Hüttner

Kai Kreuzer: Bio-Vermarktung. Vermarktungswege für Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung; pala-verlag Darmstadt 1996, 254 S., 39,80 DM

JOBS

Ruffini WEINHAUS · CAFE · KONDITOREI · LADEN
wir suchen ab sofort für unseren selbstverwalteten Betrieb eine/n

Vollkorn-Bäcker/in

schreiben Sie uns, oder rufen Sie an:
Café Ruffini, Orffstr. 22-24,
D-80637 München
☎(0 89) 16 04 28

Kreativ, spontan und dynamisch...
wollen wir sein. Einschätzbar und exakt müssen wir für unsere Zuschußgeber sein – und eine gewisse Kontinuität ist auch sonst für die Arbeit nicht schlecht. Um dieses Spannungsfeld zwischen selbstorganisierter Jugendarbeit und Professionalität etwas zu entschärfen, suchen wir ab 1.1.1997 eineN hauptamtlicheN MitarbeiterIn. Es handelt sich um eine Stelle in der Jugendumweltarbeit, die mit mind. BAT VIa vergütet wird. Wir wünschen uns eineN MitarbeiterIn, der/die möglichst ein abgeschl. Studium und Berufserfahrung, fundierte Buchführungs- und Organisationskenntnisse hat und schon in Initiativen mitgearbeitet hat.
Dein Arbeitsort ist unser Landesjugendbüro in Hannover. Dort wirst Du zusammen mit anderen Hauptamtlichen im Team arbeiten, das weitgehend eigenständig die Aufgabenverteilung regelt. Schriftliche Bewerbungen an Jugendumweltnetzwerk, JANUN e.V., Goebenstr. 3A, D-30161 Hannover

Engagierte Frau (päd. Ausbildung / Hauswirtschafterin / Köchin) für Mitarbeit in einem teamgeführten heilpädagogischen Kleinheim für Kinder mit Erziehungs- bzw. Beschulungsschwierigkeiten gesucht. Bezahlung in Anlehnung an BAT.
ÖGEK e.V., Dorfstr. 10a, D-55624 Schwerbach
☎(0 65 44) 84 03

ALAN
Umzüge, Schreinerei
Handel mit ökol. Baustoffen,
Gebrauchtwaren
Betrieb in Selbstverwaltung
Wir suchen ab Frühjahr '97 eine(n) neue(n) Kollegen(in) für den Umzugsbreich (Organisation und Ausführung). Diesbezügliche Erfahrungen sind erwünscht, aber nicht Bedingung.
Interesse an kollektiven Strukturen und gesamtbetrieblichen Zusammenhängen wird von uns vorausgesetzt.
Weiter Informationen unter
☎(0 71 21) 95 56 31
ALAN GmbH, Hoffmannstr. 12, D-72770 Reutlingen

grünzeugs, Garten- und Landschaftsbau, sucht 1 Landschaftsgärtner/in zum Mitmachen ab 1997. Uns gibt es seit acht Jahren nähe Oldenburg
☎(0 44 05) 62 46, Fax 4 96 97

PROJEKTE

LEBENSGEMEINSCHAFT mit ökologisch-spiritueller Orientierung (auf Einzelhof am Nordrand des Sauerlandes) sucht weitere Mitglieder, möglichst mit Erfahrungen/Interesse an Vermarktung von Bio-Gemüse oder Kochen für den Seminarbetrieb oder umweltverträgliches Bauen.
BEHRINGHOF-GEMEINSCHAFT, Zum Behringhof 3, D-58739 Wickede-Ruhr

Halle zu vermieten für Schreinereikollektiv oder andere Nutzung. Wir bieten 250 qm Halle mit Maschinenpark und Einbindung in libertären ökologischen Gewerbehof.
Die Wespe e.V., Friedrichstr. 36, D-67433 Neustadt
☎(0 63 21) 3 06 97
c/o Ökohaus Firnis, Uli Scherrer

Stadt-Land-Solidargemeinschaft sucht Menschen mit Kenntnissen im Bereich Landwirtschaft / Gemüseanbau und Interesse an »ganz anderem« Leben & Arbeiten auf'm Land
☎(04 21) 70 58 07 oder 70 66 16
Wir wollen mehr werden! –und suchen Menschen (Groß, klein, jung, alt), die mit uns arbeiten und leben wollen. Der HELOHO existiert seit 7 Jahren in Thüringen/Jena und bietet als erweiterungsfähige Kommune mannigfaltige Möglichkeiten.
HELOHO, Schmölln 15,
D-07768 Hummelshain

JOBSUCHE

Tischler (25 J.) sucht ab sofort Mitarbeit in ökologischer Tischlerei in ganz Deutschland.
Zuschriften an: Bernd Seifert, Demianiplatz 32, D-02826 Görlitz

KALENDER

Er ist wieder da! Nach einem Jahr Paus ist der Atomkraft Nein! Kalender wieder erhältlich. Der Preis beträgt 9 Mark. Schickt Eure Bestellung an: Umweltzentrum e.V., Scharnhorststr. 57, D-48151 Münster, Kto-Nr. 365940, BLZ 400 501 50, Stadtsparkasse Münster (Vorkasse oder Scheck).

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Sich ein Bild vom Widerstand machen...

Wir stellen uns quer!
Bilder vom Widerstand gegen die Castor-Transporte nach Gorleben: Castor-Buch 2
Fotos von den beiden Castor-Transporten nach Gorleben 1995 und 1996 und von der Zeit dazwischen. Texte, die manches Hintergründige und Vordergründige kurz beleuchten. Und der Frage nachgehen, die viele Menschen beschäftigt, die auf das Wendland und seine BewohnerInnen schauen: Warum geben die eigentlich niemals auf?
Herausgegeben von Katja Tempel und Jochen Stay, 188 Seiten, teilweise in Farbe, Preis 35 DM, ISBN 3-932270-01-0

Gorleben 1997
Der Widerstandswandkalender
Damit der Gorleben-Widerstand auch im nächsten Jahr präsent bleibt, haben wir einige der eindrucksvollsten Bilder von den Aktionen rund um den letzten Castor-Transport ausgesucht. Die Bilder sind schön, aber nicht beruhigend. Sie sind drastisch, aber nicht abschreckend.
13 großformatige (33 x 47 cm) Farbbilder, Preis 25 DM (inkl. 5 DM Spende für die BI L.-D.), ISBN 3-932270-02-9

Tolstefanz
Wendländisches Verlagsprojekt

Tolstefanz, Landstr. 6, 29462 Güstritz, Fax: 05843 / 7527

clock work
zusammen für befreiung kämpfen

clockwork nr.43
★ *zur solidarität mit dem kampf in chiapas*
★ *knastkämpfe in der türkei und in kurdistan*
★ *gespräch mit esther bejarano*
★ *zur kriminalisierung des kurdischen befreiungs-kampfes durch die brd-justiz*
★ *zur aktualität von lenins imperialismus-analyse*

einzelexemplare für 3dm in briefmarken und abobestellungen bei clockwork, postfach1205, 55002 mainz

ANtifaschistische NAchrichten Saar
Nr.30
Nov-Jan 96/97
4 DM

aus dem Inhalt:
Interkontinentales Treffen in Chiapas ★
Interview über einen Reise nach Chile ★
Kurdistan - Irak - Türkei ★
Antifa-Tage in Saarlouis ★
Prozeß in Lübeck ★

Interview mit Hans und Tosca Lebrecht (KP Israel) zur Geschichte der KP Israels, zur aktuellen Situation in Israel und den besetzten Gebieten nach den Wahlen und zum Antisemitismus und Rassismus in Deutschland. (Beilage 16 Seiten) ★

ANtifaschistische NAchrichten Saar ★
Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★
Sonderpreis wg. der Beilage 4 DM + Porto ★
6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★

Seit 20 Jahren kompetent
SOZIAL EXTRA
Die monatliche Fachzeitschrift für sozial engagierte Menschen.

Pädagogik der Erinnerung

Fotos: Archiv Krahulec

Zum Tag der Befreiung der Überlebenden im KZ Ausschwitz am 27. Januar denken Pädagogen und Pädagoginnen darüber nach, wie heute nach mehr als fünfzig Jahren die Erinnerung an die Verbrechen des Nazi-Regimes wachgehalten werden kann:

SOZIAL EXTRA-Gespräch mit *Ignatz Bubis*: **„Soll ich mich mit den Mördern meines Vaters versöhnen?"** *Peter Krahulec* und andere über das „Erinnern und Gedenken in der Jugendarbeit", „Pädagogik ist kein Ausbesserungswerk für politische Fehler", „Ein Holocaust-Curriculum für die Bildungsarbeit", „Gedenkstättenarbeit und Sozialpädagogik..."

EXTRA-Verlag
Langgasse 24 Hh
65183 Wiesbaden
Tel: 0611-307011
FAX: 0611-379181

Das Insider-T-Shirt zum mitbestellen:
Baumwolle, gute Qualität, Größe L oder XL, hellgrau-meliert, Druck auf der Rückenseite: Nur gegen Vorkasse! Incl. MWSt und Versand.

30,DM

25 Jahre ak
– analyse & kritik –
Deshalb gibt es im Dezember eine Jubiläumsausgabe, in der wir auf ein Vierteljahrhundert linker publizistischer Tätigkeit – von Arbeiterkampf zu analyse & kritik – zurückblicken. Nicht nur ein Rückblick, sondern kritische Zwischenbilanz und Suche nach Perspektiven.
Themen u.a.: Die Linke und der Internationalismus, KB-Bündnispolitik und alternative Wahlbewegung, die Faschisierungsthese aus der Sicht von Georg Fülberth, 1989 und die Konsequenzen, Die Linke im Konflikt Israel/Palästina, Wo bleibt das revolutionäre Subjekt?
Zu Wort kommen: Kai Ehlers, Ulla Jelpke, Andrea Lederer, Jürgen Reents, Karl-Heinz Roth, Jürgen Trittin...
Die Jubiläumsausgabe kann bestellt werden bei:
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel. 040/401 701 74 oder Fax: 040/401 701 75
ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden erhältlich.
Ab sofort auch in den Bahnhofsbuchhandlungen in Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Nürnberg.
Jahresabo DM 90.-; Einzelpreis DM 7,50; 36 Seiten Zeitungsformat.
Jubiläumsschnupperabo: 3 Ausgaben für DM 15,- gegen Vorkasse.
Am 25. Januar 1997 großes Jubiläumsfest im Haus Drei in Hamburg

70/20 Jahre Rote Hilfe

Die erste umfangreiche Aufarbeitung der Geschichte der Roten Hilfe — von vor siebzig Jahren und seit der Wiedergründung vor zwanzig Jahren
Die Broschüre umfaßt 64 Seiten A4. Sie enthält viele historischen Fotos und hat einen vierfarbiger Umschlag.

Vorwärts und nicht vergessen...

Bestellbedingungen:
Einzelbestellungen 8,– DM plus 2,– DM Porto
(= 10,– in Scheinen oder Briefmarken)
ab 5 Exemplare Widerverkäuferrabat 25 %
Dann gilt eine Versandkostenpauschale von 5,– DM

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **27367 Sottrum, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, **Redaktion Frankfurt,** Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; **Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar,** 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und **Netzwerkselbsthilfe Saar** e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, **Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, **Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Niederlande, 1019 AT Amsterdam,** ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :
Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; **Jugendumweltbewegung:** 27283 Groß Hutbergen, **Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Information und Datendokumentation:** 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten;
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens-und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21. bis 23.2.97

»When I'm 64 ...«;
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Termin: 21. bis 23.2.97
Anmeldung:
Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34620 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Den richtigen Draht finden –
Telefonieren aber wie?
Für uns ist das Telefon selbstverständlich. Das Außerordentliche ist normal geworden, so daß wir manchmal irgendwie telefonieren ohne viel darüber nachzudenken. Oft haben wir Erfolg, manchmal Mißerfolg dabei. Wie können wir den richtigen Draht finden, das Telefon als nützliche, effektive Hilfe in der täglichen Praxis einzusetzen und mit dem Telefon bessere Ergebnisse zu erzielen, z.B. bei der Beratung und Kundengewinnung / -bindung. In diesem Seminar geht es darum herauszufinden, welche Faktoren beim Telefon zum Erfolg führen, welche Techniken zu Ihnen passen, und wodurch Sie Rückschlüsse auf die Persönlichkeit am anderen Ende ziehen können.
Termin: 16./17.1.97

Besprechungen moderieren
und leiten
Sie lernen Besprechungen situations-, teilnehmerInnen-, und ergebnisorientiert vorzubereiten, zu eröffnen, zu leiten, abzuschließen und nachzubereiten. Sie beziehen die Kreativität Ihrer MitarbeiterInnen mit ein, um Entscheidungen und Ergebnisse zu erzielen, mit denen sich die Beteiligten identifizieren. Instrumente zur Gestaltung von Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen werden angewandt. Dieses Seminar wird in Kooperation mit IBPro (München) angeboten.
Termin: 22./23.1.96

Fit für Europa!
Englische Srachkenntnisse werden immer wichtiger, sei es um Geschäftskontakte aufzubauen oder in einem transnationalen Projekt zusammen zu arbeiten. Bei vielen reichen die Kenntnisse »für den Hausgebrauch«, doch wie kann ich mich und meinen Betrieb/Projekt vorstellen, Ziele auch in der fremden Sprache klar formuliereen, sowohl in Meetings als auch am Telefon. Genau hier setzt der Englischsprachkurs »Fit für Europa« ein.
Termin: Januar 1997
Information & Anmeldung:
Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt/Main
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

IBPro

Coaching für Führungskräfte
LeiterInnen stehen immer wieder vor schwierigen Situationen in ihrem Führungshandeln, sei es durch Herausforderungen von außen, mit einzelnen MitarbeiterInnen, mit dem Team, mit dem Träger etc. Bei der Reflexion und Bearbeitung dieser Frageen haben sich Gruppen zur kollegialen Beratung unter externer Anleitung bewährt.
Termin: 27.1.97 und weitere sechs Tage nach Vereinbarung
Ort: München

Mit widersprüchlichen
Aufträgen leben
Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebe befinden sich im Spannungsfeld zwischen sozialem Auftrag und marktwirtschaftlichen Handeln. Eine wesentliche Position ist die des/der WerkstattleiterIn/AnleiterIn.
In der Regel im Handwerk ausgebildet ist er/sie einerseits zuständig für alle Werkstattbelange, dem Anlernen und dem Einsatz von Langzeitarbeitslosen. Im Seminar werden anhand von Beispielen aus den Betrieben konkrete Möglichkeiten im Umgang mit den widersprüchlichen Aufgaben angezeigt.
Die TeilnehmerInnen erhalten mehr Sicherheit in ihrer Position und erwerben Handlungskompetenzen, widersprüchliche Aufträge der jeweiligen Situation angemessen anzugehen.
Termin: 3./4.2.97
Ort: München

Fundraising
– Alternative Wege zur Finanzierung
Seit Anfang der 90er Jahre befassen sich Vereine und Verbände auf der Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen neben dem Sammeln von Spendengeldern auch mit den Möglichkeiten des Sponsoring. Jede Organisation meint bzw. hofft, daß ihr Anliegen auf die allgemeine Zustimmung der Unternehmen trifft.
Um aber bei den in Frage kommenden Firmen als gleichwertiger Partner angesehen zu werden, ist bei den Vereinen und Verbänden ein Umdenken erforderlich. Marktwirtschaftliche Prozesse und Umgangsformen müssen beim Fundraising berücksichtigt werden.
Das Seminar gibt einen Überblick über die Grundlagen des Fundraising und notwendige Marketingbausteine. Neben der Darstellung erfolgreicher und weniger gelungener Beispiele aus der Praxis gibt es auch die Möglichkeit, eigene Projektideen zu entwickeln und bezüglich ihrer Umsetzung zu überprüfen.
Termin: 26./27.2.97
Ort: München
Anmeldung & Information:
IBPro, Flurstr. 2/1. Stock, D-81675 Müncheen
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20

JUGENDUMWELT

Jugendumweltkongreß:
Auf dezentralen Wegen der
Energiewende entgegen
Dezentralisierung und Energierevolution, Kernprobleme der Klimaschutzpolitik sind die Schwerpunkte des diesjährigen Jugendumweltkongresses, der vom 27.12.96 bis zum 2.1.97 in Potsdam stattfindet. Nähere Informationen gibt es über das JUKß Büro, Am Luftschiffhafen 2, D-14471 Potsdam
☎(03 31) 96 41 36, Fax 97 25 80
e-Mail: jukss@jpberlin.berlinet.de

Zukunftswerkstatt:
Freie Liebe, Freie FreundInschaft, Freie Sexualität
Diese Zukunftswerkstatt ist nicht: ein verkappter Tantra-Sex-Selbsterfahrungskurs-Workshop; auch nicht: ein wissenschaftliches Seminar; sondern wie alle Zukunftswerkstätten: ein Weg zur Entwicklung von konkreten Utopien – ohne daß vorher feststünde, was schließlich herauskommen soll.
Termin: 19. bis 22.12.96 in Marburg
Kosten: 60-100 DM (nach Selbsteinschätzung); inkl. Übernachtung, Verpflegung und Materialien. Fahrtkosten können evtl. erstattet werden.
Anmeldung & Information:
Verdener Umweltwerkstatt
Herrlichkeit 1, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

FRAUEN

OSTERESCH

Schreibwerkstatt
Die angebotene Schreibwerkstatt gliedert sich in 2 Teile. Im ersten stellen wir uns den Fragen nach den Bedingungen und Möglichkeiten unseres Schreibens im privaten und im öffentlichen Raum und analysieren die gegenwärtigen IST-Zustände (Verlagskontakte, Finanzierung, öffentl. Anerkennung, Förderungen des Marktes, Prestige ...)
Im 2. Teil steht unser Schreiben, also die praktische Arbeit im Vordergrund: Intensive Schreibübungen, Arbeit an bereits begonnenen und geplanten Texten, Suche nach Ausdrucksformen (Szene, Hörspiel, szenische Lesung, ...) und zum Abschluß dann vielleicht das Gemeinschaftswerk »Anthologie des Augenblicks«.
Jutta Heinrich lebt in Hamburg, ist Schriftstellerin, Hauptwerke: Das Geschlecht der Gedanken, 1978; Mit meinem Mörder Zeit bin ich allein, 1987; Eingegangen, 1987; Im Revier der Worte, 1994.
Bildungsurlaub, Termin:
26.1 bis 31.1.97
Anmeldung & Info:
Frauenbildungshaus Osteresch, Strautweg 4, D-48496 Hopsten-Schale
☎(0 54 57) 15 13

FRAU & ARBEIT

Grundlagen der Rhetorik
und Gesprächsfähigkeit
18./19. Januar 1997
Neues aus dem AFG für Träger
22. Januar 1997
Ich mache mich selbständig!
– und was nun?
24. bis 26.Januar 1997
Steuern budgetieren und kontrollieren – Neue Steuermodelle im »öffentlichen« Sektor
28. Januar 1997
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg
☎(0 40) 45 02 09-0

KNETE

Bares aus Brüssel
Was Industrie und Konzerne schon seit langem tun, sich um die Potentiale der Europäischen Union zu kümmern, fällt kleinen Unternehmen, Institutionen und Verbänden nach wie vor schwer. Die Unübersichtlichkeit der Fördertöpfe, fehlendes Know-how, Zeitmangel etc. halten davon ab, Finanzierungsmöglichkeiten der EU zu nutzen.
Gerade in den Bereichen Ökologie, Bildung und Beschäftigung, die in der Regel auf Zuschüsse angewiesen sind, gibt es eine Reihe von Programmen. In diesem Seminar werden die verschiedenen Programme transparent gemacht. Förderrichtlinien, Antragstellung und Bewilligungsverfahren werden den TeilnehmerInnen vorgestellt und durch Praxisbeispiele erläutert. Ein Informationsblock ergänzt das Programm.
Termine: 8.2.97, 3.10.97
Kosten: 150 DM (incl. Vollwertkost)
Anmeldung: Energie- und Umweltzentrum, D-31832 Springe
☎(0 50 44) 9 75 20, Fax 9 75 66

SEMINARPROGRAMM

Seminare für MitarbeiterInnen
sozialer Einrichtungen
Seit 10 Jahren unterstützt das gemeinnützige »Institut für Beratung und Projektentwicklung« (IBPro) soziale Einrichtungen und Projekte durch Beratung und Fortbildungsveranstaltungen.
Am 15. Januar 1997 erscheint unser neues Seminarprogramm Frühjahr/Sommer 97. Im Vordergrund stehen Themen zu Personal- und Organisationsentwicklung, Arbeitsorganisation und neuen Technologien. Die Teilnahmegebühr beträgt je nach Dauer zwischen 150 und 360 DM pro Seminar.
Für Rückfragen stehen Ihnen Mo von 13-16 Uhr und Di, Mi, Do von 9-12 Uhr Andrea Klauck und Helmut Hofbauer gerne zur Verfügung.
Weitere Informationen:
IbPro, Flurstr. 2, D-81675 München
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.
Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

ZUKUNFT, TECHNIK & KULTUR

UFOS? – Was dauernd gefragt und niemand wissen will...
Rudolf Henke, Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP) e.V., erzählt über Ufos als Wahrnehmungsphänomen und aus seinem Alltag als Skeptiker.
Termin: 2.2.1997 ab 15 Uhr
Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. 0, Bielefeld

XENIA – Städte des Wissens
– Stätten der Begegnung
Dr. Helmut Volkmann aus der Zentralabteilung Technik, Siemens München, über seine »Wissensstadt am Wege zur Informationsgesellschaft«.
Termin: 2.3.1997 ab 15 Uhr
Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. 0, Bielefeld
Veranstalter: FoeBud e.V.
Kosten: 6 DM, mit Computer freier Eintritt

ÖKOLOGIE

Umweltgerechter Verkehr
Der Verkehr ist heute einer der zentralen Krisenbereiche in den Industriegesellschaften. Das nach wie vor ungebrochene Verkehrswachstum und die damit verbundenen ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme konterkarieren bisher alle Bemühungen für einen Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die mit dem Verkehr verbundenen Zerstörungen unserer Lebensgrundlagen fordern uns heraus, neue tragfähige Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur Durchsetzung umwelt- und sozialverträglicher Wirtschaftsweisen und Konsummuster, zukunftsorientierter Beschäftigungsperspektiven, neuer Lebensstile und Wohlstandsmodelle.
Auf dem Kongreß werden sowohl Konzepte als auch Praxisbeispiele für eine nachhaltige, das heißt ökonomisch, ökologisch und sozial zukunftsfähige Mobilität diskutiert. Das Themenspektrum reicht dabei von »Ökoautos« und deren möglichem Beitrag zur Lösung drängender Verkehrs- und Umweltprobleme über Perspektiven des Öffentlichen Verkehrs und der Rolle der ÖV-Anbieter als künftige Mobilitätsdienstleister bis hin zu unternehmensinternem Mobiltätsmanagement. Darüber hinaus werden veränderte Wertestrukturen und Lebensstile im Hinblick auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Mobilität thematisiert.
Termin: 17. Februar 1997 in Berlin

Sustainable City
Die Zeit drängt, denn gemäß Vereinbarung der Staatengemeinschaft auf dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro im Mai 1992 sind auch die Kommunen weltweit in der Pflicht, vor Ort einen Prozeß für eine Lokale Agenda 21 bis zum Jahr 1996 in Gang zu setzen. Bislang haben jedoch nur knapp 2 Prozent der deutschen Kommunen mit der Konzipierung und Umsetzung einer Lokalen Agenda 21 begonnen, während sich in Schweden bereits über 90% und in Großbritannien über 40% aller Städte und Gemeinden am »Nach-Rio-Prozeß« aktiv beteiligen.
Die meisten deutschen Städte und Gemeinden brauchen dringend Hilfe und Unterstützung. Die größten Defizite bestehen in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifikation. Vor allem in der lokalen Wirtschaft muß das kommunalpolitische Engagement aller beteiligten Akteure dringend gestärkt werden, um den notwendigen Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern (Einschränkung des stofflichen und energetischen Ressourcenverbrauchs, Verringerung der Emmissionen und Immissionen, Verstärkung technisch-organisatorischer Innovationen, Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze und angemessener Qualifikationen etc.). Immerhin zeigt eine Reihe *positiver Beispiele im In- und Ausland, daß* es durchaus zukunftsfähige Handlungskonzepte und Verfahrensweisen gibt.
Mit dem Kongreß sollen der Dialog zwischen den Akteuren aus Verwaltung, örtlichen Organisationen, der Privatwirtschaft und den BürgerInnen gefördert und gleichzeitig ein dringendes Informationsbedürfnis nach »guten Modellen« befriedigt sowie Orientierungshilfen für »gangbare Wege« aufgezeigt werden.
Termin: 18. Februar 1997 in Berlin
Information & Anmeldung:
Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Schopenhauerstr. 26
D-14129 Berlin
☎(0 30) 80 30 88 33

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Wir befinden uns im Jahre 4 vor Null. Das gesamte Internet ist von den Großkonzernen besetzt ... Das gesamte Internet? Nein! Das von unbeugsamen Hackern bevölkerte Globale Dorf hört nicht auf, den Eindringlingen Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht leicht für die kommerziellen Legionäre, die als Besatzung in den befestigten Lagern Backbonum, Firewallum, Webarium und Telekomum dienen...

13. CHAOS COMMUNICATION CONGRESS 1996 ...Hamburg

Der futorologische Kongreß - Leben nach der Internet-Depression

Freitag, 27.12. bis Sonntag, 29.12.1996

Hamburg, Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustraße 12

Themenauswahl: Agentensoftware • Geschichte der **Kommunikation:** Die Zukunft als selbsterfüllende Prophezeiung • Promis • Wirtschaftsspionage • Lauschangriff • Telekoma • **Bürgerpost** Sahlkamp • Warum Internet Scheiße ist • **Zensur:** politisch, sozial, rechtlich, technisch – Blauhelme auf der Datenautobahn? • **Firewall:** Aufzucht und Pflege • ATM • THC++ • DECT • Telefonanlagen-Hacking • **Globalisierung:** Turbo-Kapitalismus ohne Grenzen? • Menschenrechte • MailBox-Netzwerke von /CL bis ZaMir • **Kybernetik-Visionen** • Dummheit in Netzen • Konsumterror • Spitzel im Web • Electronic Cash, Schwundgeld und Tauschringe • **Bildet Bankenl** • Wer traut einem TrustCenter? • Telekommunikations- und Multimediagesetze • **Cryptographie:** PGP und ähnliches • Kompatibilität von virtueller und tatsächlicher **Realität?** • Fernsehsender selbst gemacht • Packet Radio • ISDN en detail • IP via Packet • Ausstieg aus der Unix-Technologie bis zum Jahre 2005? • **InfoWar** • Chaos PR • **CCC vor Ort:** Erschließung des Universums... • Podiumsdiskussionen, Vorträge, Einsteigerworkshops • **Druidenwettstreit** im Hackcenter • Häcksenspace • Zaubertrank im **Chaoscafé** und vieles mehr...

Infos: http://www.ccc.de oder gegen 5 DM Rückporto beim:
Chaos Computer Club, Schwenckestr. 85, 20255 Hamburg, 040-401801-0, Fax 040-4917689
Eintrittspreise: Standard 42 DM, CCC-Mitglieder 23 DM, Presse 75 DM, gewerblich 200 DM, SchülerInnen, Zivildienstleistende und RentnerInnen 30 DM
Vorbestellung durch Überweisung auf Konto 599090-201, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)
Co-Veranstalter: FoeBuD e.V., Bielefeld, Tel.: 0521-175254, mo-fr 17-19h, fax: 61172, box: 0521-68000 (foebud@bionic.zerberus.de)